

Roter Morgen

Zeitung der KPD

20. Jahrgang

3. Oktober 1986

RM

Nummer 23

Vereinigung mit Zukunft?!

von HORST DIETER KOCH

Nun also endlich die Vereinigung von GIM und KPD. Wenn zwei Organisationen mit zusammen nur einigen hundert Mitgliedern eine neue Partei gründen, dann sehen sie sich schon wegen dieser Kleinheit mit der Frage konfrontiert, ob das einen politischen Sinn macht und eine politische Perspektive eröffnet. Ich frage zurück: Hat jemand einen anderen Vorschlag?

Die programmatische Entwicklung der SPD und ihr Kanzlerkandidat Rau jedenfalls scheinen mir kaum Anhaltspunkte dafür zu bieten, daß eine politische Partei des revolutionären Sozialismus sich erübrigen wird. Auch der quälende Prozeß der Verparlamentarisierung der GRÜNEN, hinter deren Debatte um die Tolerierung einer SPD-Regierung ja auch immer die Frage der Integration in das bürgerliche Politiksystem steht, läßt den Gedanken, eine besondere politische Partei revolutionärer Marxistinnen und Marxisten sei heute politisch funktionslos, durchaus nicht als zwingend erscheinen.

In diesen Wochen stirbt mit der Neuen Heimat das gesamte Konzept der Gemeinwirtschaft und damit ein politischer und ökonomischer Eckpfeiler der sozialdemokratischen Lehre von der sozialen Umgestaltung des Kapitalismus. Der angebliche Gegenentwurf zum profitgierigen freien Unternehmertum verödet in einem Sumpf von Skandal und Korruption, weil die kapitalistischen Marktgesetze allemal noch längere Beine haben als die reformistischen Illusionen.

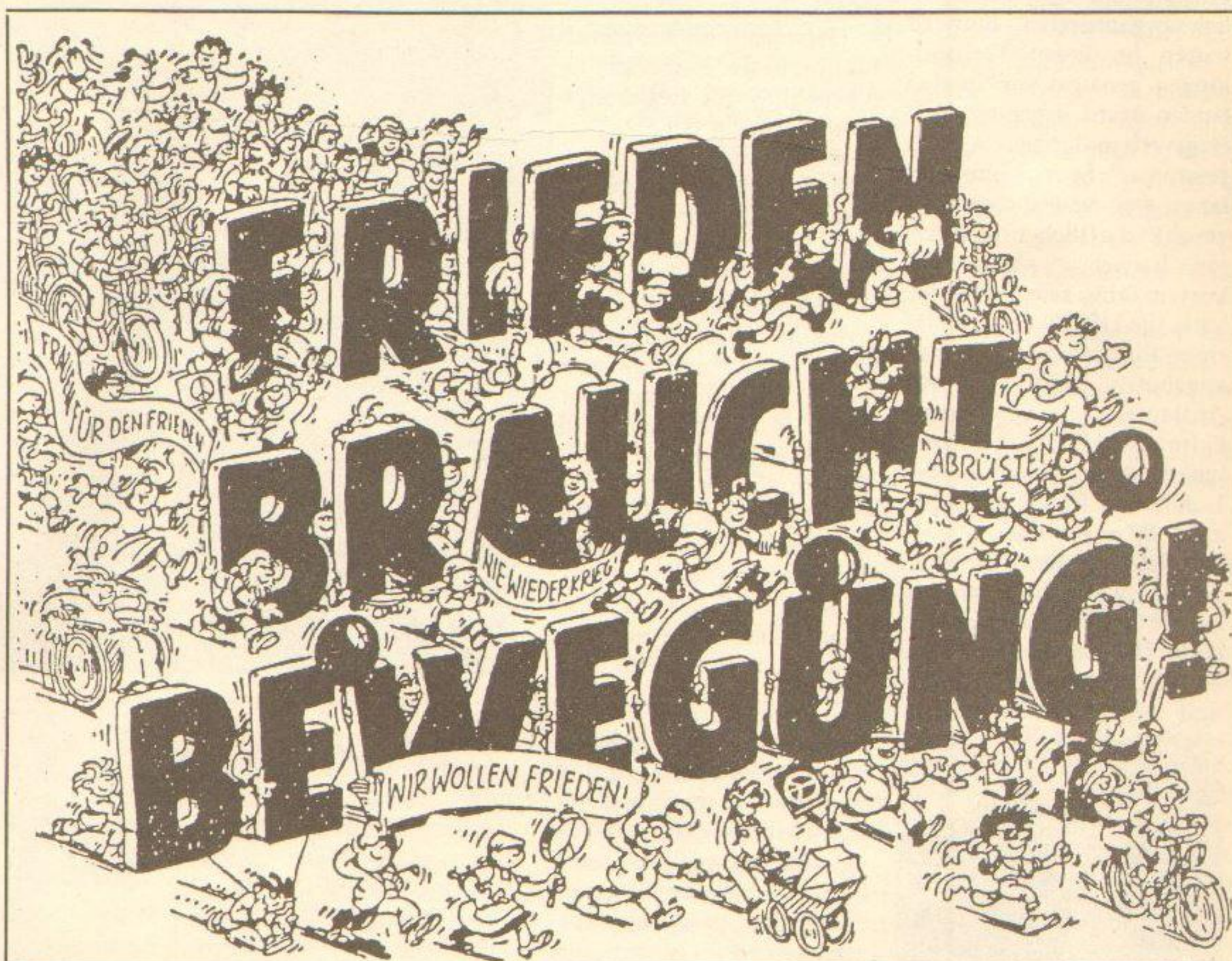
Der politische Schaden für die westdeutsche Arbeiterbewegung ist noch nicht abzusehen. Eine Schlußfolgerung darf dennoch gezogen werden: der politische und ökonomische Bankrott des gemeinwirtschaftlichen Konzepts gibt wenig

Anlaß zu der Vermutung, eine politische Partei, die von der Unvereinbarkeit von Kapitalismus und Arbeiterinteressen ausgeht, die sich programmatisch zentral der Frage der Beseitigung des Kapitalismus und des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft stellt, habe heute keinen politischen Platz.

Wie wesentlich der Beitrag sein wird, den die Vereinigung von GIM und KPD für die Formierung einer revolutionären sozialistischen Massenpartei leisten kann, wird sich freilich erst in der Zukunft erweisen. Für den Moment muß es reichen, daß die Vereinigte Partei den Willen hat, einen solchen Beitrag zu leisten und nicht etwa behauptet, daß mit ihrer Gründung die Frage der politischen Vertretung des Strebens nach Beseitigung der Macht des Kapitals und Abschaffung des Systems der Lohnarbeit gelöst ist.

Zigtausende haben seit den späten Sechzigern sich an den Bestrebungen beteiligt, nach der Diskreditierung des Sozialismus/Kommunismus durch die Entwicklung in den sogenannten realsozialistischen Ländern eine neue authentische marxistische Kraft zu schaffen. GIM und KPD sind zwei Organisationen, die einerseits an dieser Aufgabe festgehalten haben, andererseits auch bereit sind, ihre politische Niederlage zu bilanzieren. Die Vereinigung selbst ist eine Schlußfolgerung dieser zweifellos unvollständigen Bilanz.

Die vereinigte Partei von GIM und KPD wird eine kleine Partei sein, aber auch eine zumindest für die politischen Verhältnisse unseres Landes qualitativ neue marxistische Partei. GIM und KPD sind über viele Schatten gesprungen. Viele haben das gerade von unserer Partei immer gefordert. Jetzt könnten sie eigentlich auch mal springen!



Am 11.10 nach Hasselbach!

von KARIN WAGNER

Vor allem seit Tschernobyl ist es still geworden um die Friedensbewegung. Die für den 11.10. geplante Demonstration in Hasselbach könnte das ändern, wenn die zahlreichen großen und kleinen Organisationen, die ihre Unterstützung bekundet haben, es dabei nicht bewenden lassen, sondern tatsächlich nach Hasselbach mobilisieren. Notwendig wäre es.

Am 11.10. ruft die Friedensbewegung zum ersten Mal zu einer bundesweiten Demonstration di-

rekt am Stationierungsort auf. Durch die Wahl des Demonstrationortes soll unterstrichen werden: Die Pershing II und Cruise Missiles müssen weg. Der Bundestag muß den Stationierungsbeschuß wieder aufheben!

Aber es geht nicht nur um die Raketen. Wenige Monate vor der Bundestagswahl geht es darum, die Forderungen der Friedensbewegung überhaupt in den Wahlkampf einzubringen; entsprechenden Druck auszuüben für einseitige Ab-

rüstungsmaßnahmen in Bonn bis hin zur Forderung nach dem Austritt der BRD aus der NATO.

„Wir haben gelernt: Frieden braucht Bewegung. Nur durch unser eigenes Handeln werden unsere Forderungen unüberhörbar.“ (Aus dem Aufruf zur Demonstration in Hasselbach).

Anreise mit Bussen und Sonderzügen bis 10.00 Uhr

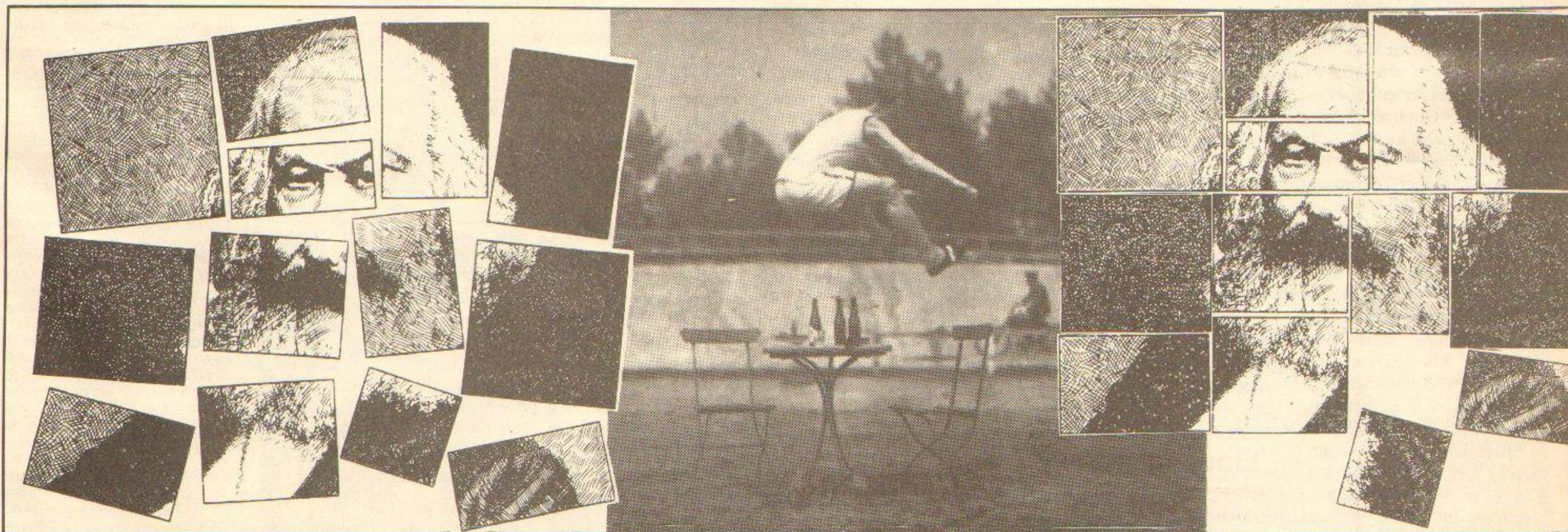
Ab 10.00 Uhr Begrüßung, Vorkundgebungen und Start der Demonstrationzüge in Kastellaun und Hasselbach

Bis 12.00 Uhr Umzingelung der Cruise-Missiles-Basis

Ab 12.15 Uhr Kundgebung

Es sprechen u.a. Horst Klaus (IGM), Robert Jungk, Anita Aschenbrenner (Anti-WAA-Bewegung), Vertreter/in Lateinamerikas, Frauenwiderstand Mutlangen ...

Dazu gibt es ein attraktives Kulturprogramm.



Endlich die Vereinigung. — GIM und KPD sind über viele Schatten gesprungen. Gerade von uns haben andere Organisationen dies immer verlangt. Jetzt könnten sie eigentlich auch einmal springen! — Mit dieser Ausgabe verabschiedet sich der „Rote Morgen“ von seinen Leserinnen und Lesern. In vierzehn Tagen erscheint eine Sondernummer „was tun“/„Roter Morgen“ mit Berichten über den Vereinigungsparteitag. Danach geht es dann weiter mit der neuen Zeitung der vereinigten Partei.

Bis dahin — Tschüß — Auf Wiedersehen — Auf ein Neues!

Epidemie der Lohnkonzessionen in den USA

Die Gewerkschaft UFCW hat mit den Fleischverarbeitungskonzernen nach monatelangen Verhandlungen einen neuen Lohn tariffvertrag abgeschlossen. Die Kapitalisten der gewerkschaftlich organisierten Betriebe hatten in diesen Verhandlungen genauso wie in den beiden davor liegenden Vertragsverhandlungen „Konzessionen“ beim Lohn verlangt, weil sie mit den nicht gewerkschaftlich organisierten Betrieben nicht konkurrenzfähig seien. 1981/82 hatte die UFCW ein dreijähriges Einfrieren der Löhne angeboten. 1984, noch vor Auslaufen des Vertrags, hatte die UFCW Verhandlungen über eine Senkung des Lohns von 10,69 US-Dollar auf 9,00 angeboten.

Gegen dieses Vorgehen der Gewerkschaftsführung hat die Gewerkschaftsgruppe beim Hormel-Zweigwerk in Austin, Minnesota, rebelliert und war in den Streik



getreten. Der jetzige Vertrag, der von etwa 2/3 der Gewerkschaftsmitglieder angenommen wurde, sieht vor, daß bis Ende 1988 der Tariflohn auf 10,70 US-Dollar angehoben wird. Das ist der gleiche Lohn wie 1980 (nominal, nicht inflationsbereinigt). Der AFL-CIO bezeichnet das in seinem Mitteilungsblatt als seinem Zurückgewinn von Lohnkonzessionen. Der Streik der Gewerkschaftsgruppe P-9 bei Hormel/Austin, der jetzt seit über einem Jahr andauert, hat nationale Solidarität und Aufmerksamkeit erhalten, weil er ein entschiedener Versuch war, die nicht enden wollende Kette von immer neuen Konzessionen aufzuhalten. Die Unternehmensleitung hat nach kurzer Zeit alle Streikenden entlassen und Streikbrecher rekrutiert und eingestellt. Die Gewerkschaftsführung der UFCW hat den Streik als unauthorisiert erklärt, nachdem sich die Arbeiter von P-9 nicht auf Konzessionsverhandlungen einließen, und hat schließlich P-9 ausgeschlossen. Die UFCW hat sogar die Streikbrecher aufgenommen. Von den ca. 1000 Ja-Stimmen für den neuen Vertrag bei Hormel/Austin sind über 500 von Streikbrechern. Im neuen Vertrag steht auch nichts über die Wiedereinstellung der entlassenen Streikenden.

Die Epidemie der Lohnkonzessionen, die 1981 zur

Wer hat nun am meisten gelogen? Kohl, Genscher oder Bangemann? Die Vorlage des offiziellen Energieberichts dieser Bundesregierung macht es zu einer Frage. Denn: Vor Monaten, noch vor Wochen hatten sie alle andere Töne von sich gegeben.

Jetzt heißt es: Atomkraft tut not, basta. Keinerlei Einschränkung im Regierungsbericht, auch der Neubau wird munter propagiert, von Sicherheitsabschaltungen im Zweifelsfall und was sonst noch an „Bonbons“ angeboten war, keine Rede mehr.

Offensichtlich: Die Hintermänner dieser Regierung, die sie ja unter anderem auch wegen des „Investitionsstaus“ in der Energiepolitik als Wenderegierung haben wollten, haben im Hintergrund (und auch öffentlich) sehr deutlich Signal gegeben, daß die Zeit der „soften“ Behandlung des Themas abgeschlossen sein muß. Da scheren dann auch die Gut-

Zeit der Rezession in bestimmten Branchen angefangen hatte, ist heute über alle Branchen verbreitet. Sie hat die Rezession überdauert, Firmen mit satten Gewinnen verlangen genauso Konzessionen wie Firmen, die nahe am Bankrott sind. Das Beispiel, daß ein Kapitalist niedrigere Löhne ausgehandelt hat, treibt den anderen an, gleiches zu erreichen. Die Verhandlungen über Lohnkonzessionen haben eine historisch wichtige Position zerstört, die sich die Gewerkschaften nach dem zweiten Weltkrieg erkämpft hatten, nämlich den Lohn aus der kapitalistischen Konkurrenz herauszuhalten. Sie hatten das erreicht, indem sie für die Verhandlungen mit den verschiedenen Unternehmen und Betrieben einer Branche solche Lohnforderungen aufstellten, daß die Löhne in der ganzen Branche in etwa gleich hoch wurden. Außerdem haben die größten Gewerkschaften, wie etwa die der Stahlarbeiter, branchenweite Rahmentarifverträge erstrebt und auch erreicht. Die zunehmenden Lohnkonzessionen haben den Lohn wieder in die kapitalistische Konkurrenz geworfen und damit den Druck auf den Lohn noch erhöht. Der durchschnittliche Stundenlohn in der fleischverarbeitenden Industrie war 9,19 US-Dollar im Januar 1982, als das Einfrieren der Löhne wirksam wurde, und ist jetzt 7,93 US-Dollar. Wegen des Zurückweichens der AFL-CIO-Gewerkschaften versuchen die Streikenden von P-9 jetzt, eine neue Gewerkschaft in der Fleischindustrie aufzubauen.

Ein Mensch — Eine Stimme

Rund 80 Prozent der in der BRD lebenden Menschen aus der Türkei wünschen das Wahlrecht zumindest auf kommunaler Ebene. Das ergab eine Untersuchung des Bonner Zentrums für Tür-

keistudien, die unter Städten auch in Dortmund, Duisburg und Essen durchgeführt wurde. Bevorzugte Partei wären nach dieser Untersuchung die SPD mit 67 Prozent und die Grünen mit 9 Prozent. Die CDU (4 Prozent), CSU (0,5 Prozent) und FDP (1 Prozent), finden bei den Menschen aus der Türkei wenig Interesse. Nach den Erkenntnissen der Bonner Forscher würde allerdings ein Großteil der potentiellen türkischen SPD-Wähler in der Türkei konservativ wählen.

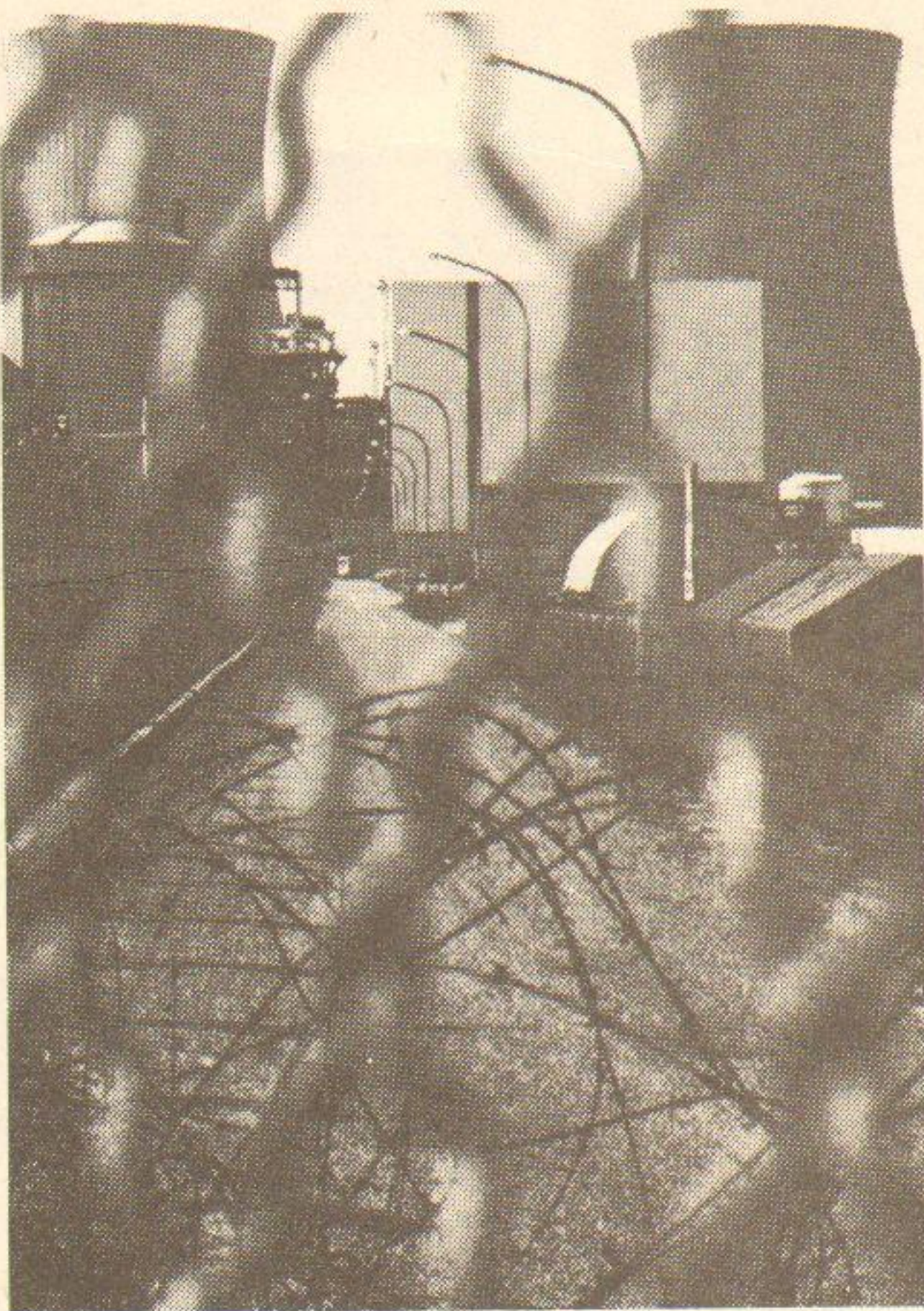
Das kommunale Wahlrecht zumindest für EG-Bürger fordert inzwischen auch die EG-Kommission in Brüssel. Zu der im November geplanten Debatte im Europaparlament zu diesem Thema will die EG-Kommission eine Resolution einbringen, die „ein politisches Signal“ gibt. Von den zwölf EG-Staaten haben bisher nur Dänemark, die Niederlande und Irland das Wahlrecht auf kommunaler Ebene für Ausländer eingeführt. Ein Wahlrecht, das die bereits vorhandene Aufspaltung in EG- und Nicht-EG-Ausländer weiter vertieft, wäre allerdings kein Schritt nach vorn. Weg mit dem Wahlverbot — Ein Mensch — Eine Stimme — Kommunales Wahlrecht nur als Einstieg zum allgemeinen Wahlrecht.

Demonstration gegen Manöver

Am vorletzten Freitag fand in Rendsburg eine Demonstration gegen das NATO Manöver „Bold Guard“ statt. Dem Aufruf verschiedener Organisationen, darunter auch der KPD, waren 250 bis 300 Menschen gefolgt, die auch den Austritt aus der NATO forderten. Die Polizei riegelte den Weg zur Kaserne ab, ein Bundeswehrhubschrauber störte die Kundgebung.



Manöverende



achten, von der Regierung bestellt, nur noch wenig, zumal sie ja ohnehin — teilweise — zu falschen, das heißt also sachlich richtigen Ergebnissen gekommen waren.

Es ist ein ganzes Lügenkarussell, das da angekurbelt wird — bis hin zur stereotypen Behauptung, AKWs seien umweltverträglicher, die ein Herr Wallmann stets mit der Attitude des Mannes, dem keine Platttheit zu schleimig ist, verbreitet. Überall Interviews, gedruckt, gesendet, überall alle Arten von Konferenzen, Anzeigenseerien für echte Millionen — ein ausgesprochen energieaufwendiges Ding wird da angekurbelt, von Sparen redet keiner.

Während auf der einen Seite mit Vorliebe immer noch um Trockenmilch und andere Dinge gerechnet (und auch gefeilscht) wird, schafft man in Bonn und in den Konzentralen längst neue Fakten.



Klage gegen Benachteiligung

Mitte September machte Rechtsanwalt Heldmann in Frankfurt eine Verfassungsbeschwerde bekannt, die der steuerlichen Benachteiligung hier lebender Ausländer ein Ende bereiten soll.

40 Mio DM pro Jahr „verdient“ die Regierung an der steuerlichen Sonderbehandlung von ausländischen Bürgern, die 1985 eingeführt wurde. Seitdem bzw. seit Anfang '86 zählen für das Finanzamt nämlich nur noch diejenigen Kinder ausländischer Arbeitnehmer, die hier in der Bundesrepublik leben. Außerdem wird die Steuerklasse III nur noch dann vergeben, wenn Mann und Frau in der Bundesrepublik gemeldet sind.

Der finanzielle Verlust, den eine ausländische Familie durch diese Änderung erleidet, ist erheblich. Ein Beispiel: Ein ausländischer Arbeiter, dessen Ehefrau und vier Kinder im Ausland leben, hat ein Brutto-Jahreseinkommen von 40000 DM. Nach dem neuen Steuerrecht zahlt er 5560 DM Lohnsteuer. Würde er behandelt wie jemand, dessen Familie in der Bundesrepublik lebt, wären es 2352 DM.

Entwicklungs- hilfe à la Warnke

80 Prozent seiner Exportgeschäfte im Großanlagenbau konnte Siemens 1984/85 mit finanzieller Unterstützung aus dem Entwicklungshilfeministerium betreiben. Konkret waren das sechs von acht Großanlagen mit einem Ge-

samt volumen von über 60 Mio DM. Aber nicht nur Siemens bekam Entwicklungshilfe. Insgesamt 1,9 Mrd DM wurden im Zeitraum 1983-1985 von Warnke für die Subventionierung des westdeutschen Großanlagen-Exportgeschäfts ausgegeben. Das ist ein Drittel des gesamten Etats für „Finanzielle Zusammenarbeit“. Zum Vergleich: SPD-Entwicklungshilfeminister haben für diesen Zweck ca. 100 Mio DM pro Jahr ausgegeben.

Diese Staatsgelder kommen den Konzernen mittels der sogenannten Mischkredite zugute. Mischkredite sind Kredite, in denen staatliche Gelder mit handelsüblichen Privatkrediten gemischt und vom Empfängerland nur für bestimmte, vorher vereinbarte Zwecke ausgegeben werden dürfen — z. B. eben für ein Produkt aus dem Hause Siemens.

Eine ausführliche Darstellung bundesdeutscher Entwicklungshilfe unter Warnkes Leitung enthält die jetzt erschienene Studie der Grünen „Warnkes Milliardenengeschäfte — Die Vergeudung der Entwicklungshilfe“, 11 S. mit Tabellenanhang. Zu bestellen bei: Die Grünen im Bundestag, AG 3. Welt, Bundeshaus, 5300 Bonn 1.

Protest gegen Privatisierung

Über 3300 ÖTV-Mitglieder nahmen in der letzten Woche an einer Protestaktion gegen die weiteren Privatisierungspläne der Bundesregierung im Bereich der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung teil. Auf der Kundgebung in Minden wurde unterstrichen, daß Privatisierung auch hier Arbeitsplatzvernichtung bedeute — in den letzten zehn Jahren wurden bereits 2500 Arbeitsplätze vernichtet — und gerade hier in besonderem Ausmaß auch eine Gefährdung der Sicherheit und mehr Bürokratie. Auch der Verband der Binnenschiffer schloß sich aus diesen Gründen dem Protest der ÖTV an.

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Verlag 4600 Dortmund und 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-481. Bankkonto: 321000290. Verlag Roter Morgen, Tel.: 0231/433691. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund.

DM
Rotter Morgen

Klassenstand

600 hessische Unternehmer versammelten sich letzte Woche im Kurort Bad Nauheim. Die Ansprache ihres Landesverbandspräsidenten Habich muß ihnen denn auch wohl eine wahre Erholung gewesen sein — endlich einmal wieder ein konsequent Vertreter der Klassenstandpunkt.

Zwar gehe es ihnen ganz gut, so Habichs mehr als überraschendes Eingeständnis — er dürfte der erste Unternehmer seit x Jahren sein, der dies öffentlich bekennt — aber die Perspektiven seien halt fraglich. Und deshalb müsse „man“ sich eben bei den Investitionen etwas zurückhalten. Der Grund: Die Koalition der SPD mit einer wirtschaftsfeindlichen Partei wie den Grünen. Nun ist es ja nicht wahr, daß sich die Grünen in Hessen bisher als besonders unternehmerfeindlich (und das ist ja gemeint) gezeigt hätten — ein Herr Fischer scheint sich doch eher sehr anzustrengen, als seriöse Kraft anerkannt zu werden, aber was ein Unternehmer ist, ist eben ein sensibles Wesen, den stört die kleinste Kleinigkeit.

Vor allem die Diskussionen um Chemieindustrie und Energiepolitik stören Habich und Co doch sehr. Habich kennt sich aus, er weiß Bescheid: Zur Atompolitik gibt es keine Alternative. Wo sonst ließe sich so viel Geld so leicht verdienen? Letzteres sagt er nicht, meint er aber. Und die Chemie braucht halt dies und jenes und in erster Linie staatliche Subventionen für ihren Giftmüll. Und da dürfe kein „Dienst nach Vorschrift“ angekündigt werden, sondern bestehe rascher Handlungsbedarf — alles Originalton Habich. Aber da scheint niemand zu sein, der Habich dafür anklagt, zum Bruch von Gesetzen aufzurufen — etwas anderes ist die Ablehnung des „Dienstes nach Vorschrift“ ja nun nicht, die Vorschriften, die gemeint sind, sind Gesetze zur Schonung von 1. Mensch und 2. Umwelt. Auch keiner da, der es dem feinen Herrn sagt — wie es den Gewerkschaften täglich vorgeworfen wird — er betreibe Parteipolitik, der darf das, der hat Geld. Und sicher auch gespendet. Es ist ein kleines Diktat, das der Herr Habich da, beifallumrauscht, von sich gegeben hat. Und daß die Chemie dabei so zentral ist, kommt in Hessen natürlich nicht von ungefähr. Er sollte dafür die Quittung erhalten — denn es gibt ja bekanntlich auch einen Klassenstandpunkt der anderen Seite: Nur ist der leider in der Landesregierung nicht vertreten.

Die Grüne Fraktion und der § 218

Vorweg: Der Entwurf für ein Antidiskriminierungsgesetz hat nun die letzte Hürde genommen. Die Bundestagsfraktion der Grünen hat zu-

Döding flexibel

Günter Döding, Chef der NGG (Nahrung Genuß Gaststätten), hat sich in einem Interview mit der „Welt der Arbeit“ vom 18. September mit neuen Vorschlägen zur Arbeitszeitfrage zu Wort gemeldet. Dödings Vorschlag: der Betriebsrat soll mit dem Unternehmer die Einrichtung von persönlichen Arbeitskonten für die Belegschaft vereinbaren können. Konkret sähe das so aus: Angenommen die tarifliche Arbeitszeit betrüge 1800 Arbeitsstunden im Jahr, dann betrüge das persönliche Arbeitskonto jedes Belegschaftsmitglieds für ein halbes Jahr 900 oder für ein Vierteljahr 450 Arbeitsstunden. Die Verteilung dieser 900 bzw. 450 Arbeitsstunden auf sechs bzw. drei Monate soll nun eine Sache sein, die zwischen Unternehmen und Belegschaftsmitglied ausgemacht wird.

Allenfalls will Döding noch festschreiben: „Das Wochenende stellen wir nicht zur Verfügung — Punkt und Aus.“ Natürlich will Döding bei seinem nahezu dogmatischen Festhalten am „freien Wochenende“ von Branchenbesonderheiten nicht absehen. Bekanntlich hat der Zufall es so gefügt, daß diese Branchenbesonderheiten im Zuständigkeitsbereich der NGG besonders massiv auftreten.

Dödings Arbeitszeitkontenidee läuft auf die weitere Anpassung der Arbeitszeit an den Arbeitsanfall hinaus und auf die weitere Entkopplung von individueller Arbeitszeit und betrieblicher Produktionszeit. In gewissen Grenzen würde das die Aufhebung des Normalarbeitstages und der Normalarbeitswoche zugunsten von Kapovaz-Arbeitsverhältnissen für die gesamte Belegschaft bedeuten. Daß Leistungsverdichtung und Arbeitsplatzvernichtung die Folge sein würden, muß nicht eigens betont werden. Man hätte gern erfahren, was Döding auf derartige Vorhaltungen zu entgegnen hat. Leider fiel dem WdA-Interviewer dazu keine Frage ein.

(hdk)



Döding gebündelt

Günter Döding will nicht direkt sagen, daß er für eine große Koalition ist: „Ich vermeide bewußt diesen Begriff. Ich meine daß Gewerkschaften nicht zuständig sind für die Bildung oder Verhinderung von Koalitionen. Wenn ich von einer Bündelung aller nationalen Kräfte im Zusammenhang mit den genannten Problemen spreche, dann gehe ich davon aus, daß uns die Weichenstellung nur gelingen wird, wenn wir dafür die nationalen Kräfte in einem gemeinsamen politischen Kraftakt bündeln — über die Partei-, Koalitions- und Verbandsgrenzen hinweg.“ (WdA vom 18.9.86)

Döding weiß, daß Koalitionsbildung nicht Sache der Gewerkschaften ist, während er die „Bündelung der nationalen Kräfte“ offenbar als ihr ureigenstes Betätigungsfeld ansieht.

Vielleicht kann Döding sich die „Bündelung der nationalen Kräfte“ auch ohne Koalitionsverhandlungen vorstellen — mehr in einem „politischen Kraftakt“?

Sein Verhältnis zum Parlamentarismus jedenfalls scheint äußerst kritisch: „Zu einer parlamentarischen und pluralistischen Demokratie gehört der politische Streit und der Wettbewerb der Ideen. Aber es geht um Lösungen, die wir finden müssen, die auch über eine Legislaturperiode hinaus Bestand haben müssen und nicht nach einer Wahl bei veränderter Regierungskonstellation wieder in Frage gestellt werden.“

Döding sieht die Notwendigkeit der „Bündelung der nationalen Kräfte“ im Zusammenhang mit Problemen wie Arbeitslosigkeit, sichere Renten etc. Verstehen wir ihn richtig, wenn er Wahlen mit ihrem ungewissen Ausgang als Hindernis für die Lösung des Arbeitslosenproblems darstellt?

Wir wollen lieber nicht weiterspekulieren, was das alles bedeuten könnte. Eines jedenfalls steht fest: Die Arbeiterbewegung hierzulande hat wirklich manches Bündel zu tragen. Eins der größten heißt Günter Döding. (hdk)

Ausschlußdrohung

Die IGM-Ortsverwaltung Gelsenkirchen will beim Vorstand den Ausschluß von Stefan Engel, Vorsitzender der MLPD, wegen „gewerkschaftsfeindlichem Verhalten“ beantragen.

Damit soll eine gewerkschaftliche Praxis fortgesetzt werden, die bedeutet, daß Leute wie Vietor oder Blüm Gewerkschaftsmitglieder sein können, nicht aber Revolutionäre. Denn „natürlich“ geht es auch in diesem Fall nicht um konkretes gewerkschaftsfeindliches Verhalten sondern um die politische Gesinnung des Betroffenen.

Als grundsätzliche Gegner der Unvereinbarkeitsbeschlüsse fordern wir sowohl die Rücknahme dieser Drohung gegen Stefan Engel als auch die Rücknahme dieser Beschlüsse.

Frankreich in der Terrorzange?

Die Bombenattentate der letzten Wochen in Frankreich tragen eindeutige Handschrift. Bomben in Restaurants und Kaufhäusern — das ist dieselbe Logik wie einst die Bombe in Bologna, das ist die Handschrift faschistischen Terrors, mit welcher Begründung auch immer. Das ist die eine Seite des Sachverhalts.

Die andere ist: Ist es nötig zu sagen, daß eine solche Terrorwelle der französischen Rechtsregierung wie gerufen kommt? Daß sie genau in die Pläne Chiracs paßt? Daß ausgerechnet ein Mann wie Innenminister Pasqua, der selbst eine Vergangenheit hat, die sehr eng mit faschistischen Terrorgruppen in den 60er Jahren zusammenhängt, sich nun als großer Vorkämpfer für die „Innere Sicherheit“ profilieren kann? Man braucht nicht die einfache Erklärung von bestellten Attentaten, um dies zu schlussfolgern — das Ergebnis ist auch bei komplizierteren Zusammenhängen dasselbe.

Die dritte Seite: Was in der BRD „Solidarität der Demokraten“ hieß und zur möglichst widerstandslosen Abschaffung oder Beschneidung politischer Rechte diente, hieß in Frankreich von jeher Union gegen den Terrorismus. Und die steht, zumindest bei den parlamentarischen Parteien wie eine Eins. Von Le Pen bis Marchais machten alle Parteiführer Chirac ihre Aufwartung, sie waren alle geladen, und alle erklärten sich mit den Maßnahmen einverstanden, die die Regierung getroffen hat und auch mit Chiracs militanter Erklärung.

Im Land der verbreitetsten Ausländerfeindlichkeit, von „vive la France“ und force de frappe eine explosive Mischung, die sich da aufzutut. Profitieren von der ganzen Sache werde er, so Le Pen vor der Presse — und damit hat er wahrscheinlich recht. PCF und PS jedenfalls sicher nicht — wie immer, wenn sie strammen Rechtskurs führen.

gestimmt. Der Gesetzentwurf kann nun also in den Bundestag eingebracht werden.

Die heftigsten Auseinandersetzungen gab es um den § 218, die strafrechtliche Ahndung von Vergewaltigung und um die Prostitution. Im letzten Punkt — das ADG fordert u.a. den Wegfall der Sperrbezirksverordnungen — gab es keine Einigung. Dieser Komplex wurde deshalb aus dem Gesetzentwurf herausgenommen.

Ein solches Ergebnis der Debatte in der Fraktion wäre Otto Schily auch beim § 218 am liebsten gewesen. Otto machte in der Debatte überhaupt seinem Ruf alle Ehre. So meldet die taz, daß er (sinngemäß) die Frage stellte, wie denn das Eintreten für das Recht auf Selbstbestim-

mung der Frau mit einer Abtreibung des weiblichen Fötus zu vereinbaren sei. Otto Schily war aber nicht der einzige Gegner der Forderung nach der ersatzlosen Streichung des § 218. Bei der Abstimmung waren schließlich 16 für und 6 gegen die Forderung.

Nicht ganz so hitzig, aber doch bemerkenswert heftig verlief die Debatte um die Vergewaltigungsparagrafen. Das ADG hebt die heute geltende Unterscheidung zwischen der „echten“ vaginalen Vergewaltigung und der nur als „sexuelle Nötigung“ geltenden oralen und analen Vergewaltigung auf und fordert generell eine Mindeststrafe von zwei Jahren. Unter Strafe stellen will das ADG auch die Vergewaltigung in der Ehe. Hier entzündete sich die Kritik am

Strafmaß. Es hieß zum Beispiel, daß Entstrafrechtlichung durch die Streichung des § 218 und gleichzeitige schärfere Kriminalisierung bei Vergewaltigungen nicht zusammen paßten. Aber letztendlich blieb es hier im wesentlichen doch bei dem, was bisher im ADG stand.

2:0

Nun hat Ursula Zöller auch vor dem Bundessozialgericht verloren. Frau Zöller, ihres Zeichens Redakteurin bei der katholischen „Neuen Bildpost“ hatte 1981 vor dem Dortmunder Sozialgericht gegen die Abtreibung auf Krankenschein geklagt. Ihr Hauptargument: Als Mitglied einer Krankenkasse werde sie so gezwungen, mit ihren Beiträgen etwas mitzufinanzieren, das in ihren

Augen Mord sei.

Das Dortmunder Sozialgericht hatte sich damals in einer sehr grundsätzlichen Stellungnahme den Argumenten von Frau Zöller (und der „Bewegung für das Leben“) angeschlossen und sich an das Bundesverfassungsgericht gewandt. Das BVG hatte allerdings die Verfassungsbeschwerde nicht zugelassen, weil Frau Zöllers persönliches Mitgliedsverhältnis in der Krankenkasse nicht betroffen sei. Das Dortmunder Sozialgericht wies daraufhin die Klage von Frau Zöller ab.

Mit der gleichen Argumentation wie das BVG wies jetzt auch das Bundessozialgericht das Revisionsbegehren gegen das Dortmunder Urteil ab. Frau Zöller will nun Verfassungsbeschwerde einlegen.

Alles totalitär?

Am 5.10.86 finden in Niedersachsen Kommunalwahlen statt. Inzwischen steht fest, daß an diesen Wahlen auch die FAP und die NPD teilnehmen.

Auf der entsprechenden Landeswahlausschuß-Sitzung protestierten VVN und Volksfront gegen die Zulassung von FAP und NPD und forderten, gestützt auf Artikel 139 GG, ein Verbot dieser Parteien. Der Landeswahlausschuß lehnte ab. Bemerkenswert ist, daß sich der Landeswahlleiter diesmal nicht mit der Begründung begnügte, er habe nur formale Kriterien zu prüfen, sondern offensiv gegen Verbotsforderungen, die sich auf den Artikel 139 GG stützen, argumentierte.

In einer Presseinformation, die eigens zu diesem Zweck vom Landeswahlleiter in Niedersachsen herausgegeben wurde, wird erstens behauptet, daß es sich beim Artikel 139 GG lediglich um eine „Übergangsbestimmung“ handle, die mit den Entnazifizierungsabschlußgesetzen ihre Geltung verloren habe. Zweitens heißt es dort wörtlich: „Der Grund dafür, warum die von bestimmten politischen Kreisen geforderte Anwendung des Artikels 139 Grundgesetz abzulehnen ist, liegt in folgendem: Das Grundgesetz steht allen denkbaren und ganz besonders allen im Zeitpunkt seines Inkrafttretens vorhandenen totalitären Welt- und Staatsauffassungen ablehnend-kämpferisch gegenüber, und der Anschauungsunterricht, den das deutsche Volk zwischen 1933 und 1945 von Seiten des Nationalsozialismus, seit 1945 aber von Seiten des Kommunismus erfahren hat, läßt es gänzlich ausgeschlossen erscheinen, daß — nicht zum Zwecke der einmaligen Entnazifizierung, sondern für alle Zukunft — dem Totalitarismus der einen Seite mehr Ablehnung entgegenbrächte als dem der anderen.“

Zur Information der Wortlaug des Artikels 139: „Die zur ‚Befreiung des deutschen Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus‘ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“

Die Argumentation des Landeswahlleiters ist also so simpel wie dreist. Ausgehend davon, daß nicht sein kann, was in seinen Augen nicht sein darf, behauptet er nämlich nichts anderes als: 1. den Artikel 139 gibt es gar nicht mehr bzw. 2. es gibt ihn nicht so, wie er schwarz auf weiß gedruckt ist, sondern so, wie er dem „Geist“ bestimmter Leute entsprechend existieren müßte.

Offener Brief der Plakat-Gruppe

Die Betriebsräte der „Plakat-Gruppe“ haben in einem offenen Brief an die Stuttgarter IG Metall „z.Hd. Kollege Klaus Zwickel“ auf den Widerspruch aufmerksam gemacht, der zwischen der gewerkschaftlichen Posi-

tion der Ablehnung der unternehmerischen Flexibilisierungsstrategie einerseits und der Praxis der IGM-Betriebsräte bei Daimler-Benz/Untertürkheim besteht. Die Kolleginnen und Kollegen von „plakat“ weisen darauf hin, daß mit ausdrücklicher Zustimmung der IGM-Betriebsräte in immer mehr Bereichen bei Daimler „neben Überstunden, Pausendurchfahrten und Samstagsarbeit 3x8- und 2x10-Stunden-Schichten gefahren werden“.

„Wer heute flexiblen Arbeitszeiten und Nachtarbeit zustimmt, kann morgen nicht glaubhaft dagegen ankämpfen“, heißt es zu Recht in dem offenen Brief. Und: „Wir brauchen nicht zu betonen, daß eine solche Betriebsratspolitik kurz vor der Tarifrunde, in der wir uns der Unternehmerförderung nach flexibleren Arbeitszeiten gegenübersehen, Signalwirkung hat.“

Schwarze Kassen

Daß es davon zahlreiche gibt, ist nach Flickscher Zeitrechnung wohl als allgemein bekannt vorauszusetzen.

Daß Genscher auch eine hat — ebenfalls keine Überraschung. Daß es so plötzlich bekannt wird — schon eher. Und: Daß es wieder einmal so genau in den Rahmen paßt, von dieser Regierung nur das Schlechteste anzunehmen.

Gesponsort werden alle, die sich Befreiungsbestrebungen entgegenstellen. Sei es Duarte in El Salvador oder Buthelezi in Südafrika — das sind die Leute, die man in Bonn gerne als Führer abhängiger Länder oder als Alternativen für gegenwärtig unsichere befreundete Diktaturen haben möchte. Das alles muß natürlich geheim sein, sonst ist der Raum für die zahlreichen diesbezüglichen Dementis so eng. Es

wäre sicher interessant nachzuprüfen, wer im konkreten alles über die Jahre hinweg da kassiert hat, um westdeutsche Geschäfte abzusichern und als — die Bezeichnung darf hier verwendet werden — Marionette des Imperialismus (wo der der BRD in der Regel nicht der einzige „zahlende“ sein dürfte) tätig zu sein. In Bonn gibt es genug käufliche Interessenvertreter — warum soll es anderswo anders sein?

Arbeitszeittarif: Kündigung zum 31. 12. 86?

Die Große Tarifkommission der IGM Baden-Württemberg hat beim Vorstand der IGM beantragt, die Arbeitszeittarifbestimmungen zum 31. 12. 1986 zu kündigen. In der Entschließung wird die Notwendigkeit der weiteren Verkürzung der Wochenarbeitszeit vor allem mit dem Kampf gegen die Massen-

arbeitslosigkeit begründet: „Wer wirklich die Arbeitslosen nicht ihrem Schicksal überlassen will, der muß eine konsequente Politik der Arbeitszeitverkürzung verfolgen.“

Dazu muß ein Arbeitszeitgesetz kommen, das das Ausweichen in Überstunden auf das unumgängliche Maß reduziert ...“

In der Entschließung heißt es abschließend: „Deshalb beantragt die Große Tarifkommission beim Vorstand der IG Metall, die Tarifbestimmungen über die Arbeitszeit zum 31. 12. 1986 zu kündigen mit dem Ziel, die tarifliche wöchentliche Arbeitszeit auf 35 Stunden zu

verkürzen.“

Unmittelbar nach dem Ende Oktober stattfindenden Gewerkschaftstag sind dann die Eckpunkte der Forderung in einer weiteren Tarifkommissionssitzung zu beraten. Danach soll in allen Metallbereichen über den Inhalt der Forderung und die Möglichkeiten ihrer Durchsetzung eine breite Diskussion stattfinden, bevor Ende November in der Tarifkommission die endgültige Beschlußfassung folgt.“

Zu Fragen wie „voller Lohnausgleich“ oder Abwehr der unternehmerischen Flexikonzepte nimmt die Entschließung nicht Stellung.

Pressemitteilung

Im Oktober/November wird sich Frau Joyce T. Mokhesi einige Wochen in der BRD aufhalten. Frau Mokhesi kommt aus Südafrika und hat im März dieses Jahres vor dem UN-Sonderkomitee gegen Apartheid den Protest der azanischen Befreiungsbewegung gegen die gerichtlich sanktionierte Ermordung von sechs Afrikanern vorgebracht. Die sechs wurden aufgrund ihrer Beteiligung an den Mietkämpfen in Sharpeville im September 1984 Ende letzten Jahres zum Tode verurteilt. Es sind:

Mojafela Reginald Sefatsa, 30 Jahre
Reid Malepo Mokoena, 22 Jahre
Oupa Moses Diniso, 30 Jahre
Theresa Ramashamula, 24 Jahre
Duma Joshua Khumalo, 26 Jahre
Francis Don Mokhesi, 28 Jahre

Frau Mokhesi ist die Schwester des zum Tode verurteilten Francis Don Mokhesi.

Gegenwärtig erleben wir, wie sich immer mehr offizielle Stellen der BRD Sorgen machen, was der schwarzen Bevölkerung schaden könnte. Nur weil man sie vor Schaden schützen wolle, sagt die Regierung, leiste man Widerstand gegen Forderungen nach Boykott Südafrikas.

Währenddessen wütet in Südafrika der Terror. Jahr für Jahr ermordet das Regime über tausend Afrikaner. Der Polizeiterror auf den Straßen ist gerichtlich gesichert, und die Gerichte arbeiten auf Hochtouren, um die Gegner des Regimes zu liquidieren oder auf Jahre und Jahrzehnte in den Gefängnissen einzumauern. Die Inhalte des Protestes der afrikanischen Bevölkerung werden kaum bekannt. Dafür sorgt die Presseunterdrückung des Regimes bzw. die Selbstzensur der rassistischen Presse.

Unter diesen Umständen ist es besonders wichtig, daß Angehörige der politischen Bewegungen, die in Azania für die Beendigung des Minderheitsregimes eintreten, hierzu-lande zu Wort kommen. Es ist Fortsetzung der Apartheid mit anderen Mitteln, wenn die BRD sich weigert, die Befreiungsorganisationen anzuerkennen, und stattdessen zusammen mit den rassistischen Unterdrückern über das wirkliche Wohl und wohlverstandene Interesse der afrikanischen Bevölkerung berät.

Durch Unterstützung der Informationspolitik der schwarzen Organisationen und Bewegungen kann jeder dazu beitragen, diese Politik der offiziellen BRD zu bekämpfen.

Frau Mokhesi, die sich auf Einladung der gemeinsamen Vollversammlung von AAU, BWK, FAU-HD (A), FAU/R, GIM, KG (NHT), KPD und PA in der BRD aufhalten wird, ist wegen der Vereinbarung über Veranstaltungen, Interviews, Presseveröffentlichungen usw. über die folgende Büroadresse zu erreichen: Christiane Schneider, Arbeitsgruppe Azania der gemeinsamen Vollversammlung, Verlag GNN, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel.: (040) 2204278.

Die Kosten der Informationsreise werden aus Spendenergebnissen bestritten. Über die Kosten hinausgehende Spenden sollen zur Hälfte der Organisation der Verteidigung der zum Tode Verurteilten, die gegen das Urteil Berufung eingelegt haben, zugute kommen. Die andere Hälfte soll beitragen zur Finanzierung eines Kongresses von azanischen Frauen, der im Laufe der nächsten Monate stattfinden soll.

Wir rufen auf, für diese Zwecke zu spenden. Spenden sind möglich auf den Veranstaltungen, die Frau Mokhesi durchführen wird, und auf das Konto: Rüdiger Lötzer, BfG Köln, Nr. 2154424600 (BLZ 370 10111).

Die Abrechnung der Spenden wird öffentlich durchgeführt, d. h. in der „Gemeinsamen Beilage“ der einladenden Organisationen.

Für die Organisation der Informationsreise Christiane Schneider, Arbeitsgruppe Azania der gemeinsamen Vollversammlung

Werftarbeiter demonstrierten



Wie auf dem Foto in Kiel demonstrierten auch in anderen Küstenstädten Werftarbeiter am 18. September für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. In Kiel demonstrierten 3000 Kolleginnen und Kollegen der Werften HDW und Lindenau, obwohl die Herren Ahlers und Neitzke vom HDW-Vorstand alle Belegschaftsmitglieder aufgefordert hatten, „sich an dieser Protestkundgebung nicht zu beteiligen. In Kiel ist nach einer Mitteilung der IGM die Zahl der auf den Werften beschäftigten Menschen seit 1975 von 9684 auf 5253 zurückgegangen. Der Kieler IGM-Bevollmächtigte Alfred Prezowsky forderte, die Bundesregierung müsse dafür sorgen, daß die vorhandenen Arbeitsplätze erhalten werden. Die finanziellen Forderungen von 850 Millionen DM, die die Wirtschaftsminister der Küstenländer an den Bund gestellt hätten, würden in keinem Fall für die Erhaltung der verbliebenen Arbeitsplätze ausreichen.“

Das Bollwerk, die HDW-Betriebszeitung der KPD in Kiel, schreibt dagegen in seiner jüngsten Ausgabe: „Geld aus Bonn — wer hat was davon? Nicht demonstrieren, damit die Unternehmer kassieren!“ In dem Artikel heißt es unter anderem: „Auch in den Werftbetrieben könnten andere Produkte als nur Schiffe hergestellt werden. Doch die Banken und Konzerne, die Werftbesitzer,

stehen dem im Weg. Die haben die Verfügungsgewalt über Produktion und die Arbeitsplätze.“

Die Unternehmer lassen nur das produzieren, was ihnen die Profite sichert. Ob die Produkte gesellschaftlich nützlich sind, ob alle Menschen möglichst sinnvolle Arbeit haben, das alles interessiert sie nicht. Solange die Unternehmer das Sagen haben, wird es Arbeit für alle nicht geben. Da nützt auch kein Geld aus Bonn. Auch dieses Geld werden sie für Rationalisierung und damit für Entlassungen verwenden. Wir meinen: Die gewinnorientierte Wirtschaft muß weg, damit die Arbeitsplätze sicher werden.

Für die Verstaatlichung der Werftindustrie bei Arbeitsplatzgarantie!

Ein Kampf zur Durchsetzung dieser Forderung — natürlich auch in anderen Branchen —, um letztendlich die Verfügungsgewalt der Unternehmer zu brechen, würde eine gemeinsame Front gegen Finanzkapital und Politiker stärken. Und auch das Gegeneinander-Ausspielen der verschiedenen Belegschaften, Branchen usw. könnte so besser überwunden werden.

Die Banken, Konzerne und Werftbesitzer nicht anzufassen und dann auch noch Geld in die Hand zu drücken, wie es die SPD vorschlägt, das wird mit Sicherheit auf Dauer keine Arbeitsplätze sichern. Zusammen mit dem

Kapital oder an der langen Leine der Unternehmer lassen sich die Interessen der Arbeiterklasse nicht durchsetzen.

Zusammen mit den betroffenen Belegschaften aus der Zulieferindustrie, Häfen und Schifffahrt muß ein möglichst großer Teil der Bevölkerung auf die Beine gebracht werden. Kämpfen und demonstrieren, damit nicht die Unternehmer, sondern die Arbeiter und Angestellten kassieren.“

Stahl: Abschluß mit Abschlag

Auf rund gerechnet 3,8 Prozent läuft der Abschluß in der Stahlindustrie hinaus — das sind 0,6 Prozent weniger als in der metallverarbeitenden Industrie, der sogenannte Krisenabschlag ist also Realität geworden. Der Ecklohn wird — ein Jahr später — dem der Metallindustrie angeglichen.

Fast 100000 Stahlarbeiter hatten in den letzten Tagen mit Warnstreiks signalisiert, daß sie bereit waren, für ihre Interessen einzutreten — in mehreren Betrieben war die Forderung nach Organisation der Urabstimmung recht massiv aufgekommen.

Wahrlich kein stolzes Ergebnis, und die Argumentation bestimmter Kreise, ein Streik sei schon wegen der anstehenden Auseinandersetzungen um Arbeitszeitverkürzung jetzt nicht möglich, ist heute so wenig schlagkräftig wie früher.

„Es zeigt sich wieder einmal, daß die großen demokratischen Parteien in wichtigen Fragen im gemeinsamen Gespräch gute Ergebnisse erzielen können“, so kommentierte der CDU-Presesprecher die Ergebnisse der Kanzlerrunde vom 25. September. — „SPD macht's möglich — DDR stoppt Asylanten-Transit“. Mit dieser Überschrift feiert unterdessen die SPD ihren menschenfeindlichen Asyl-Coup auf einem bundesweit vertriebenen Flugblatt. — Strittig bleibt die Grundgesetzänderung, während die faktische Aushebelung des Asyl-Grundrechtes gemeinsam betrieben wird.

von JÜRGEN TOBEGEN

Raus Versöhnung mit dem Rassismus

Der Streit darum, ob die „Verhandlungskünste“ der SPD oder der Regierung die DDR zum Einlenken in der Asyl-Transit-Frage bewegen haben, ist inzwischen abgeklungen. Ein abartiger Streit darum, welche Partei sich ein menschenfeindliches Manöver als Wahlkampfzweck anheften kann.

Noch vor wenigen Wochen hatte Willy Brandt im Fernsehen erklärt, seine Partei wolle Anstrengungen unternehmen, um in der Bevölkerung die Mehrheitsverhältnisse in der Asylfrage zu verändern. Jetzt wissen wir, wie die SPD dies macht. Sie beugt sich dem Druck der reaktionärsten Kräfte, stimmt Verschärfungen unterhalb der Grundgesetzänderung zu, beteiligt sich wie im Falle der DDR aktiv daran, die Grenzen „dicht zu machen“, um angeblich Schlimmeres zu verhindern. Tatsächlich läuft diese Politik auf eine Versöhnung mit dem Rassismus hinaus und errichtet keineswegs einen Damm gegen weitere Angriffe der Reaktion.

Zynisch und ausgesprochen rechts dann auch die Begründungen, die die SPD-Baracke für ihren Asyl-Deal lieferte: „Auch Willy Brandt habe, als er vor den Nazis ins Exil flüchtete, nicht einfach an einem Flugschalter ein Ticket kaufen können. Eine weitere Zunahme der Asylbewerberzahlen steigert die Fremdenfeindlichkeit und verschärft die Situation für die hier schon lebenden Ausländer.“ (taz, 19.9.86) „Wir sind nun in der Tat kein Einwanderungsland, und wir können auch nicht sämtliches Elend dieser Welt über die Bundesrepublik und West-Berlin lösen.“ (Axel Wer-nitz in der taz, 20.9.86) — Während die beiden Kirchen und Sprecher der Gewerkschaften in den vergangenen Wochen betonten, daß „das Boot keineswegs voll sei“ und die „Flüchtlingsflut“ als pure Panik-mache bezeichneten, unterscheiden sich die zitierten SPD-Stellungen nur noch durch Nuancen von den offiziellen Verlautbarungen Zimmermanns.

Die Folgen

Als die DDR sich im Frühsommer 1985 zum ersten „Asyldeal“ mit der

Die Mauer dicht — jetzt Massenabschiebungen?

Bundesregierung einließ und auf Betreiben Lummers tamilischen Flüchtlingen ohne bundesrepublikanisches Visum die Durchreise verbot, sank die Zahl der Asylbewerber aus Sri Lanka rapide. Waren die tamilischen Flüchtlinge 1984 mit 20,9 Prozent in Berlin die stärkste Flüchtlingsgruppe, stellen sie nach offiziellen Angaben des Bundesinnenministeriums 1985 nur noch 4,4 Prozent der Asylbewerber in der BRD und Westberlin.

Mehr als 54 Prozent aller Flüchtlinge haben bisher nach Angaben des Bundesinnenministeriums auf dem Umweg über die DDR die Bundesrepublik erreicht. Die meisten von ihnen kamen aus dem Iran, dem Libanon und Palästina. Für diese Menschen gibt es in Zukunft (ab 1. Oktober) keinen legalen Weg mehr in die Bundesrepublik. Als „flankierende Maßnahme“ hat die Bundesregierung bereits im August die Ausweitung des Visazwangs beschlossen, so daß für Zwischenlandungen in Frankfurt (neben Berlin die 2. Stelle, an der Asyl begehrt wird) ein Visum benötigt und die Fluggesellschaften niemanden mehr befördern dürfen, der diese Papiere nicht hat. Nachbarländer wie Frankreich, Österreich und die Schweiz haben ihre Grenzen gegenüber Flüchtlingen inzwischen auch „dicht gemacht“.

Dennoch werden auch in Zukunft Menschen auf der Flucht den Weg in die Bundesrepublik finden. Aber es werden wenige sein, und sie werden einen noch höheren Preis für ihre Flucht zahlen müssen als bisher. Mit anderen Worten: Der Kampf für die Wiederherstellung des uneingeschränkten Grundrechts auf Asyl hat „über Nacht“ eine zweite Ebene bekommen. Neben der Verteidigung der Flüchtlinge, die bereits in der BRD und Westberlin leben, stellt sich jetzt die Frage, wie es Flüchtlingen in Zukunft ermöglicht werden kann, die Grenzen zu überwinden, damit sie Asyl beantragen können.

Geplante Massenabschiebungen

Die Kanzlerrunde aus Vertretern der Regierung, den Ministerpräsidenten der Länder und den Parteivorsitzenden von CDU/CSU/FDP/SPD traf am 25. September folgende Entscheidungen:

- „Ostblock“-Flüchtlinge: Seit der Innenministerkonferenz 1966 gilt für alle Flüchtlinge aus den Ländern des sogenannten Ostblocks, daß sie auch ohne Asylgrund grundsätzlich geduldet werden. Bis zur Innenministerkonferenz im April 1987 soll jetzt geprüft werden, ob für Flüchtlinge aus Ungarn und Polen dieses Privileg aufgehoben und sie den übrigen Flüchtlingen gleichgestellt werden sollen.

- Beschleunigung des Asylverfahrens: Das Bundesamt in Zirndorf wird personell aufgestockt und richtet in allen Bundesländern Außenstellen ein. Das Personal in den Verwaltungsgerichten soll ebenfalls aufgestockt werden. Asylverfahren sollen künftig nur noch sechs Monate, maximal ein Jahr dauern. — Je schneller der Asylantrag abgelehnt und der Rechtsweg ausgeschöpft ist, desto einfacher ist die

Abschiebung durchzusetzen — so lautet das politische Kalkül hinter dieser Entscheidung.

- Abschiebungen: Die Länder sollen ermächtigt werden, eine Zentralstelle einzurichten, die über die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber entscheidet. Das Auswärtige Amt soll vierteljährlich begutachten, in welche Länder „ohne Gefahr für Leib und Leben“ abgeschoben werden kann. Die Länder wollen gemeinsam über die Konsequenzen aus dieser Beurteilung beraten.

- Bund-Länder-Kommission: Zur Erarbeitung weiterer konkreter Verschärfungen des Asylrechts wurde eine Bund-Länder-Kommission eingerichtet. Sie wird unter anderem prüfen, ob Asylsuchende gleich an der Grenze abgewiesen werden sollen (Grenzrichter) und ob das Asylsozialhilferecht vom allgemeinen Sozialhilferecht getrennt werden soll. Die Forderung, die hinter dieser Prüfung steckt, lautet: bundesweite Einführung der Wertgutscheine anstelle der Sozialhilfe.

Einen Tag nach der Kanzlerrunde fanden die Beschlüsse in Berlin bereits praktische Anwendung: Berlins Innensenator Kewenig hob den Abschiebestopp für 370 in Berlin lebende Libanesen auf. Der „Spiegel“ berichtet am 29.9.1986, daß in Baden-Württemberg, wo es bereits eine zentrale Abschiebestelle gibt, die erste Abschiebung mit Großraumflugzeugen vorbereitet wird. FDP-Chef Bange-mann sieht in diesen geplanten Maßnahmen eine „gezielte Abschreckung“, Kanzleramtsminister Schäuble nennt sie „gezielte Aufklärung“ ...

53 Prozent der gestellten Asylanträge werden derzeit rechtskräftig abgelehnt. 60 bis 70 Prozent der abgelehnten Asylbewerber dürfen bei gegenwärtiger Praxis noch als De-facto-Flüchtlinge bleiben. Das heißt, es sind Menschen, die bereits seit vielen Jahren mit ihren Familien hier leben, so daß eine Abschiebung aus juristischen und politischen Gründen kompliziert ist, oder eine Abschiebung fand bisher nicht statt, weil diesen Menschen in ihrer Heimat Gefahr für Leib und Leben droht. Unter dem Druck Zimmermanns wird das Auswärtige Amt in Zukunft Neubewertungen der Krisengebiete vornehmen. Das erste Beispiel dafür ist der Libanon. Bisher hat nur Bayern Flüchtlinge in den Libanon abgeschoben. Inzwischen wird generell angezweifelt, ob Bürgerkrieg überhaupt ein Asylgrund sein kann und behauptet, in den eigenen Religionsgebieten im Libanon würde den Flüchtlingen keinerlei Gefahr drohen. Für die Flüchtlingsgruppen aus Indien, Ghana, Bangladesh und Pakistan hatte Zimmermann bereits im Juli erklärt, daß keinerlei „Abschiebungshindernisse“ bestehen.

Ein grundsätzliches Nein der SPD zu diesen geplanten Massenabschiebungen war während der Kanzlerrunde nicht zu hören. Sie will lediglich Abschiebungen in Krisengebiete verhindern, wobei sie sich an der Neubewertung dieser Gebiete zwischen Bund und Ländern beteiligt.

Der Wahlkampf und das Grundgesetz

SPD-Fraktionschef Vogel zeigte sich nach der Kanzlerrunde erfreut über die Verschärfung in der Asyldebatte und begrüßte „das Ende einer schlimmen Kampagne“. Die „Süddeutsche Zeitung“ stellte fest: „Forderung nach Grundgesetzänderung hat für die CDU keine aktuelle Bedeutung mehr“. — Vor Illusionen muß eindringlich gewarnt werden.

Bayern hat inzwischen über den Bundesrat einen Antrag auf Änderung des Grundgesetzes eingebracht. Im Wahlkampfprogramm von CDU und CSU wird die Änderung des Grundgesetzes gefordert. Strauß und Dregger stellten nach der Kanzlerrunde noch einmal klar, daß sie die Änderung der Verfassung wollen. Differenzen gibt es scheinbar mit Kohl über die Frage des Zeitpunktes, vor oder nach der Wahl.

Auch wenn gegenwärtig im Bundestag keine 2/3-Mehrheit für eine Grundgesetzänderung zu erwarten ist, ist diese Politik mehr als Heuchelei. Strauß, Zimmermann und Dregger formulieren bewußt Maximalpositionen, um so politischen Druck auszuüben, Bund und Länder zu weiteren Verschärfungen in der Asylpraxis zu zwingen. Ein Wahlkampfthema ist die Asylfrage bereits geworden und sie wird es auch in der heißen Phase des Wahlkampfes sein. Mit keiner anderen Frage können die Unionsparteien derart Wähler für sich mobilisieren und von anderen zentralen Themen — Arbeitslosigkeit, Atomenergie usw. — ablenken. Keine andere gesellschaftliche Gruppe ist derart rechtlos und isoliert wie die Flüchtlinge.

Eine Änderung des Grundgesetzes muß mit allen Mitteln verhindert werden, doch dabei kann es uns nicht — wie der SPD — um die Verteidigung des Status quo gehen. Der Status quo ist die faktische Außerkraftsetzung des Grundgesetzes, während unser Ziel die Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl sein muß.

Den Widerstand entwickeln

Die September-Meinungsumfrage des „Spiegels“, durchgeführt vom Emnid-Institut, will einen Meinungsumschwung in der Bevölkerung festgestellt haben. Im August waren noch 53 Prozent für eine Grundgesetzänderung, im September waren 59 Prozent dagegen. Die Verschärfungen in der Asylpraxis, die vom Bundeskabinett im August beschlossen wurden, werden von 55 Prozent begrüßt. Der Asyldeal mit der DDR ist in dieser Umfrage nur am Rande erfaßt. Wäre die Umfrage später durchgeführt worden, hätten sich noch mehr Menschen gegen eine Änderung des Grundgesetzes ausgesprochen, behauptet der „Spiegel“.

Ob diese Trendwende sich bestätigt, werden wir wohl erst in den nächsten Wochen überprüfen können. Ein Grund zur ungeteilten Freude wäre es ohnehin nicht, weil sich der Meinungstrend erst nach Abschottung der Grenzen veränderte. Deshalb werden wir im Kampf für die Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl auch weiterhin davon ausgehen müssen, daß wir anders als in der Atomkraft-

oder Nachrüstungsdebatte als Minderheit erst noch um die Mehrheit kämpfen müssen. Darüber hinaus sind schnellgreifende Gegenmaßnahmen gefordert, denn ein großer Teil der Flüchtlinge braucht wirksamen Schutz vor der drohenden Abschiebung bzw. Hilfe, um überhaupt erst einmal die BRD oder Westberlin zu erreichen.

Beispiele wie die Initiative „Freie Flüchtlingsstadt Bremen“ zeigen, daß es möglich ist, über den reinen Abwehrkampf hinaus in die Offensive zu kommen, den Boden für mehr Akzeptanz für Einwanderer und Flüchtlinge zu verbreitern. Günter Kahrs, Mitglied der Bremer Initiative und Sprecher der Grünen sagte in einem Interview des „Arbeitskampfs“: „Wenn immer behauptet wird, wir müssen auf die Stimmung im Volk Rücksicht nehmen, die Leute wollen keine Fremden, dann wollen wir zeigen, die Leute wollen Einwanderer und Fremde. (...) Wir wollen die Leute, die zu Hause sitzen und denen die Hetze stinkt — und das sind 20 bis 30 Prozent hier in Bremen —, die nicht wissen, was sie machen sollen, mobilisieren. Schaffen wir es, die Leute für die Veränderung der Alltagssituation zu aktivieren, wären wir damit die politische Mehrheit. Wir wollen praktisch das Denken und Handeln der Menschen verändern. Es gibt eine Stimmung gegen die Hetze. Unsere Kampagne macht Spaß, bringt Freude und hat viele aktiviert. Wir haben eine kaum für möglich gehaltene Resonanz bekommen. Die Presse in Bremen greift diese Gegenbewegung auf. Wir sagen: Grenzen auf, nicht nur die Grenzen der Bundesrepublik, sondern auch die Grenzen im Lande, zwischen den verschiedenen Kulturen.“

27 000
erfundene
Flüchtlinge

aber
denn auf.

Keine Bestätigung für Flüchtlings-Ansturm

HAMBURG (dpa/ap)

Die deutsche Botschaft in Ankara hat Berichte über einen großen Asylantenstrom durch die Türkei nach Westberlin als „offensichtlich übertrieben“ bezeichnet. Zuvor hatten Angaben des Auswärtigen Amtes lautete.

Am vergangenen Wochenende hatten die Medien ihre Sensationsmeldung: Wie gewöhnlich gut unterrichtete Kreise/sichere Informanten aus der Türkei zu berichten wußten, waren angeblich 27 000 Iraner in 600 Bussen auf dem Wege in die BRD. Die Meldung wurde offiziell vom Auswärtigen Amt verbreitet. Die diplomatischen Vertreter Polens und Bulgariens (über deren Länder angeblich die Flüchtlinge unterwegs waren) wurden ins Auswärtige Amt zitiert und aufgefordert, die „Regelungen über eine ordnungsgemäßen Transitverkehr“ einzuhalten. In der Asylstelle der Berliner Ausländerbehörde wurde vorsorglich Sonntagsarbeit angeordnet und die Zahl der Unterbringungsmöglichkeiten auf 1 200 erhöht ...

Am Montag lag dann endlich das offizielle Dementi aus der Türkei vor. Lediglich sieben Busse mit 182 iranischen Flüchtlingen hatten die türkische Grenze bei Edirne nach Bulgarien passiert. Die 27 000 Flüchtlinge waren erfunden, um die Fremdenfeindlichkeit durch Panikmeldungen weiter zu schüren. Und der politische Druck auf Bulgarien hat gewirkt: Bulgarien hat wie die DDR den Visazwang übernommen.

Die Ruine der Gemeinwirtschaft

von HORST DIETER KOCH

„Besser ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.“ Nach diesem Motto versucht der DGB-Bundesvorstand jetzt mit dem Verkauf der Neuen Heimat an den Westverliner Unternehmer Schießler die unendliche Skandalgeschichte des gewerkschaftseigenen Wohnungsbaukonzerns zu beenden. Ob das gelingen wird, ist mehr als fraglich. Daß der neue Besitzer, falls er es denn letztendlich tatsächlich wird, den Konkurs des mit 17 Milliarden verschuldeten Konzerns vermeiden kann, erscheint zweifelhaft. Noch zweifelhafter erscheint, daß die Sozialbindung der verkauften NH-Wohnungen den Besitzerwechsel lange überdauern wird. Außer Frage aber steht, daß die Gewerkschaftsführung auch bei dem vermeintlichen Ende der Affäre kaum eine Chance ausgelassen hat, dem Ansehen der Gewerkschaften Schaden zuzufügen.

Praktisch über Nacht hat die DGB-Führung 190 000 Sozialwohnungen in normales privatkapitalistisches Eigentum überführt. Vieles spricht dafür, daß sich in relativ naher Zukunft herausstellen wird, daß dieser riesige Wohnungsbestand nicht nur privatisiert, sondern Spekulanten zur Ausschachtung überlassen wurde.

Die Belegschaften von Peine-Salzgitter und VW kämpfen gegen die Privatisierungspläne der Wende-regierung, die Postgewerkschaft mobilisiert gegen die „Ausschlachtung der Bundespost durch das Großkapital“, die ÖTV versucht, sich der Privatisierungslawine im öffentlichen Dienst entgegenzustellen, die IG Metall fordert in ihrem stahlpolitischen Programm die Vergesellschaftung der Stahlindustrie, die Werftarbeiter fordern im verzweiferten Kampf für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze dasselbe für die Werftindustrie usw. — vor diesem Hintergrund läßt sich unschwer ermesen, welcher gesellschaftspolitische Wahnsinn darin liegt, daß ausgerechnet der DGB sich mit dem Schießler-Geschäft an die Spitze der Privatisierungswelle stellt.

Wohnungen sind im Kapitalismus Ware. Aber der Umstand, daß sie Ware sind, stößt bei den Menschen auf weitaus mehr Empörung als etwa die Tatsache, daß Stereoanlagen oder Zahnpasta Waren sind. Aus gutem Grund: Die Existenz der nichtreichen Menschen ist mit der Ware Wohnung ungleich stärker verknüpft als mit nahezu jeder anderen Ware. Der DGB schiebt 190 000 Wohnungen über die

Theke, als ob es sich um ein Päckchen Zigaretten handeln würde.

Die Unterschrift unter den Verkaufsvertrag hat Hunderttausende Mieter existenziell verunsichert — und zwar vorwiegend Menschen, die aufgrund ihres geringen Einkommens eine Situation besonders fürchten müssen, in der sie auf den „freien Wohnungsmarkt“ angewiesen wären. Die DGB-Führung hat es nicht einmal für nötig befunden, die betroffenen Mieter vorab über die Verkaufsabsicht, über die Beweggründe für den und die genaueren Umstände des Verkaufs zu informieren. Zugegeben, auch eine solche Information vor dem Verkauf hätte den Mietern kaum praktische Einflußmöglichkeiten eröffnet. Immerhin wäre es eine Geste gewesen, durch die die DGB-Führung hätte deutlich machen können, daß sie sich den Mietern gegenüber verantwortlich fühlt. Daß diese rechtzeitige und umfassende Information der Mieter ausblieb, kann hingegen nur als unverfrorene Demonstration der Rücksichtslosigkeit verstanden werden.

Schließlich wurde die Neue Heimat verkauft, ohne den Betriebsrat der Beschäftigten auch nur zu informieren, geschweige denn, daß der Belegschaftsvertretung Mitwirkungs- oder gar Mitbestimmungsrechte gewährt worden wären. Und das bei einem Verkauf, bei dem vertraglich festgelegt ist, daß 400 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verlieren sollen. Die gewerkschaftliche Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft hat sich vertraglich zur Übernahme der Kosten eines Sozialplans verpflichtet, während der Betriebsrat noch nicht einmal über die Absicht der Konzernleitung informiert war, einen solchen Sozialplan anzustreben.

Wir wollen nicht zynisch abwägen, was schwerer wiegt: die Tatsache, daß die DGB-Führung die Interessen der Mieter mit Füßen getreten hat oder daß sie sich skrupellos über Belegschaftsrechte hinweggesetzt hat.

Politisch ist der Flurschaden, den die DGB-Führung dadurch angerichtet hat, daß sie auf diese niederschmetternde Weise die gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderungen dem öffentlichen Hohn und Spott preisgab, noch gar nicht auszudenken. Es gehört keine prophetische Gabe dazu, um vorauszusagen, daß die Betriebsräte noch auf Jahre hinaus erfahren werden, wie sehr ihre Stellung durch diese Selbstentlarvung politisch geschwächt wurde.

Zur Rechtfertigung des Verhaltens der DGB-Führung erklärte Ernst Breit im Spiegel-Interview: „Eins müssen sie bei alledem auch bedenken: Es gibt keine Gewerkschaftsforderung auf Mitbestimmung beim Verkauf eines Unternehmens.“ Gibt es nicht? Offensichtlich gibt es nicht nur den Ausverkauf der Neuen Heimat, sondern in dessen Folge auch den Ausverkauf gewerkschaftspolitischer Forderungen nach dem Motto „Was wir selbst machen, können wir den Unternehmern schlecht verbieten.“

„Größter Skandal in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Bundesrepublik“?

Kanzler Kohl sprach vom „Volksbetrug“. Franz-Josef Strauß er-

kannte im NH-Verkauf den „größten Skandal in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Bundesrepublik“. Ausgerechnet ein Herr von der FDP nutzte die günstige Tageschau-Sendezeit, um die DGB-Führung launig des „Arbeiterverrats“ zu überführen. Der unvermeidliche Heiner Geißler warf der DGB-Führung vor, wie „skrupellose Kapitalisten“ gehandelt zu haben.

Im großen und ganzen war sich das konservativ-liberale Lager schnell darin einig, daß auf Unternehmerseite derartige Skrupellosigkeiten allenfalls im glücklicherweise überwundenen Frühkapitalismus vorgekommen sind.

Es hat nichts mit Schönfärberei im Hinblick auf die Haltung der DGB-Führung zu tun, wenn man diese absurde Heuchelei, diese idyllische Beschönigung des alltäglichen Kapitalismus zurückweist. Firmenverkäufe über Nacht, von denen der Betriebsrat erst aus der Zeitung erfahren hat — in letzter Zeit nie gehört? Firmenaufkäufe nur zu dem Zweck, die Marktanteile an sich zu raffen, das aufgekaufte Unternehmen aber in kürzester Zeit zu liquidieren und die Belegschaften vor die Tür zu setzen — Skrupellosigkeiten dieser Art seit dem Frühkapitalismus unbekannt? Terror gegen Mieter, um die Wohnungen für Spekulanten freizumachen, nie gehört? Waren es nicht Berliner Polizisten, die marktwirtschaftlichen Gesetzen gewaltsam Geltung verschafften? Gab es nicht gar einen Toten? Korruption im NH-Vorstand — haben wir richtig gehört, daß es u.a. Vertreter der Lambsdorff-Partei waren, die in diesem Zusammenhang von „ungeheuerlichen Vorgängen“ sprachen?

Richtig freilich ist, daß es ziemlich einmalig ist, daß 190 000 Wohnungen auf einen Schlag auf diese Weise verschachert wurden. Auch wenn man das für einen ungeheuren sozialpolitischen Skandal hält, wie wir es tun, ist es nicht müßig, darauf zu verweisen, daß überhaupt nur die gewerkschaftseigene Neue Heimat in diese Verlegenheit kommen konnte; denn es gab doch keinen rechnenden Kapitalisten, der in den fünfziger Jahren und später bereit gewesen wäre, in diesem Maßstab im sozialen Wohnungsbau zu investieren. Die derzeit 8 Millionen Wohnungen im gemeinnützigen Besitz sind für die Wohnbedingungen der westdeutschen Arbeiterklasse ein ausschlaggebender Faktor. Die Aktivitäten der Neuen Heimat waren über lange Zeit Motor dieser Entwicklung. Schon an dieser Stelle sei festgestellt, daß das meiner Ansicht nach keineswegs ein Argument dafür ist, daß der Aufbau des gigantischen NH-Konzerns durch den DGB richtig war. Aber es ist die zutreffende Entgegnung auf jene Propaganda der Reaktion, die uns den faktischen Bankrott der gemeinwirtschaftlichen Neuen Heimat in einen Beweis für die Überlegenheit des ungehemmten Wirkens der Marktgesetze ummünzen will.

Bei aller Empörung über den Verkauf der Neuen Heimat und die unsägliche Skandalkette, die ihm vorangegangen ist, wäre es falsch, wenn die Linke sich vor der politischen Offensive der Reaktion in die totale Defensive zurückzöge, aus dem Gefühl heraus, daß alle Kritik am DGB in Sachen Neue Heimat „irgendwie einen berechtig-

ten Kern“ hat.

Der Reaktion und dem „freien Unternehmertum“ geht es um die Zerschlagung des sozialen Wohnungsbaus, was für die Lebensbedingungen der Arbeiter und Angestellten nicht gerade eine nebensächliche Frage ist. Die ganzen Bonner Sprechblasen-Produzenten, die sich lautstark darüber empören, daß die Rechte der NH-Mieter mit Füßen getreten wurden, bereiten seit Jahren die Wende zum Ende des sozialen Wohnungsbaus vor.

Es geht der Reaktion darum, die Gewerkschaften nachhaltig zu schwächen. Offensichtlich gut gelaunt hat Norbert Blüm vor der CDA NRW erklärt, der Ausverkauf habe „dem Ansehen und der Streikfähigkeit der Gewerkschaften 116 mal mehr geschadet als alle anderen Sachen“. Richtig daran ist, daß Blüm und Koalitionäre mit allen propagandistischen und machtpolitischen Mitteln dafür kämpfen, daß es so kommt.

Schließlich hatten die Unionsparteien bis ins Detail die systematische wahlkampfmäßige Ausschachtung der Neuen-Heimat-Krise geplant und auch betrieben.

Wegen dieser politischen Ziele wurden alle anderen denkbaren Sanierungsmöglichkeiten der Neuen Heimat torpediert. Daß der DGB noch vor Jahren andere Möglichkeiten zur Lösung der NH-Krise gehabt hätte, ist unbestritten, daß sie aus Gründen verblendeten und bornierten Festhaltens am Gemeinwirtschaftskonzept nicht ergriffen wurden, liegt in der politischen Verantwortung der DGB-Führung, aus der die Gewerkschaftsmitglieder sie hoffentlich nicht entlassen werden. Daß die DGB-Führung in den letzten Monaten außer dem Konkurs der Neuen Heimat noch viele Alternativen hatte, bezweifle ich jedoch. Dazu war die klaffende Meute schon zu dicht auf den Fersen.

Die Erpreßbarkeit der Gewerkschaften

Ernst Breit hat den NH-Verkauf u.a. damit begründet, daß der DGB erpreßbar geworden wäre. Das ist zutreffend. Aber nicht nur in dem Sinne, daß es immer schwieriger geworden wäre, sich der Forderung, weitere Gewerkschaftsgelder in den Konzern zu stecken, zu entziehen. Die Frage der Erpreßbarkeit der Gewerkschaften im Zusammenhang mit den gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen steht grundsätzlicher. Die Neue Heimat ist, sieht man von den verschiedenen Skandalen ab, von der Anlage eher noch das Paradeferd des gemeinwirtschaftlichen Konzepts. Zumindest in den Anfängen waren immerhin Unterschiede zum freien Wohnungsbau erkennbar. Mit viel gutem Willen konnte man der Neuen Heimat zunächst ein wenig von dem „korrigierenden Einfluß“, den die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen auf die kapitalistische Entwicklung haben sollten, attestieren, bis eben die Gesetzmäßigkeiten des freien Marktes — und nicht nur der Größenwahn Vietors — zu immer größerer Expansion und zum „normalen“ (wenn auch erfolglosen) kapitalistischen Verhalten zwang. Wie gesagt: man braucht schon viel guten Willen, um das so zu sehen.

Was aber ist der „korrigierende Einfluß“ der Bank für Gemeinwirtschaft oder der Volksfürsorge? Sie handeln als normale kapitalistische Unternehmen, und ich kann mir auch schlecht vorstellen, wie sie unter kapitalistischen Bedingungen anders handeln sollten, ohne binnen kürzester Frist Pleite zu machen, was ja offensichtlich nicht der Sinn der Sache sein kann.

Weil die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen bei Strafe ihres Untergangs in die kapitalistische Wirtschaft integriert sein müssen, werden sie auch ständig den gewerkschaftlichen Zielsetzungen zuwiderhandeln. Hier liegt die grundsätzliche Erpreßbarkeit der Gewerkschaften.

Ein Blick auf die Anträge zum IGM-Gewerkschaftstag macht das Problem deutlich: in mehreren Anträgen wird gefordert, daß die Volksfürsorge aufhört, Ausländer in einer besonderen Risikogruppe einzuordnen, wie es mittlerweile alle Kfz-Versicherungen tun, die BfG wird aufgefordert, Ausländer bei der Kreditvergabe nicht zu diskriminieren. Ein weiterer Antrag bezieht sich darauf, daß die BfG zusammen mit anderen Banken an einem Kredit für die türkische Militärregierung beteiligt war, und der Ausländerausschuß beim Vorstand der IGM fordert: „... daß die türkische Militärjunta keine Unterstützung durch gemeinwirtschaftliche Unternehmen mehr erhält.“

Es gibt einen sympathischen Antrag der Verwaltungsstelle Leverkusen: „Der Vorstand der IG Metall wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, daß die DGB-Gewerkschaften sich von allen gemeinnützigen Unternehmen trennen. Alle gemeinnützigen gewerkschaftlichen Unternehmen sollen in eine Genossenschaft umgewandelt werden.“

Alte genossenschaftliche Tugenden wie Selbstverwaltung, Sparsamkeit, Selbstverantwortung und Solidarität sollen belebt und zu wirtschaftspolitischen Leitzielen der Arbeiterbewegung werden.“

Rückhaltlose Unterstützung für den ersten Satz dieses Antrages: für die Forderung, daß der DGB sich von der gemeinwirtschaftlichen Unternehmensgruppe trennen soll. Ich bezweifle allerdings, daß es überhaupt eine reale Basis für den Gedanken der Wiederbelebung des Genossenschaftswesens gibt. Ganz sicher bin ich, daß finanzkapitalistische Unternehmen wie die BfG oder die Volksfürsorge völlig untaugliche Objekte für eine wie auch immer geartete Wiederbelebung des Genossenschaftsgedankens sind.

Ich fürchte, es gibt nur einen politisch vertretbaren Weg, die Erpreßbarkeit der Gewerkschaften zu beenden: statt an der gemeinwirtschaftlichen Ruine Fassadenverschönerungen vorzunehmen, müssen die Gewerkschaften die Übernahme aller Unternehmen und Beteiligungen der Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft durch die öffentliche Hand fordern. Vor allem um ihre Reprivatisierung zu verhindern, sollen die Gewerkschaften demokratische Kontrollmöglichkeiten fordern, die über das geltende Mitbestimmungsgesetz hinausgehen. Mit einer solchen Position könnten die Gewerkschaften die politische Auseinandersetzung mit der Reaktion bestehen. Wenn die DGB-Führung hingegen, was offensichtlich der Fall ist, glaubt, mit den Resten der Gemeinwirtschaft einfach weitermachen zu können, wird sich herausstellen, daß auch der jüngste Versuch, ein Ende mit Schrecken herbeizuführen, in einem Schrecken ohne Ende münden wird.



ROTER

Zentralorgan der
Kommunistischen Partei
Deutschlands, Marxisten-Leninisten

3. Jg. Dez. 68/Jan. 69 56 Pfg

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch

MORGEN



STERN
MARSH DORTMUND 8.10
NORDMARKT 12 UHR



GEGEN DAS
REAKTIONÄRE AUSLÄNDERGESETZ

Kommunistische Partei Deutschlands/
Marxisten-Leninisten gegründet

Blick zurück nach vorn

Schreib deine Memoiren — unter diesem mittelmäßig ernsten Motto befragten wir von der Redaktion RM aus eine ganze Reihe von Genossinnen und Genossen, ob sie bereit wären, aus Anlaß der Vereinigung von KPD und GIM zu einem Abschluß-„thema“ beizutragen (uns selbst auch). Der Sinn des Ganzen: So soll ein Einblick in die Geschichte der Partei und die Erwartungen für ihre Zukunft geleistet werden — der als „offizieller Artikel“ unserer Meinung nach weder besonders nützlich noch ergiebig wäre. Wobei ein Überblick nicht in den einzelnen Beiträgen, sondern nur in ihrer Gesamtschau zustande kommt, waren doch ausdrücklich die jeweiligen höchst subjektiven Meinungen gefragt. Natürlich haben mehr zugesagt als nachher auch geschrieben haben, warum soll dies im letzten RM anders sein, als es immer war. Wir meinen dennoch, daß daraus ein einigermaßen vielschichtiges Bild herausgekommen ist, das es für jeden an der weiteren Entwicklung Interessierten nützlich macht, dieses „thema“ zu lesen, sei es aufgrund von Zustimmung oder wg Widerspruch.

Rückblick — Ausblick — Durchblick? Wenn man 1970 die Genossen gefragt hätte, was ihnen zu 1986 einfällt, so hätte vermutlich ein erheblicher Teil geantwortet, da haben wir Sozialismus oder zumindestens Revolution, die gemäßigten aber zumindest die Größe der Partei auf eine fünfstelligen Zahl geschätzt, das Proletariat in Aufruhr und die Bauern an seiner Seite.

Es hat sich ja nun etwas anders entwickelt. Besonders die Rechnung: Krise bringt Arbeitslosigkeit, Arbeitslosigkeit bringt Radikalisierung und Radikalisierung bringt Mitgliederzuwachs ist ja nicht ganz so aufgegangen.

Die Sache erwies sich mit der Zeit als etwas komplizierter und vielschichtiger:

- Erst mußten wir von dem sektiererischen Elfenbeinturm herabsteigen zu den alltäglichen Problemen. Die Kompromisse, die zu schließen waren, hatten es in sich: manche wurden irre daran, andere gingen in ihnen unter.

- Anstatt daß das Proletariat dem Sozialismus zulief, liefen plötzlich Tausende Linke und Nichtlinke den Grünen zu und stampften unter unseren Augen eine neue Partei aus dem Boden, die alle anderen überflügelte.

- Anstatt daß nach einer halblinken SPD-Regierung der Aufstand und wir kamen, schoben sich in aller Seelenruhe die Schwarzen mit der Scheißhausparole „Wir schaffen den Aufschwung“ an die Macht, und die SPD betätigte sich als linker Rattenfänger.

Da konnte man als gestandenes Mitglied der einzig wahren Partei schon kirre dran werden, und sind ja auch viele geworden.

Jetzt, nach 18 Jahren, vereinigen wir uns mit einer in ihrer Tradition nicht weniger ruhmreichen Organisation und sind zusammen noch in der unteren Hälfte der dreistelligen Zahlen stark, wie vor 17 Jahren.

Zum Verzweifeln? Sicher ist, daß viele Genossinn-en in der Geschichte mehr Grund zum Verzweifeln gehabt hätten, und sicher ist auch, daß mir als SPD-ler oder Grünem mehr nach Verzweiflung wäre. Zum Jubeln ist es sicher auch nicht. Schließlich jubelt man ja auch nicht ständig darüber, daß man noch nicht tot ist, obwohl andere es schon sind.

Also cool weitermachen, mit den neuen Genossinn-en einen neuen Weg suchen und sehen, wen man noch dazukriegt. Was denn sonst?

Das Problem ist dieser Weg. Das Programm steckt einen breiten Rahmen. Das Entscheidende ist, welche Wirkung von dieser Organisation ausgeht, wie sie die Arbeit anpackt, wie sie begeistern kann, wie sie neue Ideen und Initiativen bringt, die über den engen Tageshorizont hinausgehen.

Auf ein Neues! Bei der Jahrtausendwende können wir uns fragen, ob die nächsten 14 Jahre besser waren.

Peter, Köln



Ein Fräulein stand am Meere
und seufzte lang und bang,
es rührte sie so sehere
der Sonnenuntergang.
Mein Fräulein, sei'n Sie munter,
das ist ein altes Stück
hier vorne geht sie unter
und kehrt von hinten zurück.
(Heine?)

Da gehst du also dahin, ein nicht mehr taufisches Fräulein, das sich in späten Jahren noch auf ein Eheabenteuer mit einem älteren Lebemann einläßt. Stolz und freudig erregt, daß dich doch noch einer genommen hat, aber auch in Sorge, ob die gemeinsame Zukunft die vorehelichen Verheißungen erfüllen wird.

Ich freue mich und bange mit dir. Sechzehn Jahre waren wir innig verbunden, eine wechselhafte Beziehung voller Lust und Frust, deren Intensität im Fortgang der Jahre merklich nachließ. Wie's halt so ist mit Beziehungskisten.

Wie haben wir uns gegenseitig zur Lust hochgeputzt, wenn vielhundertfach — in manchen Sternstunden sogar vieltausendfach — der Jubelschrei „Es lebe ...!“ und „Hoch/Nieder mit ...“ erscholl. Oder wenn es einmal mehr gelungen war, die Wirklichkeit mit Erfolgsmeldungen zu übertünchen. Oder wenn wir der Bourgeoisie tatsächlich ein Schnippchen geschlagen hatten. Mannigfaltig war

aber auch der Frust, mein Frust, wenn das eigene kleinbürgerliche Hirn erkennen mußte, daß es sich wieder einmal umsonst mit Versuchen der proletarischen Umwandlung gemartert hatte, wenn der proletarische Klassenstandpunkt, der Eine, der Wahre, der heiß Ersehnte, schon wieder abhanden gekommen war, einfach weg war, futsch. Wenn das Hirn schon wieder abgewichen war, mal rechts, mal links, mal kariert, mal gepunktet.

Wie jede schwarze Serie ging auch diese zu Ende. Du wurdest älter und reifer, mußtest erkennen, daß du nicht die einzige bist und auch nicht immer recht hast. Unsere Beziehung konnte sich entkrampfen, zumal ich dich dann in Dortmund täglich aus nächster Nähe und ungeschminkt erleben durfte. Die Leidenschaft flieht, die Liebe muß bleiben, sagte schon Kalle Schiller. Ja, so isse. Was mir blieb, war aber auch die erschreckende Erkenntnis, wie bereitwillig ich all die Jahre die Schere im Kopf angesetzt habe, wegen dir. Deshalb wird's mit uns auch nie wieder so werden wie früher.

Viele Fans haben dir den Rücken gekehrt, weil du häßlich zu ihnen warst (viele natürlich auch, weil sie selbst bescheuert waren), weil du so harte Bedingungen an die Freundschaft geknüpft hast, weil sie dir deine Fehler nicht verzeihen konnten. Es hat mich oft betrübt, daß du sie so leichtfertig gehen ließest und lange auf deinem Standpunkt beharrtest, auch wenn er längst morsch war wie ein von Termiten zerfressener Stamm.

Ich konnte nicht anders, ich mußte bei dir bleiben. Inzwischen plätschert unsere Beziehung wohlthuend dahin und gereicht uns beiden zur Freude. Zuweilen erleben wir eine Krise, damals, 83, bei deinem schamlosen, platonischen Techtelmechtel mit der SPD, hätte ich dich in der Luft zerreißen können. Solche Krisen kann ich inzwischen aussitzen (wie der Bundeskanzler), ich kann abwarten und vom Sozialismus träumen. Wir werden uns schon wieder vertragen.

Du sollst es nur nicht zu toll treiben. Ich weiß genau, von wem du nachts träumst, von Franz und Oskar und solchen Kerlen. Dann liegst du mit ihnen im roten Himmelbett, das eigentlich schwarz-rot-golden ist. Ich beobachte dich, wie du morgens deine politikfähigen Augenaufschläge übst, um die Massen zu betören. Trotz allem wirst du es immer



Günter Routhier muss gerächt werden!

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 25 vom 22. Juni 1971

8. Jahrgang

50 Pfening

**„Wenn ich sterbe,
sagt ihnen die Wahrheit:**

Die Polizei hat mich erschlagen!“



schwer haben, auch nach der Hochzeit. Denn du bist nun mal ein Fräulein mit Vergangenheit.

Mir aber macht das nichts aus, solange du das behältst, was dich auch im Alter noch attraktiv macht: einen Hauch von Sozialismus, wild, echt und revolutionär.

Angelica, Dortmund



Was, was ich für den RM geschrieben habe, ist etwas hart, aber so sehe ich es zur Zeit. Es gibt aber viele Leute in der Partei, die mir noch Mut machen, das ist vielleicht einer der Gründe, warum ich in der KPD bin.

Fünf, oder sind es sechs Jahre? Ich bin immer noch Mitglied der KPD. Das war „die Partei“ für mich. Jetzt sitze ich hier und soll etwas darüber schreiben, und ich weiß nicht wie. Ich habe Trauer, ich habe Wut, das, was sich KPD nennt, ist nicht das, wo ich eingetreten bin. Wir drehen uns nur noch um uns, und ich weiß auch nicht, was ich von der Vereinigung halten soll. Aber ich sehe auch keine Alternative, sonst wäre ich längst weg. So bleibe ich in dieser Partei und will, daß es irgendwann anders wird. Ich habe vieles nicht vergessen, mir kommt vieles als Opportunismus vor. Als ich zur Partei kam, war Mao gerade out. Seitdem ist auch unser Hammer-Sichel-Gewehr, Stalin und vieles mehr auch weggekommen, weiß nicht warum. Ich bin ja sehr radikal, wir sollten es sein, ich würde alles über Bord werfen, wenn ich wüßte, daß es falsch ist. Aber das, was heute in der KPD läuft, macht mich traurig-zornig. Wir schämen uns vor unserer Vergangenheit, sind opportunistisch, sind aber nicht selbstkritisch. Klar, wir haben viel Mist gebaut, aber das war doch nicht alles, wir haben auch gekämpft, oder bin ich blöd gewesen? Muß ich ja sein, wenn ich zu einem Zeitpunkt eintrete, wo wir alles falsch machen. Ich bin ja auch nicht der einzige, der damals eingetreten ist; müssen also all die Genossen doof gewesen sein. Aber vielleicht war es auch anders. Als ich zur KPD kam, hatte ich den KBW schon hinter mir, dachte, das ist die Partei, in der ich kämpfen kann. Heute sind wir zu einer Partei der linken Gewerkschaftsfunktionäre geworden, was sollen die machen, die keine Funktion in Betrieb, in Gewerkschaft haben? Vielleicht wollen sie auch kämpfen, sind deswegen in der KPD. Das kommt raus, wenn ich heute an KPD denke.

Münir



Wiedermal, zum ach wievielten Mal, im Zug nach Dortmund. Zum letzten Mal, um diese gehäßte Zeitung zusammenzukleben. Seit drei Tagen (und zum Glück gut geschlafen in verliebten Nächten) meine Gedanken versucht zu sortieren. Es hilft alles nichts: Ich werde persönlich werden müssen!

Bin ein „MLer“ der zweiten Generation, seit fast genau 10 Jahren „dabei“ (oder ist das schon die

dritte Generation?). War immer schon vorher, was ich nachher wurde — will sagen: als Kommunist verschrien, bevor ich mit dem Wort so recht was anfangen konnte; als „MLer“ angemacht von den anderen in der Schülerzeitung, lange bevor ich die Frau hinter dem Schreibtisch im damaligen Kölner Buchladen damit schockte, daß ich mich organisieren wolle ... Die ersten Veranstaltungen (3. Parteitag etc.) und die Art Begeisterung, die da herrschte, haben mich wohl ganz schön beeindruckt.

Da war doch mal, ganz am Anfang, ein ganz wichtiges Anliegen: die Einheit aller Revolutionäre, die Einheit aller, die so richtig radikal diesen Laden in Frage stellen. Oh ja, das war ein Grund, mich zu organisieren! Habe lange gebraucht zu erkennen, daß dieser superenge Pfad (der revolutionären Reinheit und Tugendhaftigkeit, der realpolitischen Enthaltensamkeit), mit seinen ausgeklügelten Abgrenzungen (gegen Revisionismus, Trotzkismus, Anarchismus, Opportunismus — aller Spielarten, wohlgeordnet) ganz weit an diesem Anliegen vorbeiführte. Wie einfach war doch die Welt noch, als wir in unserer Schülergruppe das Kommunistische Manifest lasen. Wieso sollte es nicht gehen, aus diesem Wirrwarr verschiedener Gruppen, Parteien und Grüppchen etwas Großes, Starkes, Radikales, Wirksames zu machen? Es gab doch Marx! Ein paar Jahre später war ich stolz darauf, nahezu jeden Splitter der Szene einordnen und sofort darauf abstempeln zu können.

Rückkehr also heute. Vereinigung statt Spaltung. Nur (manchmal denke ich leider) nicht als derselbe, nicht mehr so naiv. Die Splitte der schmalgradigen Vergangenheit stecken (uns allen?) oft noch viel zu tief im Fleisch ...

Aber ich will noch persönlicher werden: zwei Beziehungen (die insgesamt 7 Jahre der 10 ausmachen). Aufgebrochen als arg antiautoritär angehauchter, eher spontimäßiger Langhaariger. Schon die ersten Monate „ML“ haben viel mit mir gemacht (und ich habe es mit mir machen lassen). Der Innbegriff des Heiraten-Hassers geht mit 20 aufs Standesamt! Bin zum „Erziehungsdiktator“ geworden. Die Partei war allgegenwärtig. Die Regelung des persönlichen Lebens eine Frage der Stärkung des monolithischen Blocks. Vielleicht ist diese Stelle auch Gelegenheit, mich für tausend Schmerzen zu entschuldigen, die meine prinzipienfeste Dickköpfigkeit, die brutale „Sachlichkeit“ meiner kalten Argumente dir zugefügt haben ...

Kein Grund zu jammern oder sich in falscher Weise zu distanzieren. Aufbruch! Habe diese Zeit erlebt und bin daraus auf- und ausgebrochen. Z.B. „Frauenfrage“. Keine Frage — Nebenfrage! Der tolle Revolutionär rund um die Uhr im Einsatz, und sie unterstützt ihn nach Kräften. Gefühle? Seit wann hatten die was mit Klassenkampf zu tun? Ehe = Kampfgemeinschaft.

Und dann gab sie mir (danke!) jede Menge Zoff und ein paar Bücher. Und ich war erst mal — na was wohl? — total verunsichert. Starker Mann — was nun? Der Weg zurück ins vordergründig warme Nester alter, wenn auch rot angepinselter Vorstellungen von glücklicher Partnerschaft verbaute sich mit jedem Schritt nach vorne. Parallelverschiebungen. Vielleicht zu groß die folgende Worte? Starke Lieben bauen sich aus autonomen Indivi-

duen. Starke revolutionäre Organisationen nur noch denkbar als bewußtes, kollektives Entwickeln und Umsetzen von Politik durch autonome politische Menschen.

„Noch immer dabei?“ Ich kann diese Frage nicht mehr hören. Weiß nicht mehr, wieviele Leute ich hab' abspringen sehen. Abspringen auch vor sich selbst ... Die wenigsten ins weiche Polster ihrer noch nicht verbauten Karrieren. Die meisten ins Private. Am 1. Mai, auf großen Demos, in einschlägigen Kneipen trifft mensch sich mitunter. „Wie geht es dir — immer noch dabei?“ Nicht: „Was denkst und fühlst du? Was für Fragen hast du? Haben sich deine Antworten verändert?“ Nein: „Noch dabei?“ Einmal ML, hast du deine Schublade weg. Auch wenn du in die schon lange nicht mehr reinpaßt. „Immer noch dabei“ — versteckter Vorwurf oder, noch schlimmer, dieses Von-oben-herab-Belächeln. „Wohl nie aus den Jugendsünden erwachsen ...“ Als wenn Revolutionär Sein so etwas wäre wie ein Entwicklungsstadium zwischen Pubertät und Erwachsensein. Wenn Erwachsenwerden heißt, sich abzufinden mit den real existierenden Verhältnissen, weigere ich mich!

Sowieso. Und das nicht, weil ich sowas als seit vier Jahren „Berufsjugendlicher“ so sagen muß: Mir gehen zu viele Träume flöten bei der Realpolitik (wie wir sie wohl betreiben müssen — ich sehe es ja ein — meistens). Vielleicht mein allergrößter Fehler, aber ich kann nicht trennen zwischen persönlich und politisch. Wo ich politisch bin, werde ich auch persönlich ... Ich weiß schon, auch in unserem „Geschäft“ regieren die Politiker. Die Köpfe, die Taktiker, diejenigen, die alles und jede/n instrumentalisieren. Diese Erkenntnis war eine der härtesten ... Vielleicht muß mensch sich in Betriebsräten so verhalten (obwohl ich auch das zu bezweifeln wage). Nichts dagegen, für die eigenen politischen Anschauungen zu streiten. Aber ich streite mit Menschen. Mit Genoss/inn/en. Und ich will, daß die Art und Weise, wie wir das tun, sich wohltuend von allen (!) anderen Parteien unterscheidet. „Wer keinen Mut zum Träumen hat, hat keine Kraft zu kämpfen“.

Joachim Römer



Dem „Roten Morgen“ und der KPD/ML zum Abschied: Als mich 1971 der Genosse Verteiler vom Betriebstor zur KPD/ML brachte (es gab auch damals deren drei), war der Tag der Revolution noch sehr nah. Der Verteiler ist inzwischen gut bestellter Richter mit Bauernhaus, Golf GTI und Dal-



matinerhunden. Sein Agitationsobjekt hat indessen immer noch nicht viel mehr zu verlieren als seine Ketten.

Welt wollten wir gewinnen. Und wir hatten sie gewonnen. Es war unsere kleine Welt, in der Gut und Böse, Wahrheit und Lüge klar benannt und getrennt waren. Wir arbeiteten in der Maschinenfabrik N&K, wohnten in der Rosenhofstraße, waren die Kämpfende Jugend, stritten im Ruhrkampf vor Essen und auf den Barrikaden im Wedding, waren die Partisanen des Kommissar Memo und bauten den Rote-Fahnen-Kanal. Mit Yü Gung wollten wir Berge versetzen, entdeckten dabei aber den tiefen Graben, den unsere Welt von dieser Erde trennt.

Also machten wir uns daran, zuerst ihn zuzuschütten. Die Revolution wurde auf 1985 verschoben (4. Parteitag 1978), Mao abgeschoben, und ich kam ins ZK. Mit dem Genossen Ernst Aust an der Spitze und 100 Jahre Stalin im Marschgepäck ging es dem Sektierertum an den Kragen. Gründlich, wie inzwischen auch frau weiß, denn viele von uns blieben auf der Strecke. Unsere Parteiwelt war eine Scheibe. Als sie sich zu drehen begann, war im Zentrum noch gut stehen. Je näher der Rand, desto größer die Fliehkraft.

Aber das Ende ist nahe. „Runter von der Scheibe — rein ins Vergnügen“, heißt es heute.

Nach bald 20 Jahren Parteiaufbau und „Roter Morgen“ gibt es keinen Neuanfang. Bestenfalls haben wir unsere Jugendzeit abgeschlossen und wollen nun mal schön vernünftig sein. Die vereinigte Organisation soll die Summe unserer Erfahrungen widerspiegeln. Wenn wir damit was zur Entwicklung des Klassenkampfes beitragen, der Bourgeoisie weiter kräftig vors Bein treten können, bin ich zufrieden. Sollte es uns darüber hinaus noch gelingen, alte Schablonen und Dogmen aus unseren Köpfen zu bringen, wird's riesig.

Gar nicht auszudenken schön wird's, wenn das neue zentrale Büro in Köln einladend sauber und aufgeräumt bleibt. Sonst bricht mir das Herz. Ehrlich!

F.-Helmut Stockmar



Mai-Revolution in Frankreich, Notstandsgesetze in der BRD, Vietnam-Solidarität, es ist viel einfacher, die auslösenden Momente meiner politischen Entwicklung zu skizzieren, als meine spätere Entwicklung in einer, nach meinem damaligen Verständnis, der „stärksten der Parteien“!!! Der „revolutionären“ Parteien — versteht sich von selbst, denn verbunden mit meiner Radikalisierung in der Studentenbewegung stand die genauso radikale Ablehnung der SPD wie der DKP — besonders nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Armeen in die CSSR.

Es war kein „gradliniger“ Weg zur KPD (damals noch KPDml). Jahre vergingen, ohne daß die KPDml irgendeine Rolle für mich gespielt hätte. Im Mittelpunkt standen für mich vielmehr die Auseinandersetzungen an der Uni, die Arbeit in studentischen Basis-Gruppen, die Auseinandersetzung mit der Hamburger Justiz, mit der faschistischen Ver-

gangenheit der BRD anlässlich der großen Nazi-Prozesse Anfang der 70er Jahre, die Betreuung jüdischer Zeugen während dieses Prozesses. Vor diesem Hintergrund der nächste Schritt: die konkrete Arbeit wird ersetzt durch Schulung: Aufarbeitung der Faschismus-Theorien, Kapitalschulung, Gründung eines Zirkels. Selbstbewußte Verhandlungen mit den anderen revolutionären Organisationen in Hamburg — „bescheiden“ wie wir waren, sahen wir uns als Initiator des Zusammenschlusses der antirevisionistischen Linken.

Erste Kontakte zur KPD-ml: beim Flugblattverteilen, beim Protest gegen die Ermordung eines türkischen Arbeiters, beim Kampf gegen die politischen Entlassungen von Genossen aus dem Betrieb.

Die Einsicht in die Notwendigkeit einer Partei — mehr abstrakt als aufgrund konkreter Erfahrungen — führte 1974 zu unserem Anschluß an die KPD-ml. Mit ihr gab es — im Vergleich zu den zahlreichen anderen revolutionären Organisationen — die größten Übereinstimmungen, gerade auch in der für uns wichtigen Gewerkschaftsfrage: RGO-Linie, entwickelt aus unserer theoretischen Auseinandersetzung mit dem DGB-Apparat und einzelnen konkreten Erfahrungen: Gewerkschaftsausschlüsse, Unterstützung staatlicher Berufsverbote, Verhalten bei den „wildern“ Streiks. Gemeinsamkeiten auf abstrakter, ideologischer Ebene.

Ich/wir hofften auf die baldige Revolution, wir und die gesamte internationale ML-Bewegung hielten das „Banner des Sozialismus“ hoch, waren sicher, daß die „revolutionäre Weltbewegung“ wächst und erstarkt.

Kurz: meine/unsere Wahrnehmung der bundesrepublikanischen und internationalen Wirklichkeit war bestimmt und geprägt durch ein ideologisch klares, die Fronten genau bestimmendes Weltbild, durch die, zu diesem Weltbild gehörenden „Schubladen und Raster“, durch Ignorieren all dessen, was nicht in dieses Weltbild gehörte bzw. die passende „Uminterpretation“, das „Passend-Machen“. Widersprüche, Brüche in diesem Bild der Wirklichkeit wurden verdrängt, die Partei hatte „immer recht“. Die anti-autoritären Elemente aus der Studentenbewegung wurden kritisiert, ersetzt durch die Autorität der Partei, des ML. Warum? Genau kann ich es nicht mehr nachvollziehen. Ein wesentlicher Aspekt jedoch war das Grundverständnis, in und mit der Partei für eine richtige Sache, den Sozialismus zu kämpfen, ein übernommenes Verständnis vom demokratischen Sozialismus, das mehr von Zentralismus als durch Demokratie geprägt war, immer wieder „gerechtfertigt“ mit den Angriffen, der Politik der feindlichen, kapitalistischen Umwelt: eine „Belagerungs“-Mentalität.

Dieses „Sich-als-Nabel-der-Welt-Begreifen“, dieses unerschütterliche Selbstbewußtsein mußte erschüttert werden, je mehr wir nicht nur mit Tonnen bedrucktem Papier und militanten Gefechten gegen Polizeiapparat und Faschisten diesem System begegneten, sondern versuchten, die Wirklichkeit, so wie sie ist, zu begreifen und Ansätze der Veränderung zu entwickeln, d.h., je mehr sich die Kluft zwischen unseren Zielen und unseren alltäglichen Erfahrungen und alltäglicher, konkreter Arbeit vergrößerte.

Sozialismus nicht als Mythos der Ferne oder der

Vergangenheit zu begreifen, sondern als „konkret-utopische“ Perspektive, die mit den heutigen Fragen und Kämpfen eng verknüpft werden muß — an diesem Punkt stehen wir heute.

Manchmal hab' ich — zurückblickend — das Gefühl, daß die von Lenin beschriebene „Gangart“: 1 Schritt vorwärts — 2 Schritte zurück“ am besten meine Entwicklung in der Partei beschreibt, mit der Variante: Ein Schritt vorwärts, das Positive dieses Schrittes vergessen, leugnen, ignorieren und zwei Schritte zurück oder zur Seite. Aber weil das alles so kompliziert ist, finden die Vorwärts-, Rückwärts- und Seitwärtsschritte nicht auf dem gleichen Weg, nicht auf der gleichen Ebene statt.

Doch trotz dieser vielen — teils schmerzhaften — Um- und Irrwege, die ich mitmachte und auch mittrug, gab es nur wenige Situationen — aber es gab sie — in denen meine Widersprüche zur Partei, zu ihrer Politik ein solches Gewicht bekamen, daß ich an Austritt dachte. Ich trat nicht aus, sondern ging nach Lateinamerika.

Die Auseinandersetzung um das neue Programm, um unser Selbstverständnis als kommunistische Partei, die geplante Vereinigung mit der GIM waren für mich, die längst überfälligen Auseinandersetzungen mit Fragen, Widersprüchen und Zweifeln, die sich im Laufe des letzten Jahrzehnts angehäuft hatten. Und trotzdem: Manchmal, wenn ich mir heute die Partei, d.h. die Genossinnen und Genossen betrachte, wünsch ich mir — im geheimen — die Zeiten des Sektierertums zurück: die Begeisterungsfähigkeit, die Einsatzbereitschaft, das Selbstbewußtsein, die Wut und Betroffenheit über die alltägliche Unterdrückung und Ausbeutung.

Der „alte Schwung“ verbunden mit einer sektiererischen und dogmatischen Vergangenheit ist hin — doch auf der Grundlage unseres neuen program-matischen und parteilichen Selbstverständnisses müßten wir doch Selbstbewußtsein genug entwickeln können, um für das zu kämpfen, was wir wollen: eine andere Gesellschaft.

Jutta, Hamburg



Aiso: Ein persönlicher Aufsatz über Nostalgie und Fernweh. Sollte einstmals eine Geschichte der Revolution in der BRD geschrieben werden, diese Befürchtung überkam mich schon lange, werden diese letzten rund 20 Jahre revolutionärer Neuformierung hierzulande in jenen zwei bis drei Zeilen abgehandelt werden, die für solche Phasen in entsprechenden Büchern in der Regel zur Verfügung stehen.

Daß es sie gab, daß sie widerstanden hat, daß sie am Leben blieb und daß sie versuchte dazuzulernen — das ist das Wesentliche, was sich über die revolutionäre Bewegung dieser Zeit wohl sagen läßt. Keine überflüssige sondern eine, aufgrund der Gegebenheiten ausgesprochen notwendige Entwicklung. In diesen Rahmen paßt die Geschichte aller betreffenden Organisationen, auch die der KPD/ML.



Als jemand, der all die Windungen mitgemacht hat und der nie für sich in Anspruch nahm, es mit schlechtem Gewissen oder gegen seine Überzeugung getan zu haben, sondern jeweils der Meinung war, es sei das Richtige, fallen einem natürlich viele Dinge dieser Jahre ein, die in der einen oder anderen Weise Einschnitte waren. Der IV. Parteitag etwa, der in meinem Verständnis, trotz aller Beschränktheit und nötiger Brüche, erst den Weg für die spätere Entwicklung öffnete und die damalige — falsche — Überzeugung, es jetzt schaffen zu können. Zur gleichen Zeit das ungute Gefühl, das gerade die Delegierten unseres damaligen Landesverbandes über die schnelle Abwertung Mao Tse Tungs (keine Gewöhnung an die neue Schreibweise) hatten — und heute ist mir noch nicht klar, warum eigentlich ein Ortega revolutionärer sein soll, als Mao. Oder Solidarnosc — wenn die Arbeiterklasse sich bewegt, doch nicht so, wie gewünscht. Und wie schnell dann eine ganze Klasse zur imperialistischen Agentur gestempelt wird, ein Lehrstück, aus dem wir endlich einmal richtige Lehren gezogen haben.

Keine logische Kontinuität, sondern immer wieder Brüche — zunehmend allerdings anhand wirklicher Fragen der Entwicklung und nicht um selbstgewählte Prinzipien. Auch hin zur „Einheit der revolutionären Sozialisten“, was nun auch fast schon vier Jahre lang eines unserer Ziele ist und von der die anstehende Vereinigung der erste echte Schritt ist. So weit, so gut. Trotzdem tun sich, natürlich, Fragen auf. Abspaltungen bei beiden Organisationen — es ist davon auszugehen, daß dies auch bei jeder weiteren Gruppierung, die einen solchen Prozeß mitmacht, passieren wird, denn wenn's ernst wird, bleiben viele eben doch lieber auf alten Pfaden und seien sie als noch so neu präsentiert. Besitzstandswahrung — Fehlanzeige.

Es ist eben eine Auseinandersetzung, und die stehen auch jene nicht unverändert durch, die sich darüber auch so erhaben fühlen, zumal sie meist bei aller Arroganz auch wenig zu bieten haben. Solch eine großmäulige Hilf- und Tatenlosigkeit jedenfalls wie etwa auf dem Höhepunkt der „Flick-Affäre“ kann sich auch eine kleine revolutionäre Bewegung nicht oft leisten.

Zum Thema Fernweh: Wird es klappen? Es wird nicht von selbst gehen, das weiß jeder. Die Resonanz scheint mir besser als zwischenzeitlich zu befürchten, auch wenn der Vereinigungsparteitag viel zu spät kommt und noch dazu mitten in die Wahlkampfzeit. Bedenken werden bei mir, ehrlich gesagt, vor allem von jenen Stimmen erzeugt, die da so viel darüber reden, was sich bei der KPD alles geändert habe und dabei so tun, als wäre die Entwicklung bei der GIM sozusagen bruchlos gewesen, was faktisch nicht stimmt und, wenn es richtig wäre, nur zeigen würde, daß der Schritt so groß nicht war. Da könnten sich Auseinandersetzungen anbahnen, unerfreulicher Art.

Wieviele der kommenden Jahre noch in jenen eingangs erwähnten kurzen Zeilen eines angenommenen Geschichtsbuches stehen werden, weiß keiner — allzuvielen sollten es nicht sein, denn: Sagt man oft genug, jetzt sei es aber höchste Zeit, wird es irgendwann stimmen.

Ein paar politische Wünsche seien abschließend erlaubt: eine aktive Organisation sowieso, die

Konsequenz aus der Erkenntnis, daß politischer Einfluß ohne Niederschlag in Mitgliederzahlen folgenlos bleibt, andere Alternativen zu neuen Techniken entwickeln als Fahrradwege bauen und die Kleinfamilie propagieren — als Beispiele.

Ein Fernweh, wie zu sehen ist, das nicht besonders weit schweift, nicht, weil alles Gute so nahe läge, sondern weil alles weitere erstmal nur einen selbst angeht.

Und so ist alles wenig originell — aber das war auch nicht die Absicht.

Helmut Weiss



Abschied von der KPD. — Seit 14 Jahren bin ich dabei, fluche über die Partei, doch missen wollte ich sie nie. Politischen Mist und Brauchbares haben wir in diesen Jahren etwa gleich viel produziert. Gegen jede erdenkliche Mauer mußten wir rennen, bis wir uns der Fähigkeit besannen, aus eigenen Fehlern zu lernen. Gelernt hat diese Partei — bei weitem nicht genug. Sie hat sich aus eigener Kraft in ihr Gegenteil verwandelt. Von der „ML-Sekte“ zu den „Realos der Sozialistischen Bewegung“. Ein realistischer Politikansatz ist heute unsere Stärke, Realpolitik oft unsere Schwäche.

Opfer hat diese Partei gefordert, Opfer, die nicht notwendig waren, sich dann aber auch nicht vermeiden ließen. Viele, die mit mir zusammen in die Partei eintraten, sind nicht mehr dabei. Ausgeschlossen oder ausgegrenzt — auch von mir, was ich immer noch bereue — die Schnauze voll — was ich verstehe — oder resigniert. Eine Partei kann Menschen in ihrer Persönlichkeit mehr einsperren als eine Ehe, Parteiauseinandersetzungen können ätzender sein als Beziehungskisten.

Die Unfähigkeit, politisch richtige Einschätzungen in eine überzeugende Praxis umsetzen zu können, haben wir uns bis zum Schluß bewahrt. Zu tief sitzt uns die Ernüchterung über gescheiterte Aufbauprojekte der Vergangenheit in den Knochen, so daß uns Mut und Kreativität zum Ungewöhnlichen fehlt. Wir intervenieren in Strukturen und Bewegungen — oft zu wenig und laienhaft — wir lernen die Taktik der Gewerkschaftsdebatten — was zu begrüßen ist — wir kopieren lächerliche Geschäftsordnungstricks und Fensterreden auf unseren Parteitagen — was die Frage nach der politischen Kultur der Kommunisten aufwirft — doch die Mobilisierung von unten, die wir stets auf unsere Fahnen geschrieben haben, bleibt phantasieelos auf der Strecke. Vielfach behindert uns die konservierte Angst, konsequente (nicht konservative) Orientierung auf die Arbeiterbewegung muß stets verbunden sein mit einem Nein zu allen Fragen, die nicht von der Arbeiterbewegung selbst neu aufgeworfen werden. Die Bauchschmerzen, die sich die KPD mit den Grünen gemacht hat, haben die Grünen nicht verdient. Die Frauendiskussion ist quotiert, doch nicht geführt. — Wie oft habe ich mir ein ZK voller Kollontais gewünscht, fähig auch in den Fragen, die sich nicht zwangsläufig aus dem Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital ableiten, einen revolutionären, proletarischen Stand-

punkt zu beziehen. Marx hat meines Wissens die Scheu vor „Kulturkritik“ nicht gekannt, die wir heute praktizieren.

Der Vereinigung sehe ich optimistisch, mit gemischten Gefühlen entgegen. Optimistisch, weil es der erste praktizierte Schritt zur Überwindung des linken Spaltpilzes ist, mit einer Dynamik, die weitere Einheit heißt. Gemischte Gefühle, weil sich unterschiedliche Entwicklungen und Traditionen von GIM und KPD auf dem Vereinigungsparteitag nicht wegstimmen lassen.

Bleibt zum Schluß noch anzumerken, daß es an der Zeit ist, die Frage der Mitgliedergewinnung mal wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Der Zustand, daß Außenstehende die Entwicklung der Partei überwiegend positiv beurteilen, aber nicht eintreten, viele Mitglieder genau umgekehrt urteilen und handeln, kann auch vereinigt nicht aufrechterhalten werden.

Jürgen Tobegen



Was soll ich sagen? Ich fühle mich gut! Endlich ist Schluß mit dem ganzen Müll, den wir immer noch aus der Vergangenheit mit uns rumgeschleppt haben. Relikte aus einer Zeit, an die sich wohl kaum jemand gerne zurückerinnert.

Nun gut, es war auch schön, mal richtig fest an etwas zu glauben und einen Vorsitzenden zu verehren und sich die Mühe einer Meinungsbildung zu sparen. — Auch wenn wir damit schon länger aufgehört haben, sind RM und KPD dennoch eher Symbole für diese Zeit und nicht für die vollzogenen und noch weiterhin nötigen Veränderungen entsprechend den sich ständig verändernden gesellschaftlichen Prozessen. — Da für mich Leben in dieser Gesellschaft auch heißt, politischen Einfluß zu nehmen, gehe ich den Weg der Vereinigung mit. Ich denke und hoffe, daß wir gemeinsam zu einem Parteibildungsprozeß links von der SPD beitragen werden.

Carmen Hansen



Der Weg in die Partei war bei mir lang. Er ging vor allem über den Kopf, aber genauso wichtig waren für mich — sowohl bei der Annäherung an die Partei als auch innerhalb — die Menschen, d.h. die einzelnen Genoss(inn)en.

Politisiert wurde ich bzw. habe ich mich in drei Schritten: durch die Auseinandersetzung mit den Ostverträgen 1972 („Willy wählen“ war auch mein Motto), durch persönliche politische Erfahrungen (Schülerkämpfe gegen Schulbürokratie) und durch die intensive Lektüre von Marx, Engels, Lenin und z.T. Mao. Schon 1972/73 hatte ich erste Kontakte zu KPD-ML-Mitgliedern, die vor unserer Schule das rote Banner aufpflanzten, Bücher verkauften und merkwürdig redeten. Irgendwie faszinierte mich das, aber gleichzeitig schreckte der selbsternannte Führungsanspruch und das ständige Gerede von der Revolution mich, der ich einfach nur Schülerpolitik machen wollte, nachhaltig ab. Erst Ende 1976, an der Uni, als ich durch die Lektüre der ML-Klassiker und durch die Begeisterung für Maos China mehr oder weniger zum Kommunisten geworden war, nahm ich den Kontakt mit KPD/ML-Genoss(inn)en — aber auch mit KBW'lern und Rote-Fahne-KPDlern wieder auf. Was mich bei der KPD/ML anzog, war auch die Tatsache, daß es in ihren Reihen „echte“ Arbeiter gab, auch wenn die Intellektuellen in ihr dominierten. Wichtig war für mich aber vor allem folgendes: Während nach Maos Tod KBW und vor allem „Rote Fahne“ kritiklos die neue rechte Politik in China bejubelten, behielt die KPD/ML ihren eigenen Kopf. Sie ersetzte später zwar die Identifikation mit dem roten Musterlände China und dem Ober-Guru Mao durch die Glorifizierung Albaniens sowie Stalins, und ich trug das trotz mancher Zweifel mit; aber unsere Partei lernte später dazu — und ich mit ihr: rote Musterlände und unfehlbare ML-Päpste gibt es nicht. Der eigene Kopf

ist durch nichts zu ersetzen. Der Marxismus ist kein Dogma, sondern eine Wissenschaft und Richtschnur für politisches Handeln. Diesen Lernerfolg der letzten Jahre lasse ich mir von niemandem mehr nehmen!

Obwohl ich also seit 1976/77 die politische Linie der KPD/ML im wesentlichen mitvertrat und auch brav den RM abonnierte, trat ich der Jugendorganisation erst 1979 und der Partei gar erst 1983 bei. Warum? Die einzelnen Genoss(inn)en waren nicht daran Schuld. Mit ihnen kam ich meist gut aus, besonders mit denjenigen studentischen Genossen, die ernsthaft Studentenarbeit betrieben. Die mangelnde Verbindung zwischen allgemeiner Programmatik und real existierender Bewegung bei der Partei war zwar auch ein Dilemma, aber das durchschaute ich noch nicht so richtig. Was mich am meisten abschreckte, war das kadermäßig-berufsrevolutionäre Gehabe der Partei und die unkritische Haltung gegenüber Stalin. Wir sehen heute, welchen Niedergang wir dadurch erleiden mußten. Viele der alten Betonköpfe und Superrevolutionäre haben sich längst aus der Politik zurückgezogen, viele ehrlich Interessierte dagegen haben wir vergrault.

Ich meine heute, daß die vereinigte Partei zwar keine Partei von Karteileichen werden darf und daß unbedingt die Beschäftigung mit Werken des Marxismus eine ständige Aufgabe ist, aber ebenso klar ist, daß sie keine rein berufsrevolutionäre Propagandapartei mehr werden darf, wenn wir ernsthaft sozialistisch gesonnene Arbeiter(innen), Jugendliche etc. für uns gewinnen wollen. Und den Opa Stalin nun durch den Opa Trotzki zu ersetzen und unter verändertem Vorzeichen erneut in den 20er Jahren herumzustochern, anstatt in der Gegenwart Politik zu machen, das kann auch nicht der Sinn der Vereinigung sein!

Viele Organisationen der revolutionären, aber zersplitterten Linken habe ich niedergehen und sich auflösen sehen und das damals sogar gutgeheißen. Heute steht die Vereinigung aller Organisationen auf revolutionär-marxistischer Grundlage und zugleich fernab von dogmatischen, traditionsüberladenen Verengungen und Macken auf der Tagesordnung. Wenn beide Teile der jetzt vereinigten Partei (und künftig hoffentlich dazustoßende Organisationen) das auch so sehen, dann gebe ich der vereinigten Partei eine Chance. Dann will ich mich auch gern von meiner bisherigen Partei, der KPD, verabschieden und die neue begrüßen.

Dietmar, Hamburg



Wir sind beide seit 16 Jahren dabei: 13 Jahre in der KPD/ML (Roter Morgen), davor drei Jahre in der leider viel zu früh verschiedenen „Perle der ML-Bewegung“, der KPD/ML (Zentralbüro). Unsere persönliche Entwicklung war und ist wesentlich durch die Entwicklung dieser Organisationen geprägt worden, und bei allen elitären Auswüchsen und sektenhafter Politik hieß das:

Die KPD/ML ist in all den Jahren eine revolutionäre Organisation gewesen, wir sind nie auf eine schleichende Versöhnung mit der bürgerlichen Gesellschaft eingestylt worden. Die Ablehnung des bürgerlichen Systems hat nie zur Disposition gestanden, und daß wir als sozialistische Organisation trotz Älterwerden und grün-alternativem Anpassungsdruck noch zusammen sind, ist uns wichtig. Und: In dieser KPD/ML haben wir gelernt, die Entwicklung der Arbeiterbewegung zum zentralen Punkt unserer politischen Überlegungen zu machen. Das hat dazu geführt, daß wir vor allem in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung arbeiten und dort versuchen, sozialistische Politik zu machen. Das unterscheidet uns von vielen anderen linken Organisationen, hat uns auch persönlich geprägt und verändert.

Allerdings: Voraussetzung dafür, daß wir uns in dieser Organisation nach wie vor politisch zu Hause fühlen, war die Änderung unseres Organisationsverständnisses.

Das — auch von uns ein Jahrzehnt lang vertretene — ML-Parteiverständnis war nach innen ebenso undemokratisch und nach außen ebenso manipulativ und unehrlich wie das der von uns so bekämpften DKP. Dazu noch hochstaplerisch und tölpelhaft. In der vereinigten Organisation werden wir uns dafür einsetzen, daß sie sich weder in einen sozialdemokratischen noch grünen Wurmfortsatz verwandelt, noch daß sie erneut ihre gesellschaftliche Bedeutung überschätzt. Also ernsthaft und solidarisch arbeiten.

Die zweite Voraussetzung dafür, daß wir uns mit dieser Organisation nach wie vor politisch identifizieren können, war und ist eine neue Bewertung der inneren Verhältnisse und der Außenpolitik der Länder des „real existierenden Sozialismus“ und eine klare Abgrenzung gegenüber der Art von „Antirevisionismus“, der prägendes Merkmal der alten KPD/ML war. In einem Land, in dem der Antikommunismus und Antisowjetismus zur Staatsräson gehören, die gesellschaftlichen Systeme und die Militärpolitik beider Lager schlicht gleichzusetzen, halten wir für Sozialisten für unanständig. Das widerspricht nicht nur der Wirklichkeit, sondern versperrt uns auch den Zugang zu den Linken (die DKP eingeschlossen), die seit Adenauer linke Politik nur in Auseinandersetzung mit diesem Antikommunismus machen konnten. (Hier hat sich einiges getan, leider zum Teil weniger aus Überzeugung als als notgedrungene Konzession an den Vereinigungsprozeß mit der GIM. Wenn z.B. im Programmmentwurf für den Vereinigungsparteitag der Warschauer Vertrag nach wie vor als „aggressiver Militärpakt“ bezeichnet wird, paßt das so richtig in die politische Landschaft — wo die Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion mit Atombombentests beantwortet werden.)

Unser Ausblick? Wieder mehr (tages-)politischen Boden unter den Füßen, mehr Einigkeit in der revolutionären Linken (z.B. daß der KB seinen Zynismus drängibt und sich in die Diskussion einklinkt). Und daß die Vereinigung mit der GIM zu mehr als einem Bratkartoffelverhältnis führt.

Anna und Peter, Dortmund



Wir haben unsere Kinderkrankheiten überwunden, heißt es. Aber bei dieser Gesundheit ist so allerhand auf der Strecke geblieben, was wir noch ganz gut gebrauchen könnten. Da sind einmal doch einige Genossinnen und Genossen, um die es mir sehr leid tut — das waren bzw. sind ja nicht alles eingeschworene Linkssektierer und Holzköpfe. Zum anderen ist die politische Mobilisierbarkeit der Genossen gesunken, bzw. entspricht die politische Willensbildung in der Partei nicht im geringsten unseren eigenen Vorstellungen.

Ich traure nicht den „kleinen blauen Ameisen“ vergangener Jahre nach, bestimmt nicht, aber es ist ein Laisser-faire eingerissen, das ich nicht gut finde. Jeder macht seinen eigenen Kram. Zu sagen, „das ist mir wichtig“ — und dann auch zu gemeinsamem Handeln zu kommen, würde uns gut anstehen.

Noch einmal zu den Kinderkrankheiten. Manche Genossen belächeln die eigene Vergangenheit als Jugendsünden „Weißt du noch, damals ... so bescheuert ...“, so, als hätten sie gar nichts damit zu tun und so, als könne man nicht dazu stehen. Dafür werden dann neue Schlagwörter ausgegeben wie „Wir sind eine Massenpartei“ — im Gegensatz zu allen anderen, versteht sich, manchmal wohl auch gegenüber der GIM, der „Kaderpartei“. Da kommt doch die gleiche alte Arroganz im neuen Mantel daher! (Noch dazu steht hinter dem Schlagwort „Massen“partei in dem Zusammenhang ganz einfach nur „Unverbindlichkeit“). Schlagworte zu handeln, wollten wir doch eigentlich unter eben diesen Kinderkrankheiten abgebuht haben.

„Der Kommunismus ist das Einfache, das schwer zu machen ist“, so oder so ähnlich kommt das bei Brecht vor. — Wir sollten uns wieder mehr dem Einfachen zuwenden. Unsere Chance in der neuen Partei ist, das mit größerer Gemeinsamkeit zu tun. Dort, wo man sich viel über Politik streitet,

kommt vielleicht auch wieder mehr politische Willensbildung und gemeinsames Politikmachen zustande.

Das hoffe ich jedenfalls, und das wünsche ich mir, damit wir auch mal ein paar mehr werden.

Anning Lohse



Nein, so richtige Abschiedsstimmung kommt bei mir nicht auf, und spontan drängt's mich eigentlich auch nicht zum „persönlich gehaltenen Rückblick“. Der ganze Vereinigungsprozeß mit der GIM hat sich so lange hingezogen, daß sich bei mir immer mehr das Gefühl einstellte, Mitglied und Funktionär einer „Partei auf Zeit“ zu sein. Mein wirklicher Abschied von der Partei liegt genau genommen schon etwas zurück. Froh bin ich allerdings, wenn das Übergangsprovisorium endlich mit der Vereinigung wieder in eine politische Partei mündet, die sich für die Zukunft noch allerhand vornimmt, was ich hoffe.

Ich denke, die KPD/ML-KPD hat als Organisation viel Druck ausgehalten, was man nicht von allen behaupten kann, die damals in der Aufbruchstimmung der späten 60er Jahre als Revolutionäre angetreten waren. Obwohl wir über Jahre drauf und dran waren, sämtliche Rekorde in politischer Borniertheit zu brechen, haben wir uns schließlich keineswegs als die am wenigsten lernfähige Organisation erwiesen. Bei all den wiederholten Versuchen, mit dem Kopf durch die Wand zu rennen, hat sich unvermeidlicherweise eine Menge Erfahrung darüber angesammelt, was alles nicht geht. Ich glaube nicht, daß wir uns zu verstecken brauchen.

Noch etwas Positives will ich loswerden: Nach all den Zickzacks, die unsere Partei in ihrer Entwicklung durchlaufen hat, habe ich heute keineswegs das Gefühl, sehr weit von den grundsätzlichen politischen Beweggründen entfernt zu sein, die mich 1969 in den Sympathisantenkreis der Münchner KPD/ML getrieben haben.

Freilich: Vieles, was ich damals auch für grundsätzlich und unverzichtbar hielt, weswegen ich auch zur KPD/ML gestoßen und in fanatischer Gegnerschaft zu anderen linken Kräften entbrannt bin, finde ich heute entweder völlig falsch oder so bedeutungslos, daß mich schon die Debatten darüber langweilen. Alles in allem: Mein persönlicher Blick zurück findet nicht im Zorn statt.

Anders verhält es sich mit der Bilanz des politischen Wirkens unserer Partei. Hier bin ich schon zornig auf mich, auf unsere Partei, auf die anderen marxistisch-leninistischen Organisationen, mit denen wir so heftig rivalisierten und die uns doch eher ähnlich waren. Alle zusammen und jede Organisation für sich haben wir in den ersten 70er Jahren eine politische Niederlage des revolutionären Marxismus mitzuverantworten. Um eine „verpaßte Revolution“ ging's freilich nicht.

Immerhin aber darum, daß der revolutionäre Marxismus, worunter ich gezwungenermaßen ein relativ buntes politisches Spektrum fassen muß, sich im Zuge der Studentenbewegung und der Apo in den fortschrittlichen Bewegungen eine gewisse Hegemonie zurückerobert hatte. Dieser politische Fortschritt wurde innerhalb weniger Jahre durch eine ungeheure Summe von Fehlern verspielt. Natürlich sind nicht nur wir dafür verantwortlich, auch nicht nur die anderen „K“-Gruppen, sondern infolge anderer Fehler etwa auch die Jusos. Aber wir haben mächtig an dieser politischen Niederlage des revolutionären Marxismus mitgewirkt. Damit hängt es nicht zuletzt zusammen, daß die vereinigte Partei wieder recht klein wird anfangen müssen.

Ich baue darauf, daß die vereinigte Partei sich künftig nicht annähernd so ahnungslos gegenüber der realen politischen Entwicklung verhalten wird und darauf, daß wir als Mitglieder der KPD dazu einiges beitragen können. Aus Schaden wird man doch klug, oder?

Horst-Dieter Koch

Autonome Sozialistische Jugendgruppen gegründet

KJD und RSJ Roter Maulwurf vereinigt

Am 20.21. September fand in Hagdorn die Vereinigungskonferenz von KJD und RSJ Roter Maulwurf statt. Rund 40 Genossinnen und Genossen aus 10 Gruppen und Stützpunkten diskutierten und verabschiedeten Programm, Satzung und Selbstverständnistext der neuen Organisation, die den Namen Autonome Sozialistische Jugendgruppen (ASJG) trägt. Dabei ging es um mehr, als nur die formale Zusammenlegung beider Jugendverbände im Zuge eines Vereinigungsprozesses von GIM und KPD.

von JÜRGEN TOBEGEN

Das Selbstverständnis der ASJGs oder was heißt Unabhängigkeit?

Der Streit um die Unabhängigkeit sozialistischer Jugendverbände, um ihr Verhältnis zu den Parteien ist so

alt wie die sozialistische Jugendbewegung selbst. KJD und Maulwürfe hatten in ihrer Vergangenheit formal ein unterschiedliches Selbstverständnis, inhaltlich aber nicht. Die KJD war bis zu ihrer letzten Konferenz im Februar 1986 offiziell der Jugendverband der KPD. Die Maulwürfe bezeichneten sich als unabhängig, doch ihre politische Identität definierten sie ebenfalls über eine Partei, über die „politische Sympathie zur IV. Internationale“. Gegründet wurden beide Jugendverbände (direkt oder indirekt) als Nachwuchsorganisation der jeweiligen Partei. Keineswegs aus der politischen Einsicht heraus, daß der aktive Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Jugend eine autonome Politik und Organisation mit antikapitalistischer, sozialistischer Stoßrichtung bedarf. So trugen beide Organisationen in ihrer Praxis wenig zur inhaltlichen Entwicklung sozialistischer Jugendpolitik bei, während sie jede Menge Erfahrungen mit der „jugendgerechten Umsetzung der Parteipolitik“ sammelten.

Im Selbstverständnis der ASJGs wird das Bemühen deutlich, sich endlich aus dieser „Partei-Ecke“ zu lösen. Dort heißt es: „Der Abhängigkeit der meisten Jugendverbände (von den Parteien, d. Red.) setzen wir das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht der Jugend entgegen. (...) Dieses findet seinen politischen und organisatorischen Ausdruck in unserer unabhängigen Organisation. (...) Es wird keine Unvereinbarkeitsregelungen geben. D.h. die Mitglieder der neuen Organisation können auch Mitglieder anderer Parteien und Verbände sein.“

Obwohl der Selbstverständnistext einstimmig verabschiedet wurde, zeigte die kontroverse Debatte auf der Konferenz, daß die Auseinandersetzungen in dieser Frage keineswegs abgeschlossen sind. Das erklärt sich aus dem unterschiedlichen Diskussionsstand und Diskussionszusammenhang, den es in der KJD und bei den Maulwürfen gab.

Wichtig erscheint mir, daß die Diskussion über die Unabhängigkeit nicht nur auf der formalen Ebene geführt wird (Bekommen wir Geld von der Partei? Wieviel Parteimitglieder gibt es im Jugendverband? Gegenseitige Beobachter? usw.) Wir brauchen nur einen Blick auf das unterschiedliche Wahlverhalten zwischen Jugendlichen und Erwachsenen einerseits, den Jugendgenerationen Mitte der 60er und Mitte der 80er Jahre andererseits zu werfen, und es wird deutlich, daß ein zentrales Moment sozialistischer Jugendpolitik heute darin bestehen muß, die „Parteiverdrossenheit“ und das Streben nach Selbstbehauptung positiv und offensiv aufzugreifen. (Die jüngste „stern“-Umfrage brachte folgendes Ergebnis: „Welche Partei gefällt dir am besten?“ Jugendliche insgesamt: 19% CDU, 13% SPD, 1% FDP, 16% Grüne, 23% keine, 29% unentschieden. Hauptschüler: 16% CDU, 12% SPD, 1% FDP, 14% Grüne, 24% keine, 33% unentschieden.)

Die Debatte um das Programm

Die Programmdebatte auf der Konferenz war am deutlichsten von den Muttermalen des Vereinigungsprozesses überschattet. Ein heillos weltfremder Streit um die Frage: Plattform oder Grundsatzprogramm wurde durch die Abstim-

mung mit den Füßen (indem immer mehr den Versammlungssaal verließen) beendet.

Das letztlich mit einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen verabschiedete Programm stellt den Versuch dar, anknüpfend am Bewußtseinsstand der heutigen Jugendbewegung, den Radikalisierungsansätzen eine antikapitalistisch-sozialistische Perspektive aufzuzeigen. Es geht davon aus, daß junge Menschen die kapitalistische Realität als Fremdbestimmung ihres persönlichen Lebens erfahren. Konsequenz zieht sich der Kerngedanke Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung durch alle angesprochenen Punkte: Arbeitslosigkeit, Atomenergie, Kriegsvorbereitung, Ausbeutung und Unterdrückung der Dritten Welt, politische Unterdrückung, Unterdrückung der Frauen, Diskriminierung der Ausländer. Das Programm zeigt die Ursachen dieser Fremdbestimmung, die politische und wirtschaftliche Macht des Kapitals auf, gegen die sich der Widerstand mit einer sozialistischen Perspektive formieren muß. Die Abgrenzung gegenüber den Gesellschaftssystemen in der DDR und der Sowjetunion wird in der Hauptseite positiv durch die Entwicklung eines revolutionären Sozialismus der direkten Demokratie und Selbstherrschaft vorgenommen.

Der Vorwurf, das Programm sei zu „flach“ wird auch nach Einarbeitung der zahlreichen Änderungsanträge nicht ganz entkräftet sein. Aus meiner Sicht gibt es dafür zwei Gründe: 1. Notwendige Zugeständnisse an den realen Entwicklungsstand der Jugendbewegung heute. 2. Spiegelt jedes Programm den Diskussionsstand in der Organisation wider. — Soll heißen: Die ASJGs haben hier in der Tat Defizite aufzuholen. Denn Fragen wie: Wahlrecht für Jugendliche, Ab-

schaffung der Jugendgefängnisse, Selbstbestimmung an der Schule und in der Berufsausbildung, Perspektiven im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, zur Befreiung der Frau und der Sexualität — um nur einige Beispiele zu nennen — sind bisher bestenfalls andiskutiert.

Zur Satzungsdebatte

Die verabschiedete Satzung ist mehr oder weniger ein Kompromiß aus den Organisationsprinzipien der KJD und den Statuten der Maulwürfe. Den Teilnehmern der Konferenz ging es in der Hauptseite darum, überschaubare Organisationsstrukturen zu schaffen, die die Autonomie der Gruppen und mehr Verbindlichkeit beim gemeinsamen überörtlichen Handeln sicherstellen.

Konkrete neue Fragen wird die Praxis aufwerfen, wenn es gelingt, kollektiv Jugendgruppen zum Aufbau des unabhängigen sozialistischen Jugendverbandes zu gewinnen. Insofern hat die Satzung — wie alle verabschiedeten Dokumente — einen vorläufigen Charakter, der weiterentwickelt werden muß.

Die neue Leitung, die nach der einstimmigen Verabschiedung der Satzung gewählt wurde, besteht aus acht Personen — nur Frauen.

Politische Perspektiven

Die konkreten Beschlüsse zur praktischen Aktivität der ASJGs fielen aus Zeitgründen leider dürftig aus. Ein Seminar im Oktober/November wird sich ausführlicher damit beschäftigen.

Beschlossen wurde lediglich, daß das „Rote Groschenheft“ mit neuem Namen „radikal!“ (Marx als i-Punkt) weiter erscheint, bis die Publikationsfrage endgültig geklärt ist. Die ASJGs wollen sich an der WAA-Blockade, der bundesweiten Demo gegen das Atomprogramm am 4. 11. in Hanau und der zentralen Friedensdemonstration am 11. 10. in Hasselbach/Hunsrück beteiligen. Die Beteiligung am Aktionsherbst der DGB-Jugend gegen Jugendarbeitslosigkeit erfolgt örtlich, wie die Unterstützung der Aktionen zur Verteidigung des Asylrechts.

Die von vielen erhoffte mobilisierende Wirkung blieb auf dieser Konferenz weitgehend aus. Auch atmosphärisch war die Konferenz weniger „vereint“ als etwa das gemeinsame Mai-Camp von KJD und Maulwürfen. Dennoch steht die Gründung der ASJGs nicht unter einem schlechten Stern. In den letzten Monaten ist es gelungen, durch die öffentliche Diskussion über Programm und Selbstverständnis Kontakte zu anderen unabhängigen Jugendgruppen zu knüpfen: zu einer Schülergruppe in Kiel, zur Initiative „Die andere Partei“ in Köln-Porz. Diese bescheidenen Ansätze müssen in den nächsten Monaten zielstrebig ausgebaut werden, in dem die ASJGs ihren Anspruch — Selbstbestimmung, Unabhängigkeit, Autonomie — mit konkreten politischen Inhalten und einer politischen Praxis füllen, die sie von den etablierten Jugendverbänden Falken/SDAJ genauso unterscheidet wie von den Autonomen.



Selbstverständnis der ASJGs

- Der Abhängigkeit der meisten Jugendverbände setzen wir das **uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht der Jugend** entgegen. Wir wollen uns nicht von Erwachsenen reinquatschen lassen. Dieses findet seinen politischen und organisatorischen Ausdruck in unserer **unabhängigen** Organisation.
- Wir wollen nicht isoliert, jeder für sich und alleine herumwurschteln. Gegen den Zeitgeist „Rückzug ins Private“ setzen wir die **Solidarität**.
- Diese Solidarität wird nicht vor der eigenen Haustür oder der bundesdeutschen Grenze Halt machen. Sie ist **weltweit**, wie auch der Kampf der Jugend um Selbstbestimmung weltweit ist.
- Zur besseren Durchführung der Solidarität, zum besseren Schutz gegen die Vereinzelung und als bestes Mittel zur Durchsetzung unserer Ziele wollen wir eine **bundesweite Organisation** aufbauen.
- Diese Organisation wird nicht der Weisheit letzter Schluß sein. Wir verstehen uns eher als ein **bewußter Ansatz** und noch nicht als fertiger, großer Jugendverband.
- In diesem Ansatz werden alle Funktionen kontrollierbar, überprüfbar, wählbar und abwählbar sein, ohne bürokratischen Mickmack.
- Es wird **keine Unvereinbarkeitsregelungen** geben, d.h. Mitglieder der neuen Organisation können auch Mitglieder anderer Parteien und Verbände sein. Dies ist ein Ausdruck unseres Willens, die **ideologischen Haarspaltereien** der Erwachsenen zu begegnen und sie nicht bei uns einreißen zu lassen.
- Unsere Politik hat eine **antikapitalistische Orientierung**. Sie dient uns zur **Erfüllung unserer Träume**. Deshalb muß die Politik Spaß machen. Wir haben keinen Bock auf verbitterte Herzen und versteinerte Gesichter. Politik ist für uns weder Selbstzweck noch Geschäft. Unsere „Realpolitik“ soll deshalb der Einstieg in unsere wilden Träume sein und unsere Utopien konkretisieren. Keine Verströung auf ein Morgen — wir wollen heute leben!

(Anmerkung: Wir dokumentieren hier den Entwurf für den Selbstverständnistext, da uns die überarbeitete Fassung bis zum Redaktionsschluß noch nicht vorlag.)

Britanniens europäische Kolonie

Interview mit Sinn Féin-Vertretern

Die bundesdeutsche Öffentlichkeit nimmt kaum mehr die Tatsache zur Kenntnis, daß Nordirland britische Kolonie, die irische nationale Frage nicht gelöst ist. Das nachfolgende Interview mit Vertretern der irischen Provisional Sinn Féin beleuchtet den aktuellen Kampf und die Ziele der IRA.

Frage: Wie hat sich das von der Regierung Großbritanniens mit der Regierung der Republik Irland ausgehandelte Abkommen von Hillsborough auf die Lage in Nordirland ausgewirkt? Was sind die Hintergründe dieses Abkommens?

Morrison: Das Abkommen von Hillsborough hat zu heftigsten Reaktionen seitens der Loyalisten geführt. So wurden im Norden Belfast fünf Katholiken ermordet, viele Katholiken wurden aus ihren Häusern gejagt, katholische Kirchen wurden niedergebrannt und katholische Schulen ausgeplündert.

Die britische Regierung hat dieses Abkommen mit der Regierung der Republik Irland abgeschlossen, um die wachsende Popularität von Sinn Féin zu stoppen und der SDLP (Sozialdemokratische Partei der Arbeit) im Norden des Landes zu helfen, nicht weiter an Einfluß innerhalb des katholischen Bevölkerungsanteils zu verlieren. Es ist jetzt auch die Strategie der britischen Regierung, eine Konfrontation mit den Loyalisten bzw. Protestanten zu riskieren. Die britische Regierung hofft, innerhalb der Loyalisten eine Führung zu schaffen, die mit der Partei der katholischen Mittelschicht Nordirlands, der SDLP, zusammenarbeitet.

Frage: Welche Ideologie vertritt Sinn Féin, welche Ziele strebt Sinn Féin an, welche Mittel zur Erreichung der Ziele werden befürwortet?

Morrison: Sinn Féin strebt die Errichtung einer demokratischen und sozialistischen Republik in einem vereinigten Irland an. Die Proklamation von 1916 war ein sehr radikales Dokument, das Gleichheit versprach und viele der sozialistischen Ideen James Connollys enthielt. James Connolly war ein irisch-republikanischer und marxistischer Führer, der am Aufstand von 1916 teilnahm und von den Briten exekutiert wurde.

Die Anhängerschaft von Sinn Féin heute befindet sich hauptsächlich in der Arbeiterklasse Irlands. Die Dauer des bewaffneten Kampfes der Irisch-Republikanischen Armee (IRA) brachte eine starke Politisierung von Sinn Féin mit sich. Ein paar Beispiele: Vor einigen Jahren errichteten wir eine Abteilung für Frauenfragen; in der Republik Irland unterstützten wir die Einführung und die Kampagne für die legale Scheidung und für Familienplanung. Unsere Mitglieder werden dazu aufgefordert, sich an der Kampagne für nukleare Abrüstung zu beteiligen; mit der Anti-Apartheid-Bewegung sind wir stark verbunden. In den katholischen Ghettoegebieten im Norden Irlands haben wir Beratungszentren eröff-

net.

Wir vertreten den Standpunkt, daß politische Veränderungen sowohl durch politische Kampagnen als auch durch Guerilla-Aktivitäten erreicht werden. Die IRA ist keine terroristische Organisation und hat keinerlei Verbindungen zu irgendeiner europäischen (terroristischen) Gruppe. Die IRA ist eine nationale Befreiungsarmee und genießt die Unterstützung der Bevölkerung.

**„Officials“
& „Provisionals“**

Frage: Wie sind die Beziehungen von Sinn Féin zu den „Republican Clubs/Workers Party“ (Republikanische Clubs/Arbeiterpartei) einerseits und zur „Irisch-Republikanischen Sozialistischen Partei“ (IRSP) andererseits?

Morrison: Im Jahre 1969 gab es in der republikanischen Bewegung eine Spaltung, weil es ihrer Führung nicht gelang, die Verteidigung der katholischen Wohngebiete zu organisieren; außerdem war diese Führung reformistisch, sie wollte das nordirische Staatsgebilde anerkennen. So entstanden zwei Organisationen: die eine Organisation wurde bekannt als Provisional IRA/Provisional Sinn Féin, die den ursprünglichen Prinzipien der republikanischen Bewegung treu blieb. Die andere Gruppierung nannte sich die „Officials“ (Official IRA) und Republikanische Clubs; sie veränderten im Verlauf der Jahre ihren Namen. Sie behaupteten beispielsweise, keinen militärischen Flügel mehr zu besitzen, führten aber dennoch bewaffnete Banküberfälle aus. Im Norden Irlands ist die Unterstützung für sie nur noch verschwindend gering. In der Republik Irland („Südirland“) haben sie den Namen „Sinn Féin“ aufgegeben und den Namen „Workers“ Party (Arbeiterpartei) angenommen. Im Norden Irlands haben sie den Namen „Republikanische Clubs“ aufgegeben und nennen sich hier auch „Arbeiterpartei“.

Im Jahre 1974, zwei Jahre nachdem die „Officials“ ein Waffenstillstandsabkommen mit den Briten abgeschlossen hatten, spaltete sich eine weitere Gruppe von ihnen ab: sie nannte sich Irisch-Republikanische Sozialistische Partei (IRSP) und war eine legale politische Organisation. Sie verfügte auch über einen eigenen militärischen Flügel, die „Irish National Liberation Army (Irische Nationale Befreiungsarmee (INLA))“, eine sehr kleine Gruppe von bewaffneten Militanten.

1981 starben im Hungerstreik drei INLA-Mitglieder zusammen mit sieben IRA-Freiwilligen.

Durch interne Auseinandersetzungen hat sich die INLA praktisch selbst zerstört. Viele Persönlichkeiten innerhalb der INLA und der IRSP sind auf Sinn Féin und die IRA zugegangen.

Die Ziele der IRA

Frage: Wie sieht die militärische Lage aus? Ist es möglich, die Briten durch bewaffneten Kampf aus Irland zu vertreiben?

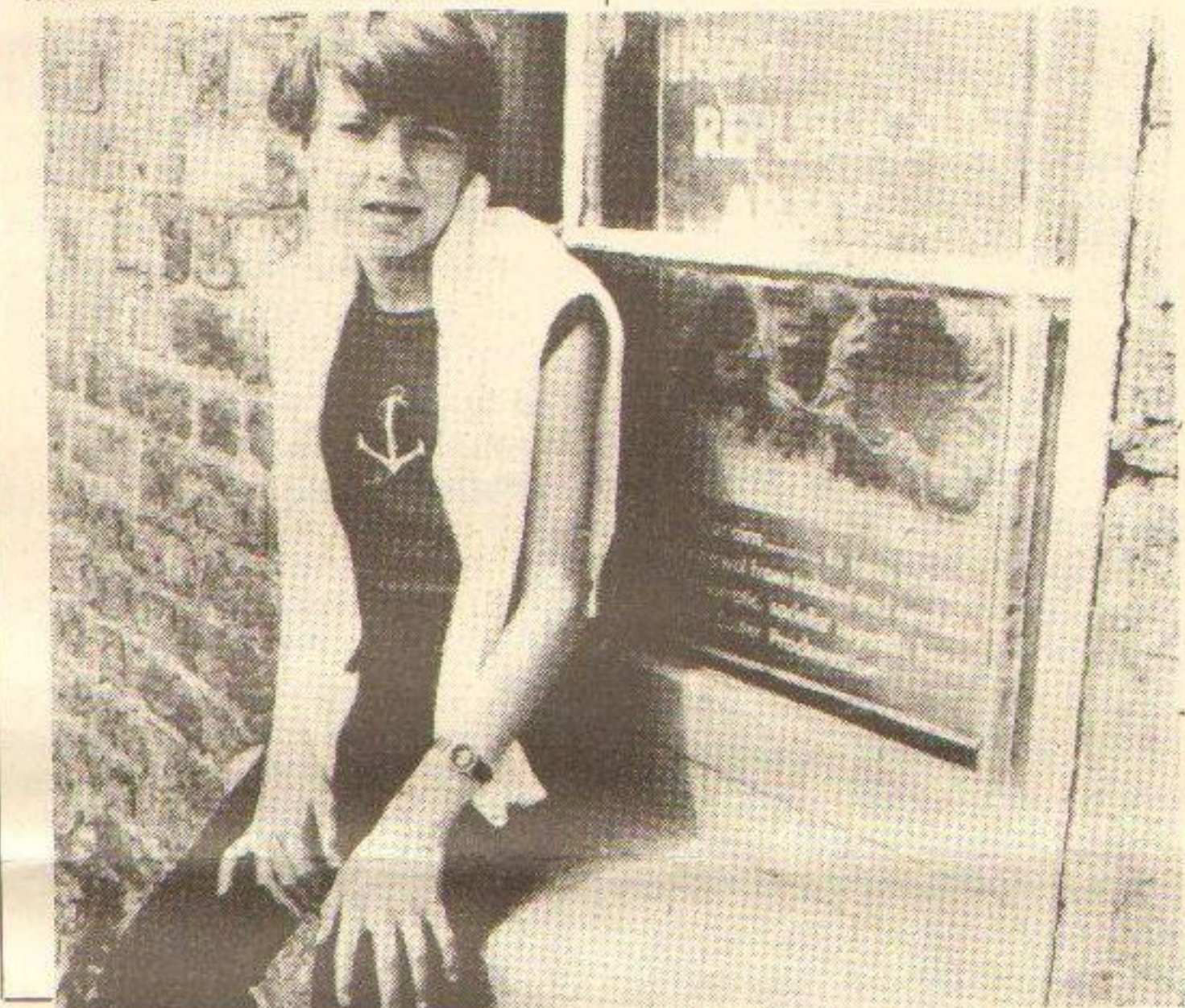
Morrison: Der bewaffnete Kampf der IRA kann und hat auch nicht

im Zeitraum vom 27. Mai bis zum 8. Juni 1986 besuchte eine Delegation der Provisional Sinn Féin aus Nordirland, bestehend aus Daniel Gerard Morrison und Breige Brownlee, die BRD. Sie waren auf Einladung der Redaktion der Zeitschrift „IRLAND-INFORMATION“ gekommen, um auf mehreren Veranstaltungen zu sprechen. Danny Morrison ist Mitglied der Sinn Féin-Führung, Direktor für Öffentlichkeitsarbeit bei Sinn Féin und Abgeordneter des nordirischen Regionalparlaments. Er gehört zu der Gruppe von Sinn Féin-Mitgliedern, die die Partei in den letzten Jahren auf einen linkssozialistischen Kurs brach-

te.

Breige Brownlee ist eine ehemalige IRA (Irisch-Republikanische Armee)-Gefangene und führendes Mitglied im „Stop-the-strip-searches“-Komitee, welches für bessere Haftbedingungen von IRA-Gefangenen kämpft.

Sinn Féin, legale Partei in Nordirland wie in der Republik Irland, unterstützt offen die militärische Kampagne der Provisional IRA, einer illegalen Organisation, die von der britischen Regierung schlicht als „terroristisch“ denunziert und von den nordirischen „Sicherheitskräften“ und der britischen Armee bekämpft wird.



das Ziel, die britische Armee in die Irische See zu treiben. Der militärische Kampf zielt darauf ab, politische Auswirkungen zu haben. Das Ziel des militärischen Kampfes ist es, durch gezielte Guerilla-Attaken die Haltung der britischen Regierung zu verändern. Was die Aufstandsbekämpfung betrifft, ist die britische Armee wahrscheinlich die professionellste Armee der Welt. Aber auch die IRA ist eine hochentwickelte Armee, die von der britischen Armee nicht besiegt werden kann. Obwohl man in den Medien der BRD nichts davon hört oder sieht, hat die IRA einen hohen Grad an militärischen Aktivitäten aufrechterhalten. So gab es in den vergangenen 14 Tagen Landminenanschläge, Mörserattacken und bewaffnete Angriffe. Ein Major der britischen Armee wurde getötet; ein Corporal der (paramilitärischen Polizeitruppe) UDR und zwei Mitglieder der (offizielle Polizei Nordirlands) RUC wurden durch eine Landmine getötet. Ein Grenzposten an der nordirisch-südirischen Grenze wurde durch Mörserattacken angegriffen; gestern morgen gab es einen Bombenanschlag auf zwei britische Soldaten. Es gibt also einen hohen Grad an IRA-Aktivitäten.

Frage: Wie haben sich die Haftbedingungen für IRA-Gefangene entwickelt?

Morrison: Die Lage nach dem Hungerstreik von 1981 ist, daß die britische Regierung die Forderungen der Gefangenen in den H-Blocks von Long Kesh allmählich still und leise erfüllt hat. Weil diese Forderungen erfüllt wurden, gelang es 1983, daß 38 Inhaftierte, einschließlich eines Teils der IRA-Führung, die damals im Ge-

fängnis saßen, entfliehen konnten. Zwei dieser Gefangenen, die damals flohen, McKelly und McFarlane, sind gerade in Holland, und die britische Regierung versucht, ihre Auslieferung zu erreichen. Ich möchte deshalb an alle Freunde der irischen Sache appellieren, dem holländischen Justizminister zu schreiben, damit die beiden politischen Flüchtlinge nicht in die Hände der britischen Folterknechte ausgeliefert werden.

Im Frauengefängnis hat die britische Regierung im Jahre 1982 die Politik des „strip searching“ (= vollständiges Entkleiden zur Durchsuchung) eingeführt, mit dem Ziel, den Willen und die Entschlossenheit der Frauen zu brechen. Das „strip searching“ wird immer angewandt, wenn Frauen ins Gefängnis gehen oder aus ihm kommen. Dafür gibt es keine „sicherheitspolitische“ Begründung; nie hatte es hier einen Ausbruchversuch gegeben. Außerdem sind die Frauen von Armagh in das Gefängnis von Maghaberry mit Hochsicherheitstrakt verlegt worden, wo jeder Ausbruchversuch sinnlos ist.

Nationale Frage

Frage: Welche Beziehungen hat Sinn Féin zum loyalistisch-protestantischen Teil der Bevölkerung Nordirlands?

Morrison: Unser politischer Standpunkt lautet, zu jeder Zeit mit den Loyalisten zu sprechen.

Paramilitärische loyalistische Kräfte sind für die Ermordung von Hunderten von Katholiken verantwortlich; die meisten Loyalisten

und ihre gewählten Vertreter streben die erneute Etablierung des alten Parlaments „Stormont“ an, um erneut das gesellschaftliche Leben vollkommen zu dominieren und auch weiterhin die Katholiken zu Menschen zweiter Klasse zu degradieren. Die Spaltung zwischen der protestantischen und der katholischen Arbeiterklasse ist so tief, daß ihre Überwindung fast unmöglich erscheint. Während wir uns innerhalb der katholischen Bevölkerung als Klassenpartei verstehen, ist es für uns kaum möglich, Beziehungen mit den Loyalisten aufzubauen. Wir glauben, daß es keine Einheit zwischen der protestantischen und der katholischen Arbeiterklasse geben wird, obwohl wir sie gerne sehen würden, solange die nationale Frage nicht gelöst ist.

Frage: Wie sind die Beziehungen von Sinn Féin zur britischen Labour Party und zu den britischen Gewerkschaften?

Morrison: Wir haben gute Beziehungen zum linken Flügel der Labour Party, mit dem wir auch zusammenarbeiten. Viele britische Labour MP's (Mitglieder des britischen Parlaments) besuchen uns regelmäßig. Mit den Gewerkschaften ist es eine andere Sache; da gibt es momentan schwere interne Auseinandersetzungen, wobei sich offensichtlich die Rechte durchgesetzt hat. Aber auch die Führung der Labour Party unter Neil Kinnock entwickelt sich momentan nach rechts.

Frage: Welche Perspektiven sieht Sinn Féin für ihren Kampf? Ist ein baldiger Abzug der britischen Truppen realistisch?

Morrison: Zuerst glauben wir daran, daß wir unseren Kampf gewinnen können. Aber wir können dafür keinen Zeitplan aufstellen. Tatsache ist, daß die Intervention von Sinn Féin auf politischer Basis dazu beiträgt, unsere Position zu stärken und zu festigen.

Die Regierung Südirlands in Dublin ist sehr antirepublikanisch, aber das Volk auch im Süden will ein vereintes Irland. Deshalb ist es besonders wichtig für uns, gerade im Süden unsere Unterstützung zu verbreitern.

Bei einem möglichen Abzug der britischen Truppen aus dem Norden unseres Landes sehen wir die große Gefahr, daß die Loyalisten, die von den Briten bewaffnet wurden, versuchen, ein faschistisches Regime zu errichten, um auch weiterhin der katholischen Minderheit ihre politische, soziale und ökonomische Gleichberechtigung vorzuenthalten. Wir sind sicher, daß die Loyalisten nur dann einen Bürgerkrieg gegen uns führen werden, wenn sie die stillschweigende oder offene Unterstützung der britischen Regierung erhalten würden.

Deswegen ist es so wichtig, daß möglichst viele Menschen erkennen, daß wir eine progressiven Kampf durchführen, den es zu unterstützen gilt.

Das Interview wurde von zwei Mitgliedern der Demokratischen Sozialisten (DS) am 1.6.1986 in Stuttgart geführt. Buchtip zum Thema Nordirland: Dietrich Schulze-Marmeling, Republikanismus und Sozialismus in Nordirland, isp Verlag, Frankfurt/M., erscheint im Oktober 1986.

Überlegungen zur Diskussion um die IV. Internationale

Die folgenden Thesen lagen dem ZK der KPD auf seiner letzten Plenarsitzung am 13. September vor. Dort wurden sie einstimmig gebilligt, und es wurde beschlossen, sie in der vorgeliegenen Form zu veröffentlichen. Wie im Text selbst festgehalten ist, können solche Thesen nicht mehr leisten, als zunächst einmal eine gewisse Orientierung in der Debatte zu geben, was vom ZK als nützlich betrachtet wurde. Konkretere Auseinandersetzungen werden sicherlich im Verlauf der Debatte nötig sein und folgen.

von HELMUT WEISS

1 Diese thesenartig zusammengefaßten Meinungen sollen dazu dienen, für die kommende Debatte um diese Frage eine Art Leitlinie oder Rahmen zu erarbeiten, an denen sich die Genossen und Genossinnen der früheren KPD orientieren können. Entsprechend diesem Charakter bleibt vieles zunächst reine Behauptung, wobei die Debatte im ZK beispielsweise klar machen sollte, zu welchen Fragen demnächst konkretere Ausführungen gemacht werden müssen.

2 Die Vereinigung von GIM und KPD ist von uns immer verstanden worden als ein Schritt zur Überwindung der Spaltung des Marxismus in zahlreiche Unterströmungen, die aus der geschichtlichen Entwicklung heraus entstanden sind. Dies trifft für die BRD zu, aber eben auch international. Das Grundargument, das wir bisher vorgebracht haben, erscheint mir nach wie vor zutreffend: Wir können nicht auf internationaler Ebene festigen, was wir national überwinden wollen. Die Mitgliedschaft der vereinten Partei in der IV. Internationale aber wäre genau eine solche Förderung, denn sie würde bedeuten, daß sich die Organisation einer besonderen trotzkistischen Unterströmung anschließt.

3 Daß die IV. Internationale eine trotzkistische Organisation ist, wird in der Regel von ihrer Mitgliedschaft bestritten. Von sonst niemand, und das ist auch ein Argument. Konkret betrachtet ist es aber auch so, daß Geschichte, Programmatik und reale Entwicklung der IV. Internationale eine klare Sprache sprechen. Bereits bei der Gründung der Organisation 1938 gelang es nicht, über das rein und direkt trotzkistische Spektrum hinauszukommen, selbst solche Parteien, in denen der Trotzkismus einflußreich war, wie die deutsche SAP, waren nicht bereit mitzumachen. Was viel mit der recht engen Programmatik zu tun hat, die beispielsweise — und vor allem — Trotzki's These von der „permanenten Revolution“ zu einem zentralen Punkt macht. Betrachtet man sich darüber hinaus die Debatten innerhalb der Internationale, die Art, wie sie geführt werden, so sind sie sehr oft den unseren aus früheren Jahren ähnlich, nur daß es dabei um die

richtige Auslegung Trotzki's geht.

4 In der Debatte um die Mitgliedschaft der vereinten Partei erscheint es mir nützlich, sich auf die extra dafür verfaßte Broschüre von Manuel Kellner zu beziehen, die die grundlegende Argumentation der GIM für die Mitgliedschaft wiedergibt, auch wenn sie sich politischer Aussagen weitgehend enthält und sich auf die Ebenen der Ideologie und des Pragmatismus beschränkt.

5 Dabei ist es ein Hauptargument, ohne eine internationale Organisation könne die Gefahr einer nationalbornierten Politik nicht überwunden werden. Ein Argument, das meiner Meinung nach zunächst durchaus etwas für sich hat, zumal wenn man die doch recht begrenzte internationalistische Praxis der KPD betrachtet. Sicher ist es beispielsweise so, daß die Mitglieder der GIM mehr Kenntnisse über internationale Entwicklungen haben als etwa unsere Mitgliedschaft — und das gilt auch für die jeweiligen Parteiführungen. Dennoch: Im Grundsatz sticht das Argument nicht, denn: 1. Schützt Organisation nicht vor grundsätzlichen Fehlern, und die Frage der internationalistischen Haltung ist immer wieder eine konkrete politische Frage; 2. Ist es real so, daß sich der organisierte Internationalismus der IV. auf einige wenige politische Kampagnen beschränkt, die einerseits sehr wenig mit der Frage der nationalen Borniertheit zu tun haben, und andererseits erscheinen mir gerade die als politisch fragwürdig — etwa die Kampagne für das angeblich auf dem Weg zum Sozialismus befindliche Nicaragua (eine These, an der bis zur Absurdität festgehalten wird, weil es eben ins theoretische Schema der permanenten Revolution paßt, auch wenn die Sandinisten anderes sagen). Die Frage der „nationalen Borniertheit“ kann sich politisch doch nur so stellen, daß es die Kriegsfrage, die Haltung zum „eigenen“ Imperialismus und zu Befreiungsbewegungen anderer Länder usw. betrifft. Hierfür gibt es klare programmatische Aussagen der neuen Partei, die Frage der entsprechenden Praxis ist sicher nicht durch Organisation zu lösen.

6 Zweites Hauptargument ist, die Internationale sei ein Ansatz für eine echte „Masseninternationale“, so vorzugehen sei der richtige Weg des Parteaufbaus usw.

In der Realität aber sieht das vor allen Dingen so aus, daß die Einschätzungen über die Lage in bestimmten Ländern oder Regionen vor allem durch die Brille der dort tätigen „Brüder“ gesehen wird, was angesichts der besonderen Kleinheit dieser Organisationen (rund 10000 Mitglieder in etwa 50 Sektionen, im Durchschnitt also 200, aber es gibt zwei bis drei wesentlich größere, also ist der Rest wesentlich kleiner) durchaus nicht repräsentativ zu sein braucht. Privilegierte Beziehungen zu solchen Organisationen brauchen, wie auch die Praxis zeigt, keineswegs zu besonders positiven Ergebnissen führen. (Hierfür wäre es nützlich, wenn die intensiver an der Debatte interessierten Genossen und Genossinnen ein Exemplar des GIM-Rundbriefs 15/86 erhalten

könnten, in dem aus einer Sitzung der IV. berichtet wird mit politischen Debatten über verschiedene Länder, die meiner Meinung nach deutlich machen, daß da ausgesprochen oberflächlich und schematisch diskutiert wird.)

7 Ein lediglich ergänzendes Argument in dieser Debatte erscheint mir der Hinweis auf die reale Entwicklung der IV. Internationale zu sein, die insgesamt sicher zumindest ebenso erfolglos ist wie die marxistisch-leninistische Weltbewegung (die aber zumindest in einigen, vor allem lateinamerikanischen Ländern einigermaßen einflußreiche Parteien hat). Es geht dabei weniger um Mitgliederzahlen (wer im Glashaus sitzt ...) sondern um die ununterbrochenen Spaltungen und Austritte aus der IV., die sich immer wieder um die Frage (im weitesten Sinne, also auch und gerade Cuba und Nicaragua) des „realen Sozialismus“ drehen.

Als überlegenswerte Tatsache in diesem Zusammenhang ist sicher auch zu nennen, daß gerade all die trotzkistischen Organisationen, die etwas größer sind und mehr Einfluß haben, nicht Mitglieder der IV. Internationale sind.

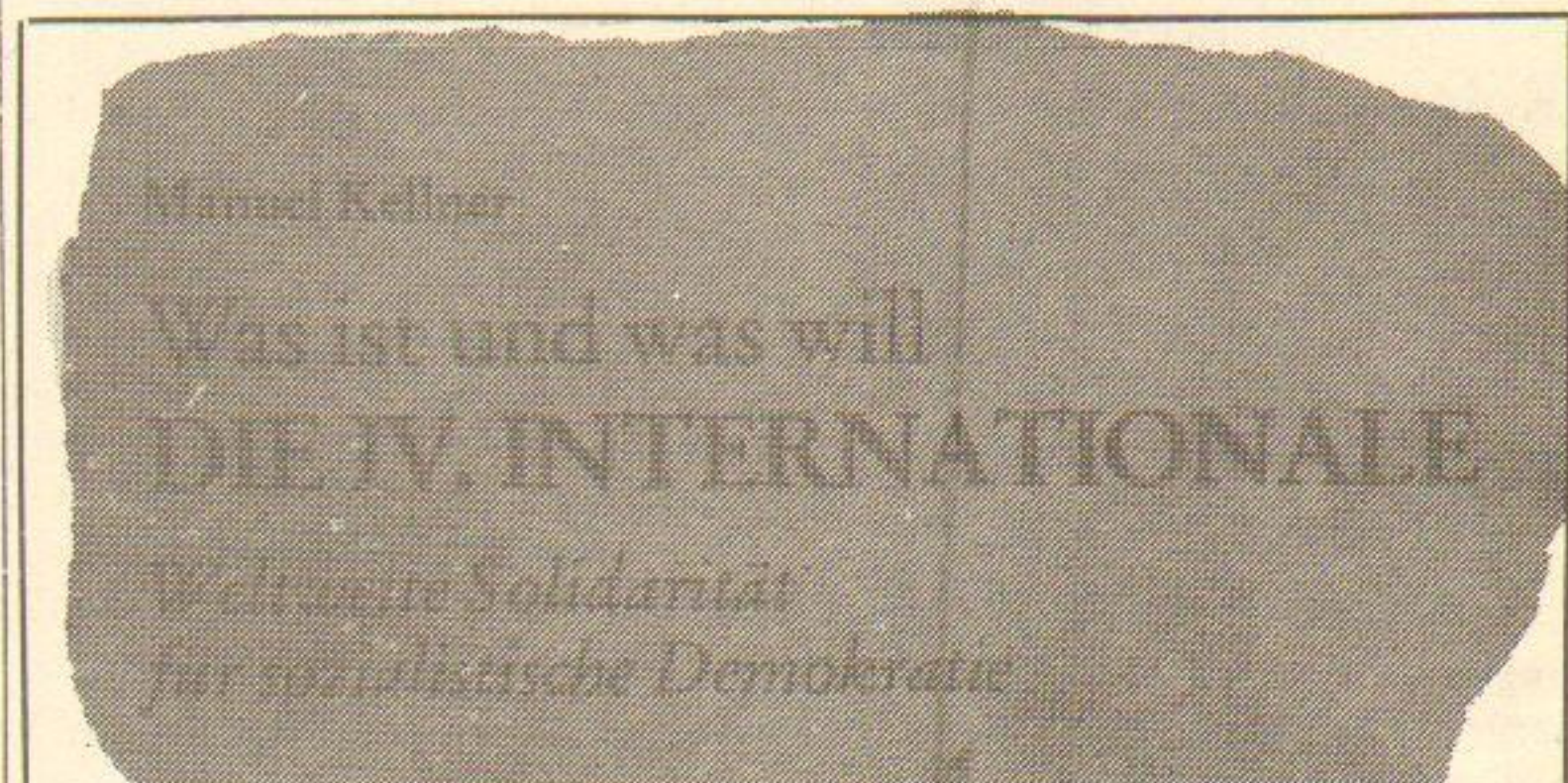
8 Die gesamte Auseinandersetzung wird wenig nützlich sein, wenn sie nur darum geht, ob Mitglied werden oder nicht. (Da schiene es mir persönlich verschiedene dauerhafte Kompromißmöglichkeiten zu geben, etwa auch diskussionswert die Fortschreibung des jetzigen Kompromisses.) Sie muß um die künftige politische, programmatische und praktische Orientierung der vereinten Partei geführt werden.

9 Bisher sind wir dabei eher die „Blockierer“ — was weder taktisch (für den Gang der Debatte, aber das ist zweitrangig) noch politisch richtig ist. Wenn wir sagen, es ist uns zu eng, wir wollen keine Mitgliedschaft in einer Unterströmungsorganisation, dann müssen wir auch das „Breitere“ angehen, in der Debatte vertreten. Das müßte als Richtlinie künftiger Arbeit in diesem Bereich heißen: 1. Systematischer Ausbau der Beziehungen zu verschiedensten revolutionären und klassenkämpferischen Kräften wo auch immer; (was leider auch in extremer Weise eine finanzielle Frage ist); 2. (leicht gesagt) wesentlich intensivere politische Mobilisierung für Solidaritätsbewegungen (nicht zuletzt auch — neben den jeweils aktuellen Schwerpunkten — für die europäische Arbeiterbewegung) als bei uns bisher; 3. gründlichere politische Debatten über die aktuellen Fragen (Nicaragua vor allem, wenn's um heute geht). (Man könnte überlegen, eine entsprechende internationalistische Initiative etwa bei den nächsten EG-Wahlen zu starten, dies nur als Ergänzung); 4. mehr Gewicht auf die BRD-Außenpolitik in ihrer Gesamtheit legen (einschl. „Entwicklungshilfe“ usw.).

10 Wir sollten uns bei der Diskussion im ZK bemühen zu klären, ob der Rahmen solcher Thesen ausreichend für eine generelle Orientierung ist und welche Fragen dabei noch im weiteren Verlauf inhaltlich zu behandeln sind.

Kernsätze

Die GIM hat zur Debatte um die IV. Internationale eine spezielle Broschüre des Genossen Kellner veröffentlicht, die zu lesen sicher für jeden an der Debatte Interessierten nützlich ist. Im folgenden nur ganz knapp einige der Ausführungen des Genossen Kellner, die als Kernsätze der Argumentation betrachtet werden können.



5. Argumente gegen Skeptiker

Das Bewußtsein von der Notwendigkeit des Aufbaus einer internationalen revolutionären Organisation ist weitgehend verschüttet. Die historischen Rückschläge, das Scheitern der II. und der III. Internationale, das Bemühen von Sozialdemokratie und Stalinismus, diese Notwendigkeit aus dem Gedächtnis der Arbeiterklasse zu tilgen, dies alles spielt dafür eine wichtige Rolle. Die Vierte Internationale hat bislang keine siegreiche Revolution in irgendeinem Land geführt. In keinem Land der Welt verfügt sie bisher über Massenparteien. Desto wichtiger ist die Auseinandersetzung mit den Einwänden gegen ihren Aufbau.

a. „Abgehobenheit von der nationalen Wirklichkeit, Bevormundung durch ein internationales Zentrum“?

Als die III. Internationale entartete, wurden die kommunistischen Parteien von Moskau aus bevormundet und gegängelt, im Interesse der sowjetischen Partei- und Staatsbürokratie. Heute unterhalten diese Parteien nur noch „diplomatische“ Beziehungen, wenn sie sich auf eine eigene Staatsmacht stützen, oder wenn sie ihre eigenen Wurzeln in einem bürgerlichen Staat geschlagen haben. Die Vierte Internationale verbindet die nötige internationale Disziplin in der allgemeinen Orientierung und in den übergreifenden Kampagnen mit der Autonomie der einzelnen Sektionen, ihre Politik in den einzelnen Ländern anzuwenden und ihre eigenen Führungen aufzubauen. Alles dies geschieht auf der Grundlage demokratischer Diskussion und Entscheidung. Die internationale Führung kann zwar in die Diskussion einzelner Sektionen eingreifen, ihnen aber nicht ihre Meinung aufzwingen.

b. „Internationalismus heißt, die Revolution im eigenen Land machen“.

So Lenin 1914, als die Sozialdemokraten den „Frieden“ mit der eigenen Bourgeoisie vorzogen! Der gleiche Lenin trat zum gleichen Zeitpunkt für den Aufbau einer neuen Internationale ein. Die internationalistische Praxis läßt sich nicht verschieben, bis die sozialistische Machteroberung im eigenen Land praktisch möglich wird. Sie bleibt unter allen Umständen eine ständige Aufgabe.

c. „Erst die Mauern bauen, dann das Dach“?

Soll man nicht erst starke revolutionäre Parteien im nationalstaatlichen Rahmen aufbauen, bevor man an das komplizierte Problem des Aufbaus einer Internationale herangeht? Marx, Luxemburg, Lenin wie Trotzki haben stets gleichzeitig am nationalen und internationalen Aufbau gearbeitet, egal ob mit großen oder mit winzig kleinen Kräften. Warum sollte eine Partei, wenn sie Massenpartei geworden ist, plötzlich konsequent internationalistisch werden, nachdem sie jahre- oder jahrzehntelang nationalborniert aufgebaut wurde? Und wo ist die Grenze, ab wann „darf“ man das „Dach“ in Angriff nehmen? In Wirklichkeit ist es das Fundament revolutionärer Politik.

d. Ist die Vierte Internationale „nur“ eine „ideologische“, trotzkistische Strömung — und deshalb nicht der richtige Ansatz?

Die Vierte Internationale fordert kein „Bekenntnis“ zu ihrer Tradition. Sie ist bereit, ihr Programm, ihre Verarbeitung der Erfahrungen des Klassenkampfes dem Test durch die Praxis zu unterziehen. Sie macht aus ihrer derzeitigen organisatorischen Form keinen Fetisch. Sie ist bereit, in allen einzelnen Ländern und weltweit ihren Beitrag zum Aufbau der zukünftigen revolutionären Masseninternationale zu leisten, auch durch Einigungsprozesse mit anderen revolutionären, sozialistischen Strömungen.

von MANUEL KELLNER

Hasselbach ... hat's in sich!

Zehntausende Menschen werden am 11. Oktober 1986 zur Großdemonstration der Friedensbewegung in Hasselbach erwartet. Viele von ihnen werden zum ersten Mal in ihrem Leben in den Hunsrück kommen. Von den Militärs kann man dieses leider nicht behaupten. Denn so „abseits“ der Hunsrück auch liegen mag, militärstrategisch ist er bereits seit Jahrzehnten ein Zentrum der Aufrüstung.

Bereits für die Nazis war der Hunsrück strategisch wichtig als Aufmarsch-, Kampf- und Rückzugsgebiet. Dörfer wurden evakuiert, um gigantische Truppenübungsplätze einzurichten. Damals ging noch alles „gegen Westen“.

Schon vor dem 2. Weltkrieg schleifte die „Organisation Todt“ Dörfer für die berühmte **Hunsrückhöhenstraße**, um auf dem Weg zum „Westwall“ enge Ortsdurchfahrten zu vermeiden. Im Krieg waren dann die Hunsrückwälder Starttrampe für die ersten Marschflugkörper der Geschichte — für die „Vergeltungs“-waffen V1 und V2.

Bei Hermeskeil errichteten die Nazis das SS-Sonderlager **Hinzert**, ein bis heute noch meist vergessenes KZ, das anderen KZ's in Grausamkeit nicht nachstand. In Hinzert wird heute keiner gerne an das KZ erinnert. Schließlich wurden hier Hunderte von Menschen umgebracht oder als Zwangsarbeiter an den Straßenbauprojekten der Nazis beteiligt.

Militärs tun auch heute, was sie wollen

Die seit langem existierende Vorherrschaft der Militärs im Hunsrück ist bis heute nicht abgerissen — im Gegenteil. Immer wieder müssen Menschen, die seit Jahrhunderten im Hunsrück verwurzelt sind, den Plänen der Kriegsvorbereiter weichen.

- Die Orte Rehbach, Pferdsfeld und Eckweiler wurden für den Bundeswehr-Flugplatz Pferdsfeld bei Söbrenheim geopfert.

- Lautzenhausen mußte über ein Zwangsenteignungsverfahren 1985 wertvolles Ackerland an den US-Flugplatz Hahn hergeben.

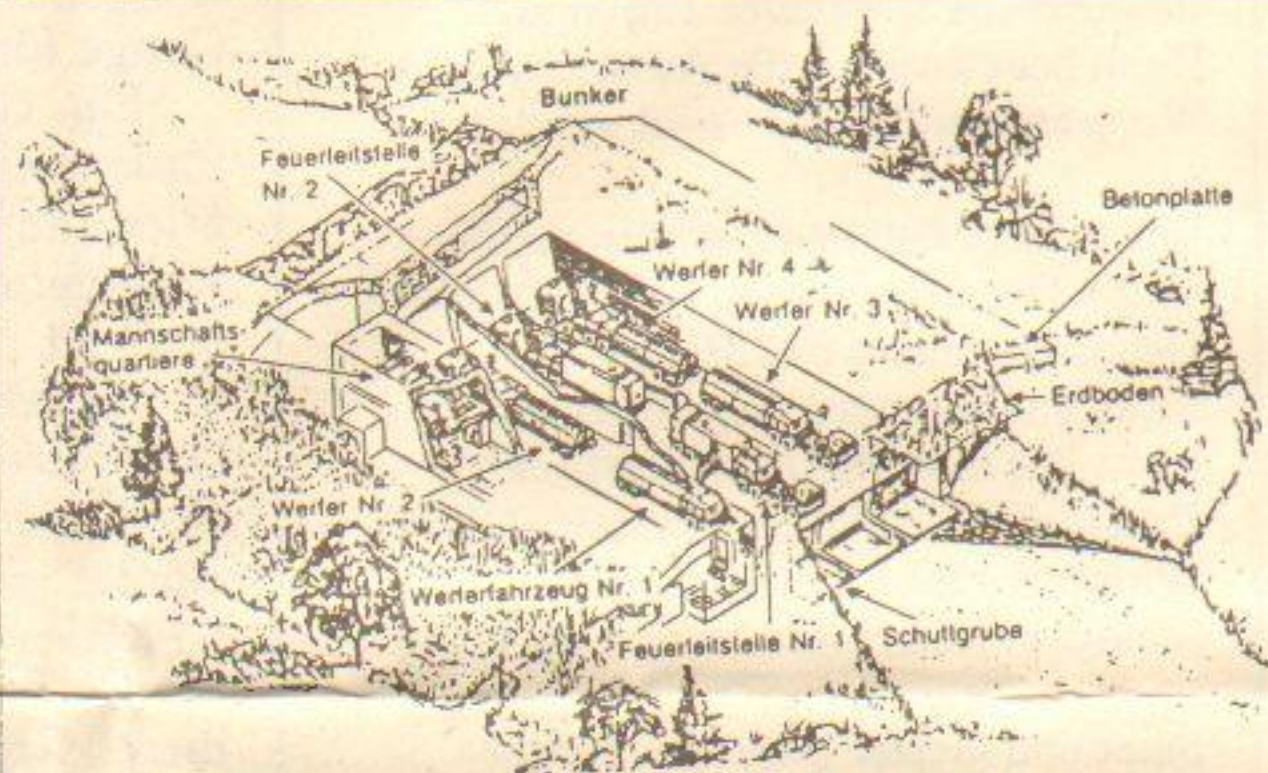
- Bell und Hasselbach lehnten die NATO-Baustelle für die Cruise-Missiles-Basis **einstimmig** ab. Doch Kriegsmminister Wörner setzte sich über diesen Widerspruch der Betroffenen kalt hinweg.

- Noch heute reißen die Gerüchte nicht ab, daß Teile von Hasselbach und/oder Hundheim der Cruise-Missiles-Basis im Wege sind und bald weggeschafft werden sollen —

- und gegen den Widerstand unzähliger Menschen soll jetzt eine neue Autobahn

(A 60) von Antwerpen (wichtiger Militärcontainerhafen) quer über den Hunsrück bis zur US-Basis nach Frankfurt (unter Einbeziehung der Startbahn West) gebaut werden — als Aufmarsch- und/oder Rückzugsstraße.

Die Liste der Beispiele ließe sich beliebig fortsetzen. Jetzt soll auch noch die US-Flugabwehr-Rakete **Patriot** im Hunsrück stationiert werden. Insgesamt gibt es über 100 militärische Anlagen der USA, Frankreichs, der NATO und der Bundeswehr in dieser eigentlich dünn besiedelten, ländlichen Region. Schätzungsweise siebzehntausend ausländische Soldaten sind hier stationiert, dazu kommen noch die Soldaten der Bundeswehr.



96 Cruise Missiles machen Hunsrück endgültig zur atomaren Starttrampe und Zielscheibe

Spätestens die 96 atomar bestückten Cruise Missiles, die wir dem **NATO-Doppelbeschluss** von 1979 „verdanken“, haben den Hunsrück zu einem Zentrum der Aufrüstung gemacht. Die ganze Region wird damit zur Starttrampe und Zielscheibe in einer möglichen atomaren Auseinandersetzung.

Betroffen von diesem Rüstungswahnsinn sind vor allem die Dörfer Bell (ca. 400 Einwohner) und Hasselbach (ca. 200 Einwohner). Die Cruise-Missiles-Basis verschlingt 70000 qm Landschaft und zieht weitere 2700 Amerikaner/innen (Soldaten und Angehörige) nach sich.

Für die 96 Marschflugkörper werden sechs gigantische Bunker aus Stahlbeton (je 52 x 18 m) als Garagen für

die 4 MAN-Transporter mit zusammen 16 atombestückten, landgestützten Cruise Missiles (GLCM) errichtet.

Durch Mobilität soll das ganze System unverwundbar werden — hoffen jedenfalls die Militärs. Deshalb fahren die 16 Atombomben mit 18 Begleitfahrzeugen in einem Radius von über 100 km um Hasselbach herum und spielen dort Versteck. Ein solcher Konvoi ist ca. 500 m lang und wird über Satellitenfunk befehligt.

Jede 6 m lange Cruise Missile wiegt 1,15 t und hat eine Sprengkraft bis zu 200 Kilotonnen (zum Vergleich: Die Hiroshima-Bombe hatte 15 Kilotonnen!). Die Rakete erhält ihr Ziel vor dem start einprogrammiert und

auch ihren genauen Flugverlauf. Die Bombe/Rakete kann beim Flug bis auf 30 m heruntergehen, unterfliegt damit das gegnerische Radar und hat eine Reichweite von 2500 km, kommt also bis nach Moskau.

Da der „Gegner“ die Gefahr erst bemerkt, wenn es „knallt“, könnte er vorsorglich versuchen, die herumfahrenden Cruise Missiles auszuschalten. Was das für den Hunsrück bedeutete, bedarf keines Kommentars.

Obwohl die Basis Hasselbach noch immer eine riesige Baustelle ist, hat die Cruise-Missiles-Stationierung schon im Januar dieses Jahres begonnen. Die ersten Marschflugkörper sind auf dem nahegelegenen US-Flugplatz **Hahn** eingetroffen und sollen laut Minister Wörner seit März einsatzbereit sein. Bis 1987 werden dann die restlichen Atomraketen dieses Typs stationiert.

leserbriefe

Ärgerlich

Über den Spendenaufruf im letzten RM habe ich mich fürchterlich geärgert. Ich finde es ziemlich unmöglich, wie mit unseren mühsam erarbeiteten Groschen umgegangen wird. Zumindest für mich ist es absolut nicht einsichtig, warum der Umzug der Parteizentralen an einen „neutralen“ Ort, mit wahrscheinlich erheblichen Kosten und Mühen für die beteiligten Genossen sein muß. Nur der „Neutralität“ wegen. Das ist doch wahrhaft kindisch! Warum kann man (oder vielleicht besser Frau?) nicht einfach realistisch überlegen, welcher der beiden bisherigen Standorte von den Räumlichkeiten, den Kosten etc. also einfach von der Wirtschaftlichkeit her der vernünftigere Ort wäre. Solange mir nicht ernsthaft gezeigt wird, warum das nicht gehen soll, bin ich nicht bereit, auch nur eine müde Mark zu spenden.

Zum zweiten finde ich den Artikel über die Probleme mit dem „Forum“ zum gesetzlichen Verbot der Aussperrung ärgerlich. Zwar ist es so, daß der Artikel über die Diskussionslinien informiert, so daß man vielleicht einen ganz guten Überblick bekommt. Aber es geht überhaupt nicht daraus hervor, wie wir uns dazu verhalten haben. Aus einer anderen Information weiß ich, daß Genossen von uns sich rausgezogen haben. Welchen Stellenwert hat das? Lassen wir uns von dem Verhalten der Grünen so beeindrucken, geht es nicht um die Sache und die Möglichkeiten der Diskussion und des Eingreifens? Auf jeden Fall hätte ich schon gern etwas klarer die Meinung des RM dazu gehabt, wie unsere Politik in diesem Fall aussieht, wo das Forum jetzt ja wohl unter der Flagge der Grünen läuft. Wiestellen wir uns dem Problem, darauf gibt der Artikel keine Antwort und sagt auch nicht seine Meinung, mit der ich mich dann auseinandersetzen könnte.

Helene, Bremen

„Einstieg in den Ausstieg“

Zur näheren Erläuterung der Hintergründe, warum es denn überhaupt eine Krise des Schiffbaus gibt, gehört ein kurzer Blick auf den Handel, der mit den Schiffen abgewickelt wird.

Festzustellen ist dabei, daß — mit Ausnahme des Jahres 1984 — seit 1980 eine rückläufige Entwicklung in der Nachfrage nach Seeverkehrsleistungen besteht. Insgesamt ist rund 1/8 der Welthandelsflotte ohne Beschäftigung. Trotz z.T. enormer Verschrottung von Alt-Tonnage nahm das gesamte Tonnageangebot stärker zu, ohne Wachstum des Ladungsaufkommens.

Die folgenden Hinweise aus einer Studie des Ifo-Instituts aus den letzten Tagen zeigt die Entwicklung in den einzelnen Berei-

chen etwas genauer auf. Deutlich wird, daß insbesondere durch die neuen Schiffsformen die Produktivität enorm gestiegen ist. Gleichzeitig wird deutlich, daß ein Ende der „Krise“ im Schiffbau nicht absehbar ist.

... Schrumpfung des Tonnageangebots ...

Die Welthandelsflotte nahm im vorigen Jahr erneut ab; mit 602,9 Mill. t.d.w. lag sie um fast 7% unter ihrem bisherigen Höchststand im Jahre 1981 (siehe Tabelle).

Allerdings ist die Entwicklung in den verschiedenen Sparten unterschiedlich verlaufen. Während die Tanker- und Mehrzweckfrachtertonnage schrumpfte, stieg die Flotte der Bulk Carriers, die Tonnage der sonstigen Schiffe stagnierte.

Obwohl die neugebaute Tankertonnage mit 4,050 Mill. t.d.w. um 42,6% höher lag als 1984, setzte sich die im Jahre 1979 eingetretene Schrumpfung der Tankerflotte im vorigen Jahr verstärkt fort (-9,3%). Etwa 11% des Tankerbestandes von 1984 wurde verschrottet (26,9 Mill. t.d.w.); davon waren mehr als drei Viertel Einheiten über 200000 t.d.w. Die Tankertonnage ist zwischen 1978, dem Jahr mit ihrem höchsten Stand, und 1985, um mehr als ein Viertel (92,1 Mill. t.d.w.) zurückgegangen.

Noch stärker nahm die Tonnage der Mehrzweckfrachter ab (-12,4%). Über 9% der Mehrzweckfrachtertonnage des Jahres 1984 wurde abgewrackt; vier Fünftel davon waren Einheiten von mehr als 100000 t.d.w. Diese Flotte schrumpfte in den Jahren 1979 bis 1985 um ein Viertel.

Dagegen stieg die Tonnage der Massengutfrachter weiter (= 5,2%). Der Neubautonnage von 15,1 Mill. t.d.w. standen Abwrackungen in Höhe von 6,7 Mill. t.d.w. gegenüber, wobei der größte Teil der verschrotteten Einheiten (59,2%) Bulk Carriers unter 40000 t.d.w. waren.

Die Tonnage der sonstigen Schiffe blieb zwischen 1984 und 1985 fast unverändert (132,8 bzw. 132,9 Mill. t.d.w.). Verschrottungen (4,4 Mill. t.d.w.) und Verluste (0,8 Mill. t.d.w.) einerseits und Neubauten (5,3 Mill. t.d.w.) andererseits hielten sich die Waage.

...geringe Auslastung der Transportkapazitäten ...

Gemessen in Tonnenmeilen/t.d.w. ist die Produktivität der Welthandelsflotte (einschließlich Aufliebertonnage) von 61 auf 62

leicht gestiegen (1973 = 100)! Dennoch ist der vorhandene Schiffsraum um mehr als ein Viertel größer als der Markt benötigt. Die aufgelegte Tonnage ist 1985 gesunken, und zwar von 15,0% der Welthandelsflotte im Jahre 1984 auf 13,7%. Das ist aber nicht auf eine Besserung des Marktes zurückzuführen, sondern auf höhere Abwrackungen von Alttonnage (41,7 Mill. t.d.w. gegenüber 29,1 Mill. im Vorjahr).

Am größten ist der Tonnageüberhang in der Ölfahrt. Auch wenn wegen der veränderten Strukturen in der Weltölwirtschaft eine Produktivitätsminderung um 10% gegenüber 1973 als gerechtfertigt erscheint (vgl. S. Papadopoulos, Kein Ende der Krise in der Seeschifffahrt, in: Ifo-Schnelldienst 21/1982.), war 1985 der verfügbare Schiffsraum um mindestens zwei Fünftel größer, als für die im vorigen Jahr erbrachte Transportleistung nötig gewesen wäre. Im Jahresdurchschnitt war eine Tonnage in Höhe von ca. 66 Mill. t.d.w. aufgelegt (27,5% der Tankertonnage). Der Rest wurde durch Langsamfahrten oder Teilladungen vom Markt absorbiert.

In der trockenen Massengutfracht sank die Produktivität von 68 (1984) auf 65 im vorigen Jahr (1973 = 100), weil die Massengutfrachtertonnage stark ausgebaut wurde, das Ladungsaufkommen aber schrumpfte. Der Tonnageüberhang dürfte bei etwa 75 Mill. t.d.w. liegen oder einem Drittel der Tonnage in dieser Sparte. Die Aufliebertonnage erreichte im Jahresdurchschnitt allerdings nur 8,0 Mill. t.d.w. (4,0% der Bulktonnage).

In der Stückgutfracht dagegen stieg die Produktivität zwischen 1984 und 1985 von 109,5 auf 110,4 (1973 = 100). Die Steigerung war jedoch nicht dadurch bedingt, daß eine steigende Nachfrage durch ein relativ kleines Angebot befriedigt werden mußte, vielmehr ist das qualitative Wachstum zu berücksichtigen, das auf die enorme Ausweitung der Flotte der Containerschiffe in den letzten Jahren zurückzuführen ist. Diese Spezialschiffe sind wesentlich produktiver als konventionelle Frachter. Schätzungen zufolge kann ein Containerschiff bis zu sieben konventionelle Stückgutfrachter (gleicher Größe) ersetzen. Die tatsächliche Transportkapazität in dieser Sparte ist viel größer als von den

Welthandelsflotte
Veränderungsraten bzw. Anteile in %

	Tanker	Mehrzweckfrachter	Massengutfrachter	Sonstige Schiffe	Ins-gesamt
1980	-0,6	-1,9	3,2	1,6	0,5
1981	-1,4	-4,2	8,9	1,0	1,2
1982	-6,0	-4,9	9,4	1,0	-0,9
1983	-6,8	-2,1	5,3	1,5	-1,6
1984	-5,6	-2,6	5,4	0,8	-1,0
1985	-9,3	-12,4	5,2	0,1	-3,2
Anteile 1980	50,6	7,4	22,2	19,8	100
1983	44,3	6,7	28,1	20,8	100
1985	39,6	5,9	32,6	21,9	100

dwt-Zahlen abzulesen ist. Diese Flotte war deshalb in der Lage, eine wesentlich höhere Transportleistung zu erbringen als in den Vorjahren. Ende des vergangenen Jahres betrug die aufgelegte Tonnage der sonstigen Schiffe 6,7 Mill. t.d.w., davon waren 1,4 Mill. t.d.w. Containerschiffe. Gemessen in TEU (twenty foot equivalent unit) machte die Transportkapazität der Beschäftigung suchenden Schiffe über 4% der Gesamtkapazität der Flotte dieser Spezialeinheiten (Vollcontainerschiffe, Ro/ro und Ro/RO-Containerschiffe) aus.

Hartmut S., Dortmund



Ein kleines Tschüß — die Setzerin



L'in - sur - gé , son vrai nom c'est

Madame Eckert — une militante socialiste

Besuch bei der Enkelin Eugène Pottiers

130 km waren es von unserm Ferienort im Département Aveyron (Südfrankreich) bis nach Lisle-sur-Tarn, einem kleinen Städtchen in Richtung Toulouse. Glühende Mittagshitze und schier endlos sich dahinwindende Landstraßen. Mich beschlichen leise Zweifel, ob sich das wirklich lohnen sollte, nur auf Grund eines Artikels in der „Frankfurter Rundschau“ eine 83-jährige Frau zu besuchen. Ich summte die Internationale, um die Zweifel zu zerstreuen. Und gerade darum ging es ja: Die Enkelin von Eugène Pottier, dem Kämpfer der Pariser Kommune und Dichter der Internationalen mußte nach dem FR-Artikel in Lisle-sur-Tarn leben. Dort angekommen, schlug ich im Telefonbuch nach. Eine Madame Eckert mit Adressenangabe gab es nicht. Eine Nachfrage in Bürgermeisteramt führte uns dann zum Haus der Dame. Eine Küchenhilfe öffnete und fragte nach dem Grund unseres Besuchs. Und dann wurden wir hereingebeten.

Die Enkelin von Eugène Pottier ist trotz ihres hohen Alters eine elegante Er-

ihren Großvater hervor. Wegen aufrührerischer Aktivitäten oder so ähnlich, heißt es da.

Die Familie mußte über Belgien nach England fliehen. Und weiter geht der Weg in die USA, was der FR-AFP-Artikel nicht erwähnt. Rastlos entfaltet Pottier dort gewerkschaftliche und politische Aktivitäten. Er wird Mitbegründer der Labour Party, Eine Amnestie führt ihn schließlich wieder, alt und verarmt, nach Paris zurück. Ein Bild zeigt ihn, wie er als alter Mann kurz vor seinem Tod Modell steht für die Ecole des Beaux Arts.

Und dann holt Madame Eckert eine fast



l'hom - me qui n'est plus

scheinung. Nur ihre Sehkraft ist fast ganz geschwunden. Sie erinnert sich sofort an den Zeitungsartikel eines Mitarbeiters der französischen Nachrichtenagentur AFP, der im übrigen einige Unrichtigkeiten enthält. Anknüpfungspunkt des Artikels ist das Auslaufen des Bezugs von Tantiemen für die Internationale im nächsten Jahr. Aber das ist für sie und für uns überhaupt kein Thema.

Sie erkundigt sich nach unserem politischen Standort, den wir kurz mit „revolutionäre Sozialisten“ umschreiben. Obwohl sie Mitglied der SP ist, verwundert es sie überhaupt nicht, als wir sofort hinzufügen, daß das nichts zu tun habe mit sozialdemokratischen Positionen. Dann erzählt sie stolz, daß sie schon seit dem Alter von fünf Jahren Sozialistin ist. Zum Beweis kramt sie mit Hilfe einer sehr starken Lupe aus Bündeln von Dokumenten Fotos hervor, die sie als kleines Mädchen im Kreise der Familie auf Parteiversammlungen zeigen. Natürlich sprechen wir über die Pariser Kommune und die revolutionären Aktivitäten Eugène Pottiers, der gewählter Bürgermeister eines Pariser Bezirks war. Wir kennen ungefähr den Ablauf der Ereignisse, aber es ist doch etwas anderes als nur Bücherwissen, was wir hier erfahren.

Sie fragt, ob wir Mitglied in der Gewerkschaft sind. Und dann erzählt sie, daß ihr Großvater, der eine kleine Werkstatt als Stoffdrucker betrieb, wohl der erste Patron war, der „seine“ Arbeiter verpflichtet hat, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

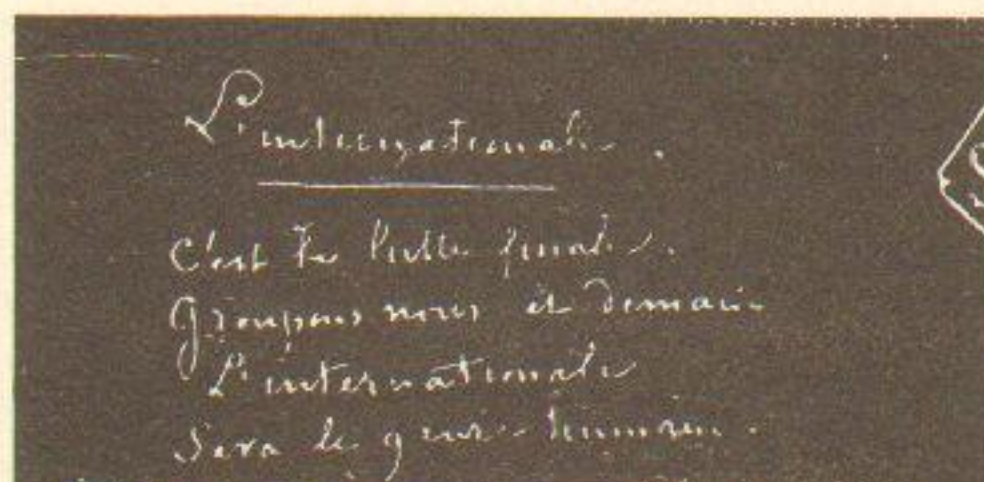
Die heldenhaften Kämpfe und das bittere Schicksal der Kommunarden werden durch den Lebensweg Eugène Pottiers lebendig. Über 30000 Kämpfer für eine bessere Gesellschaft wurden von der siegreichen Bourgeoisie ermordet. Aus einem der Bündel von Dokumenten, darunter auch viele handgeschriebene, noch unveröffentlichte Gedichte Pottiers, holt die alte Dame das Todesurteil für

100 Jahre alte, völlig vergilbte Zeitung hervor, in der über die Beerdigung Eugène Pottiers im Jahre 1887 berichtet wird. Unter großer Anteilnahme vieler Mitkämpfer und der Bevölkerung wurde er auf dem Friedhof Père Lachaise nahe der Mauer, vor der viele Kommunarden erschossen wurden, beigesetzt. Der Trauerzug war eine politische Demonstration. Es gab heftige Auseinandersetzungen mit der Polizei. Trotz Verbot wurden rote Fahnen getragen. Dem Bericht zufolge wurden Parolen gerufen wie: Es lebe die Commune! Ruhm unseren Märtyrern! Mehrere Arbeiter wurden verhaftet. Dieser Bericht ist sehr interessant. Ich habe leider den Titel der Zeitung vergessen. Als Datum war der 24. Brumaire des Jahres 96 der Französischen Revolution angegeben.

Madame Eckert hat sich immer besonders um die Jugendarbeit ihrer Partei gekümmert und dort auch leitende Funktionen wahrgenommen. Sie kritisiert, daß die Parteien der Linken heute nichts für die ideologische Erziehung tun. Man müsse den Menschen klarmachen, daß man für eine ganz andere Gesellschaft, für den Sozialismus kämpft und daß es nicht darum geht, nur Wahlen zu gewinnen oder einen anderen Präsidenten zu haben. „Eine Partei, die sich nicht um die Jugend kümmert, ist eine tote Partei“, sagt sie mit ungewöhnlich heftiger Bewegung.

Natürlich hatte auch sie in den Wahlsieg ihrer Partei vor einigen Jahren große Hoffnungen gesetzt. „Und das eine oder andere haben sie ja auch trotz alledem verbessert“ fügt sie etwas bitter hinzu. Sie hatte gar geglaubt, sich nun in Ruhe aufs Sterben einstellen zu können. Aber nun ist wieder alles ganz anders. „Die Rechten drehen das Rad der Geschichte um viele Jahre zurück.“ ruft sie empört aus. Und ihre eigene Partei gehe mehr und mehr den Weg der Bourgeoisie.

Sie kämpft in ihrer Partei darum, daß die revolutionären Ideen Pottiers weiterleben. Und dazu zählt natürlich die Inter-



DIE INTERNATIONALE

Nach Eugène Pottier;
1937 aus dem Französischen übertragen

Zum letzten Kampf! Ihr alle,
Ihr Völker im Verein!
Die Internationale
Wird alle Menschheit sein!

Auf, ihr Verdammte des Planeten,
Auf, Hungerknechte, aus dem Sumpf!
Vernunft bricht aus den Morgenröten.
Aus Schlünden donnert sie Triumph.
Macht endlich Schluß mit dem Gewesen!
Es stürzt die Welt. Der Tag ist nah.
Denn heut sind wir die Auserlesnen.
Wir waren nichts, jetzt sind wir da!

Wir wissen, daß uns glücklich mache
Kein Gott, kein Kaiser, kein Tribun.
Genossen, unsrer Freiheit Sache
Kann nur in unsren Händen ruhn!
Packt, bis es brüllt, das Ungeheuer,
Und schafft dem Geist ein freies Gleis!
Wir blasen jetzt ins eigne Feuer.
Schlagt auf den Stahl, er ist noch heiß!

Staat und Gesetz gehn über Leichen.
Die Steuer wird zum Massenmord.
Wo gibt es Pflichten für den Reichen?
Des Armen Recht? Ein leeres Wort!
Genug! Es sprechen jetzt die Knechte,
Und das Gesetz der Gleichheit spricht:
Nicht eine Pflicht mehr ohne Rechte
Und keine Rechte ohne Pflicht!

Abscheulich blähen sich diese Götzen,
Die Herrn von Schacht und Eisenbahn.
Sie machten unser Blut zu Schätzen,
Sie haben unser Gut vertan.
In Stahltresoren liegt's vergraben.



toi mi - se - re - dau - va -

Wann machen wir die Rechnung glatt?
Das Volk will ja nur wiederhaben,
Was man dem Volk gestohlen hat.

Die Herrscher machten uns betrunken.
Der Zauber muß zu Ende sein.
Drum werft ins Heer der Freiheit Funken!
Dann schlägt es mit dem Kolben drein.
Wenn sie uns zwingen, die Barbaren,
Soldat zu spielen noch einmal,
Wir werden unsre Kugeln sparen
Für unsren eignen General.

Arbeiter, Bauern, kommt zum Ende!
Wir sind der Schaffenden Partei!
Die Welt gehört in unsre Hände.
Der Reichen Schonzeit ist vorbei.
Sie sog'en Blut aus unsren Wunden.
Reißt ihnen ab den Heiligenschein!
Erst wenn das Geiervolk verschwunden,
Wird unsre Welt voll Sonne sein!

Zum letzten Kampf! Ihr alle,
Ihr Völker im Verein!
Die Internationale
Wird alle Menschheit sein!

Paris, Juni 1871

ationale. Ein Briefwechsel mit Mitterrand darüber, daß die Internationale nun nicht mehr auf Parteiveranstaltungen gesungen werden soll, verlief für sie unbefriedigend. Stattdessen wird nun nach einer Melodie von Theodorakis das Lied eines Italieners gesungen. „Eine hübsche Melodie zum Sirtaki Tanzen. Die Internationale aber ist doch nicht nur für die französischen Arbeiter. Es ist das Kampflied der Arbeiterklasse auf der ganzen Welt.“ Sie habe darüber auch mit dem ehemaligen Premierminister Mauroy ein ernstes Wort gesprochen, als der sie neulich besucht habe. Und dann zeigt sie Pressefotos von diesem Besuch.

Sie bemüht sich darum, Gedenkveranstaltungen zum 100. Todestag Eugène Pottiers (nicht Geburtstag, wie in der FR zu lesen stand) im nächsten Jahr zu organisieren. Sie würde sich freuen, dabei einmal Willy Brandt zu treffen, den sie als Person schätzt. Es scheint beschlossene Sache zu sein, daß in Lille, der Stadt des Komponisten der Internationale, Pierre Degeyter, wo Mauroy nach wie vor Oberbürgermeister ist, ein Denkmal zu Ehren Pottiers errichtet wird. Die Chinesen hätten versprochen, die Steine dazu zu liefern. In Moskau will man einen Gedenkband herausbringen. Überall sind Bemühungen im Gange für eine würdige Feier.

Ein Griff in einen anderen Stapel fördert einen Originalbrief von Louise Michel an die Familie zu Tage. „Eine große Kämpferin wie eure Rosa Luxemburg“ bemerkt die Genossin dazu.

Ich gebe ihr als Geschenk ein Buch mit Gedichten von Pottier, ins Deutsche übertragen von Erich Weinert, das ich einmal von einem alten Münsteraner KPD-Genossen erhalten habe. Mit Interesse hört sie von dem lebenslangen Kampf dieses Genossen für den Kommunismus und die Ziele der Arbeiterbewegung. Wir sprechen über Erich Weinert, den Spanischen Bürgerkrieg und die Bedeutung von Internationaler Solidarität. Sie schenkt uns zum Abschied eine Fotokopie von der handschriftlichen Originalversion der Internationalen (6 Strophen, dabei einige später geänderte Zeilen) und ein Blatt mit dem ersten Abdruck des Liedes „L'insurgé“ (der Aufständische), aus dem u. a. auch hervorgeht, daß Klara Zetkin Mitarbeiterin des Zentralorgans der französischen Arbeiterpartei war.

Eineinhalb Stunden sind schnell vergangen. Marguerite Eckert erwähnt noch, daß der Schwiegersohn von Marx, Jean Lafargue, gut mit der Familie bekannt war. Die Küchenhilfe, die die ganze Zeit mit dem Haushalt beschäftigt war und nun gerade ihre Arbeit beendet hat, kommt hinzu und verbessert treffend: „Der hieß doch Paul Lafargue, und außerdem hat der ein sehr interessantes Buch geschrieben „Über das Recht auf Müßiggang“. Genossin Eckert läßt beides gelten, besteht aber darauf, daß das doch der Schwiegersohn von Karl Marx war.

Beim Abschied wünscht uns Marguerite Eckert gute Arbeit in Deutschland und verspricht selbst, weiter zu kämpfen, so gut das noch geht, im Geiste von Eugène Pottier.



v - gé !



v - gé !